

rote blätter 16

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus

Solschenizyns stärkstes Stück

Die menschenfeind-
lichen Lügen im
„Archipel GULAG“



(Nach einem Plakat von Deni, 1919)

Sternmarsch-Bewegung • Terror
an den Hochschulen • Wahlkampf
1974 • Chile/Vietnam/Kambodscha



FRANZ HUTZFELDT:

Sternmarsch und Schneckenhaus

Die Regisseure heißen Dregger, Strauß und Kohl. Begleitet von einem breiten Rascheln im Blätterwald der bürgerlichen Presse haben sie ihren neuen Großangriff auf die Studentenbewegung nicht ohne Geschick begonnen. Der Ort ihres neuen Vorstoßes heißt Frankfurt. Das Rezept heißt Provokation und stammt aus der alten und bewährten Küche der Reaktionäre:

Man nehme einen als Bundestagskandidaten gescheiterten, wissenschaftlich unqualifizierten und selbst von seinen bürgerlichen Freunden belächelten Wirtschafts-, wissenschaftler namens Engels. Man lasse ihn in den Vorlesungen und Seminaren auftreten und die Arbeitersforderungen nach mehr Lohn und Mitbestimmung beschimpfen und verspotten. Man lasse ihn aus der Bibel vorlesen, um die Zweckmäßigkeit des Kapitalismus zu beweisen.

Und der erwartete Protest der Studenten ist da. Und wenn Dreggers Marionette dann jede Diskussion verbietet und die Studenten, die freie Diskussion fordern, mit Strafverfahren überschüttet, dann ist die geplante Konfrontation da.

Den Ort des Schauspiels hatte die Reaktion dramaturgisch geschickt gewählt. Denn in Frankfurt werden Teile der Studentenbewegung durch sektiererische Gruppierungen verwirrt. Sie sind dem Angriff der Reaktion kaum gewachsen. Denn sie führen keinen Massenkampf unter positiven Forderungen, durchbrechen nicht das Konzept der Reaktionäre, die Studenten von der Bevölkerung zu isolieren. Statt dessen versuchen sie, den von der Studentenschaft mit großer Mehrheit beschlossenen Streik in Diskussionszirkel zu lenken, in denen über viele wichtige Fragen diskutiert wird. Nur nicht darüber, wie die Studenten den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen haben. So führen sie viele Studenten in das Schneckenhaus sektiererischer Selbstbesinnung.

Regiegemäß tritt in diesem Augenblick der Sozialdemokrat Osswald auf die Bühne der Reaktion. Kernig entgegnet er auf die Proteste der Studenten: „Der Staat muß Flagge zeigen“. Und sagt auch gleich, was er damit meint: Ordnungsrecht für alle Universitäten, verschärfte Kriminalisierung der Studenten durch neue Strafanzeigen, Beschleunigung aller Strafverfahren gegen Studenten, Modelle für die Auflösung von Fachschaften und Asten. Und bundesweit propagieren die bürgerlichen Medien Osswalds Flagge des Staates als Rezept für den Angriff auf die Studentenbewegung, als einleitendes Vorspiel für die Verabschiebung des Hochschulrahmengesetzes. Frankfurt soll das Ordnungsrecht und die Kastrierung der Organe der verfaßten Studentenschaft bundesweit wieder salonzähig machen. Schon ruft das Sprachrohr des Monopolkapitals in unserem Lande, die FAZ, zum offenen Terror: „Je länger Regierungen und Parlamente warten, desto kostspieliger, vielleicht auch blutiger wird später die verzögerte Umkehr vor sich gehen müssen“ (FAZ, 16. 1., S. 1). Mit gleichen Worten übrigens hat die reaktionäre Presse in Chile über Monate hinweg den Putsch der Faschisten vorbereitet!

Aber wir versichern den Reaktionären: Die Antwort auf diesen neuen Angriff wird nicht nur in Frankfurt gegeben. Die erste Antwort haben sie bereits mit dem Sternmarsch der 40 000 auf Bonn erhalten. Denn er demonstriert, wie wir solche Angriffe erfolgreich zurückschlagen. Der Weg des Sternmarsches heißt: Positive Forderungen aufzustellen, auf deren Grundlage die Mehrheit der Studenten selber aktiv wird. Für Forderungen Aktionen durchzuführen, die die Zustimmung und Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung gewinnen. Darum warnen wir die Bundesregierung, ihrem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu folgen und ebenfalls auf den Zug der Reaktionäre zu springen. Denn die Studenten stehen diesen Angriffen nicht hilflos gegenüber. Das haben sie in Bonn bewiesen.

3 3. Bundeskongreß des MSB

5 Theoretische Konferenz „Studentenbewegung im Klassenkampf“

Hochschule

6 Studenten im Sozialkampf

7 Neue Vielfalt der Aktionen

9 Teuerungszulage erkämpft

10 Mietpreiserhöhung verhindert

11 Rau diktiert – Reform krepiert

12 Terror an den Hochschulen

15 Erklärung des MSB-Bundesvorstands zu den Verbotsdrohungen gegenüber dem „K“SV

16 „Bayern für Deutschland“?

18 Eine Spartakusgruppe wird gegründet

BRD

21 Maoismus – Satire

22 Kommunisten wieder in die Parlamente

27 Der Ölkrimi ist zu Ende

28 Aktion Kleine Klasse

Internationales

31 Chile: Erklärung der Kommunistischen Partei Chiles

34 Vietnam: Ein Jahr nach Unterzeichnung des Pariser Abkommens

36 Kambodscha: 90 Prozent des Landes sind befreit

39 Solschenizyns „Neufassung der Geschichte der Menschheit“

42 Bilddokumente über Intervention, weißen Terror und die Leistungen des Sowjetvolkes

Kultur

49 Floh de Cologne - LP: Geiersymphonie

50 Rezension – Gerd Fuchs: Beringer und die lange Wut

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur: Hartmut Schulze (verantwortlich)

Redaktion:

MSB SPARTAKUS

53 Bonn, Postfach

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Auflage: 25 000



**Vorwärts zu neuen Erfolgen
im Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse
mit einem starken MSB Spartakus
Für demokratische und soziale Rechte, internationale Solidarität
und Sozialismus**

Am 22. Februar wird der MSB Spartakus seinen 3. Bundeskongreß durchführen. Dieser Kongreß wird Bilanz ziehen, wie weit der MSB auf dem vom 2. Bundeskongreß beschlossenen Weg der marxistischen Massenorganisation der Studenten gekommen ist. Auf der Grundlage der neuen Erfahrungen der Studentenbewegung und des MSB im vergangenen Jahr wird er die Schlüsselfragen herausarbeiten, deren Lösung zur noch wirksameren Durchführung des Kurses des 2. Bundeskongresses und der Verwirklichung des Studentenaktionsprogramms erforderlich ist. Der 3. Bundeskongreß wird die wichtigsten Aktionsziele der Studentenbewegung im SS 74 auf dem Feld der Hochschul-, Innen- und Außenpolitik herausarbeiten sowie die Formen und Methoden, mit denen sie erreicht werden können. Der 3. Bundeskongreß wird außerdem Neuwahlen der leitenden Verbandsorgane durchführen. Der Vorsitzende des MSB



Christoph Strawé



Steffen Lehndorff

SPARTAKUS, Genosse Christoph Strawé, informierte den Bundesvorstand auf seiner 6. Tagung darüber, daß er nicht erneut für den Vorsitz kandidieren werde. Im Namen des Sekretariats des Bundesvorstands informierte er darüber, daß er dem auf dem Bun-

deskongreß neu zu wählenden Bundesvorstand vorschlagen werde, den Genossen Steffen Lehndorff zum neuen Vorsitzenden des MSB SPARTAKUS zu wählen. Die Kandidatur des Genossen Lehndorff fand die einmütige Zustimmung des Bundesvorstands.

Gerade im Wintersemester haben wir im Sozialkampf erlebt, daß viele Studenten begriffen, daß sie selbst handeln, sich mit den kämpfenden Arbeitern solidarisieren müssen. Das zunehmende bildungspolitische Engagement der Gewerkschaften, ihre demokratischen Forderungen zur Hochschulpolitik sind wichtige Anknüpfungspunkte zur Herstellung und Vertiefung des Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz.

Nicht zuletzt hat die Erweiterung unseres Masseneinflusses dazu geführt, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Studenten die Argumentationen und Forderungen unseres Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten unterstützt — auch wenn noch Mißtrauen gegen die Gesamtpolitik des MSB besteht.

Wir werden die Orientierung des 2. Bundeskongresses anhand der seitdem gemachten Erfahrungen konkretisieren und damit weiter zu ihrer vollständigen Durchsetzung beitragen.

Der Grundgedanke dieser Konkretisierung und Aktualisierung wird sein: Vor dem MSB steht die Aufgabe, einen stabilen Masseneinfluß zu erringen und — in Aktionseinheit mit dem SHB — zum anerkannten Sprachrohr der Studentenbewegung zu werden. Das ist die entscheidende Bedingung für ein weiteres politisches Voranschreiten der Studentenbewegung, für den konkret, kontinuierlich und auf breiter Grundlage geführten antimonopolistischen Kampf an der Hochschule.

Es wird also zu diskutieren sein: Wie können wir allseitig und auf allen Ebenen der Organisation das Niveau unserer revolutionären Massenarbeit erhöhen?

Die entscheidenden Hebel, dies zu leisten, sehen wir

— in der Durchsetzung einer **kontinuierlichen** Massenarbeit. Wir müssen vielfältige Massenbeziehungen knüpfen und das nicht nur in Aufschwungphasen der Studentenbewegung;

— in der Befähigung unserer Gruppen und Sektionen, den Kampf für fortschrittliche Alternativen, insbesondere die demokratischen Ausbildungsziele, auf der Basis des Studentenaktionsprogramms massenbezogen zu entwickeln. Wir werden eine kritische Bilanz ziehen, wie es uns gelungen ist, die Studenten in den Kampf gegen imperialistische Wissenschaftspervertierung und bürgerliche Ideologie einzubeziehen. Der Bundeskongress wird wichtige Initiativen und Impulse für die Verbreitung des Studentenaktionsprogramms vermitteln.

— in der Verwirklichung einer initiativreichen Politik der Gruppen, die auf die Verstärkung des eigenständigen politischen Handelns der Studenten orientiert. Um die wichtige Rolle des MSB in der Studentenbewegung sichtbar zu machen, müssen nach wie vor Routine- und Ermüdungserscheinungen überwunden werden.

— in der wesentlichen Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit und dem Auftreten eines jeden Genossen. Die Politik des Verbandes muß ar-

antiimperialistischen Kräften gerecht wird.

Es gilt, die Möglichkeiten der gewachsenen Einheit der antiimperialistischen Bewegung voll zu nutzen und dadurch noch mehr Studenten für den Kampf um Frieden und Abrüstung, gegen imperialistische Aggression und neokolonialistische Ausbeutung zu gewinnen.

Wir müssen unseren Beitrag leisten, um die Aufgaben, die der Weltfriedenkongress formulierte, zu lösen und um neugestekte Ziele der antiimperialisti-



Das Studentenaktionsprogramm — hier die Verabschiedung auf dem 2. Bundeskongress in Hamburg im Februar 1973 — wird in seinen Kernaussagen zur Richtschnur des gemeinsamen Handelns von immer breiteren Teilen der Studentenschaft.

gumentativer begründet und die Auseinandersetzung mit anderen politischen Richtungen in der Studentenschaft, v. a. mit reaktionären Gruppierungen, mehr mit überzeugenden Argumenten geführt werden.

schen und Friedensbewegung in Angriff zu nehmen.

— und — das wollen wir hervorheben — in der Effektivierung unserer Leistungstätigkeit und der gründlichen Beseitigung organisatorischer Schwächen. Besonders ist das Niveau der Leistungstätigkeit in den Gruppen zu erhöhen, um die Umsetzung der beschlossenen Politik zu gewährleisten.

Wir müssen unseren Beitrag leisten, um die Einheit der internationalen Jugend- und Studentenbewegung voranzubringen.

Selbstverständlich werden wir auf dem 3. Bundeskongress sehr klar die nächsten Aufgaben der Studentenbewegung im demokratischen, antiimperialistischen Kampf zu bestimmen haben. Nur durch die Herausarbeitung einer solchen Orientierung sichern wir, daß die Studentenbewegung ihrer Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse und allen

Einschätzungen werden wir die neuen Bedingungen für das gemeinsame Handeln von Arbeiterklasse und Studenten, um herauszuarbeiten, was jetzt zur Herstellung und Vertiefung des Bündnisses getan werden muß. Wichtige Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit, wie der Kampf gegen die Inflationspolitik des Großkapitals, kapitalistische Krisenbewältigung, gegen den weiteren Abbau der Demokratie sind zu nutzen und auszubauen. Dabei machen wir uns die positiven Erfahrungen, die wir seit dem 2. Bundeskongress machen konnten, zu nutzen und geben konkrete Hinweise, wie die Studentenbewegung an die Arbeiterbewegung herangeführt werden kann.

„Studentenbewegung im Klassenkampf“

Vergleicht man die Aktionen der Studenten in diesem Semester, vor allem die Bewegung um den Inflationszuschlag zum BAFÖG, aber auch gegen die Berufsverbote und gegen Hochschulgesetze, ihre konkreten Ziele und die Aktionsformen mit denen der Studenten vor einigen Jahren, so stellt man fest: Die Studentenbewegung verändert ihr Gesicht. Von den ersten Aktionen des vds gegen die Bildungsmisere, über antiimperialistische Solidaritätsaktionen, die Anti-Springer- und die Anti-Notstandskampagne bis zur Aktion um die Erhöhung des BAFÖG haben die Studenten viele Erfahrungen sammeln können. Ein wichtiger Indikator dafür war immer der Stand ihrer Organisation: Aufschwung und Zerfall des SDS, die Stabilisierung des marxistischen Kerns, die Konstituierung des marxistischen Studentenbundes und schließlich die Verabschiedung eines Studienaktionsprogramms auf dem 2. Bundeskongress des MSB Spartakus.

Um unter den Studenten das Bewußtsein von der Kontinuität der Bewegung zu erhalten und zu vertiefen, werden wir auf der Konferenz „Studentenbewegung im Klassenkampf“ diese Erfahrungen verallgemeinern. Wir wollen untersuchen, wie sich die Studentenbewegung politisch höher entwickelt hat, von einer rein aufklärerischen zu einer um meßbare politische Erfolge kämpfenden Bewegung. Wir wollen die antiimperialistische und demokratische Studentenbewegung in unserem Land daraufhin untersuchen, welche Rolle sie in der gesamten demokratischen Bewegung spielt und spielen kann, welche Aufgaben sich heute ganz konkret aus dem Bündnis mit der Arbeiterbewegung ableiten lassen.

Was sind die Bedingungen und Aussichten für politische Erfolge der Studentenbewegung heute in unserem Land? Welche Rolle kann sie in einer langfristigen antimonopolistischen Strategie spielen? Welche Rolle spielen die

Gewerkschaften heute für die Studenten? Gehört zur Orientierung auf die Arbeiterbewegung die Orientierung auf die Kommunistische Partei? Welche Bedeutung hat die Verbindung mit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung für die Studenten?

Die Konferenz findet im Anschluß an den 3. Bundeskongreß des MSB Spartakus am 23./24. Februar 1974 in Frankfurt/M. statt. Interessenten wenden sich bitte wegen näherer Informationen und Teilnahmemöglichkeiten an die örtlichen Spartakus-Gruppen. Zur Vorbereitung möchten wir besonders auf die Artikel des Facit 33 hinweisen.

Wie verändern sich ihre Kampfbedingungen, einerseits durch die Formierungsmaßnahmen der Herrschenden, andererseits durch das wachsende Interesse in der Gewerkschaftsbewegung für bildungs- und wissenschaftspolitische Fragen? Welche Auswirkungen hat die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten auf die Studentenbewegung? Sind die antimonopolistischen Interessen der Studenten mit ihren Ausbildungsinteressen hinreichend beschrieben? Wie entwickelt sich in den aktuellen Kämpfen das Bewußtsein der Studenten, welche Fragen ergeben sich für ihre Organisation?

Dies sind einige der wichtigen Fragen, die einer theoretischen Aufarbeitung bedürfen. An dieser Konferenz werden Wissenschaftler aus der BRD, Gewerkschafter, Vertrauensleute aus verschiedenen Betrieben, Vertreter der DKP, Vertreter demokratischer Jugend- und Studentenorganisationen aus der BRD, dem sozialistischen und kapitalistischen Ausland, interessierte Studenten und Mitglieder des MSB Spartakus teilnehmen. Grundlage unserer Diskussion ist das Heft Facit 33 „Zur Entwicklung der Studentenbewegung“ insbesondere der Artikel von Büscher und Heinemann: Studentenbewegung im Klassenkampf.

Die Diskussion wird in vier Arbeitsgruppen stattfinden:

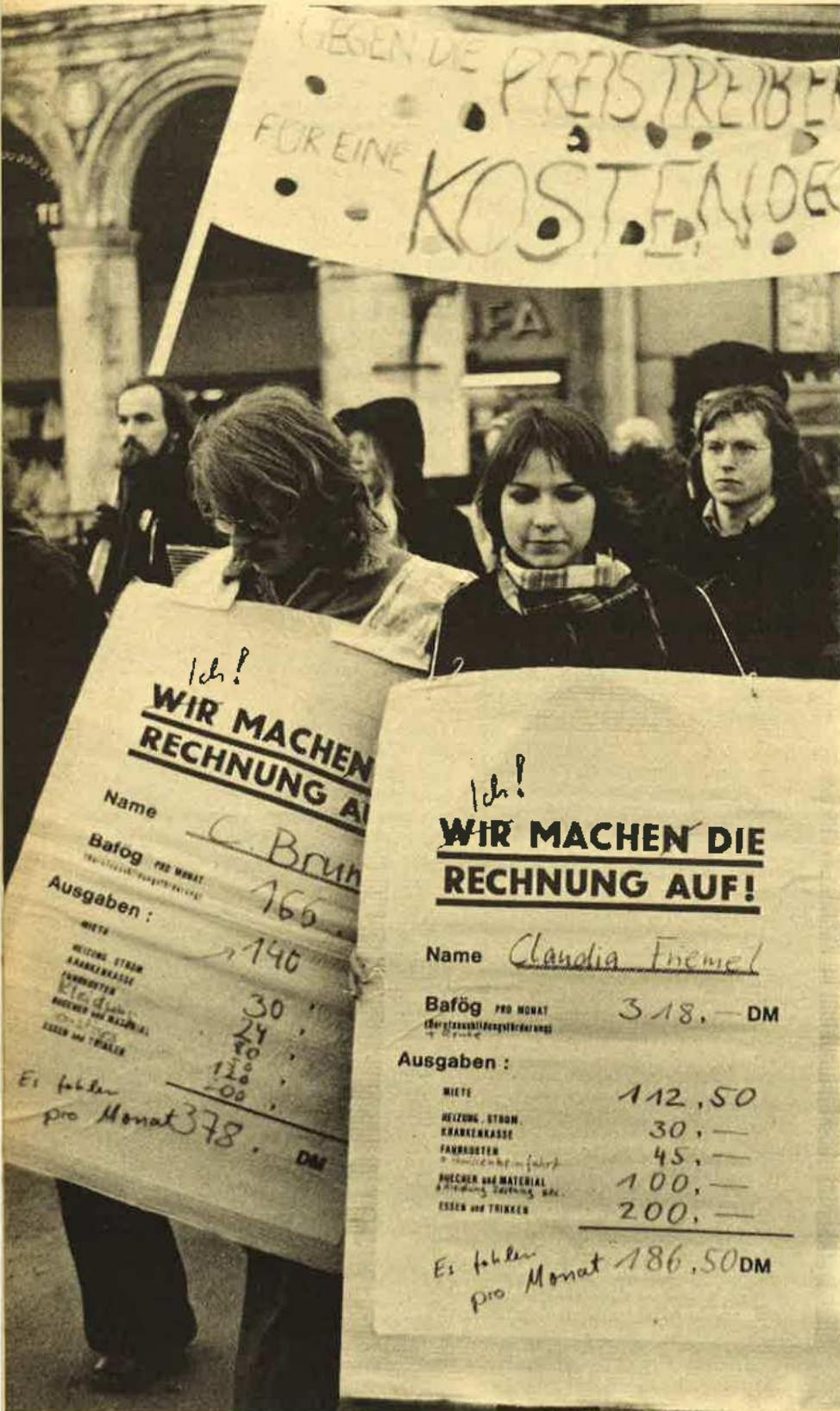
Die Arbeitsgruppe 1 „Arbeiterbewegung und Studentenbewegung“ wird vorrangig mit den aktuellen Entwicklungen in der Arbeiterbewegung und ihren Auswirkungen auf die Bewegung der Studenten beschäftigen.

Arbeitsgruppe 2 „Studenten und Arbeiter im Kampf um eine demokratische Hochschule“ wird vorrangig die Untersuchung der politischen und sozialen Forderungen der Arbeiter- und Studentenbewegung zum Gegenstand haben, besonders, soweit sie sich auf den Bildungssektor beziehen.

Die 3. Arbeitsgruppe wird die internationale Zusammenarbeit und die Bedeutung der internationalen Solidarität für die Studentenbewegung zum Thema haben.

Arbeitsgruppe 4 befaßt sich mit dem Kampf für die Verbreitung des Marxismus, gegen das Bündnis von arbeiter- und studentenfeindlicher Ideologie.

hochschule



Studenten im Sozialkampf – Vorbereitung auf den Sternmarsch

„In den Arbeitsgruppen, Aktionsausschüssen zum Sozialkampf haben viele Studenten zum erstenmal die Erfahrung gemacht, daß organisiertes solidarisches Handeln wirklich weiterbringen kann. Daß nur die Diskussion und das Handeln im Kollektiv Fehler vermeiden hilft und Perspektiven eröffnen kann. Diese Studenten haben gleichzeitig, indem sie im Rahmen der verfaßten Studentenschaft arbeiten, zur Stärkung der ASTen und Fachschaften beigetragen. Die Organisierung der Studenten ist auch nicht zuletzt deshalb wichtig, weil dadurch bessere Massenbeziehungen vom MSB SPARTAKUS realisiert werden. So haben die erstmalig organisierten Studenten erfahren können, welche Organisation es war, die konstruktive Aktionsvorschläge unterbreitete, welche Organisation die richtige Kampfperspektive aufwies. Wir haben feststellen können, dort wo eine Anzahl von Studenten länger mit uns zusammengearbeitet hat, daß sie immer aufgeschlossener gegenüber unseren gesamten Vorstellungen wurde. So hat sich dann auch die Möglichkeit ergeben, Diskussionen über die gesamte Perspektive der Studentenbewegung zu führen und diese Studenten mit unserem Studentenaktionsprogramm vertraut zu machen.“

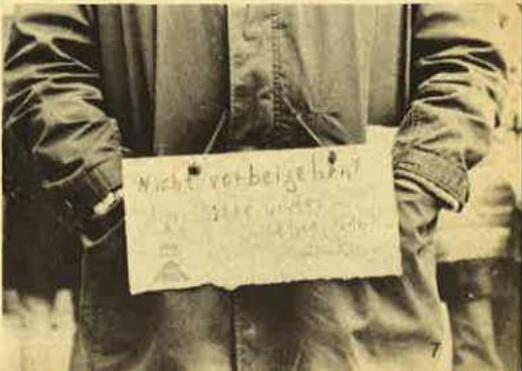
(Aus dem Referat der 6. Bundesvorstandstagung)

Neue Vielfalt der Aktionen

In der Vorbereitung des Sternmarsches, in der ganzen Bewegung für die Anhebung der BAFÖG-Sätze wurden und werden Initiativen der Information und Mobilisierung in einer Vielfalt, wie es sie bisher in der Studentenbewegung kaum gegeben hat, entwickelt . . .



... von Tausenden Gesprächen mit der Bevölkerung auf Marktplätzen, vor Betriebstoren und an Bushaltestellen bis zu spektakulären Aktionen wie die Störung der Pfeffersack-Ruhe in der Hamburger Bürgerschaft. (Nachdem die Kommilitonen aus dem Sitzungssaal herausgedrängt wurden, kam ein Stenograph auf sie zugehastet: Er hatte in der Aufregung vergessen, den Text des Transparenten mitzuprotokollieren).



BAFöG-Beirat

Klaus-Peter Meyer, studentisches Mitglied im Beirat für Ausbildungsförderung des Wissenschaftsministeriums, hat sich mit den Forderungen des vds solidarisiert und in einem der Presse übergebenen Schreiben die anderen Beiratsmitglieder aufgefordert, sich ihm anzuschließen. In dem Brief heißt es:

Die Aktionen der Studenten, in denen versucht wird auf die materielle Misere aufmerksam zu machen, werden in der gesamten BRD immer zahlreicher. In vielfältigen Formen treten die Studenten für die Verbesserung ihrer miserablen sozialen Lage ein, Unterschriftensammlungen, Podiumsdiskussionen und Demonstrationen prägen das Bild vieler Hochschulorte. In fast allen Fällen ist der Anlaß die völlig unzureichende Ausbildungsförderung. Einmal hat sich bei vielen Studenten der Förderungsbetrag gesenkt, aufgrund des zu niedrigen Elternfreibetrages von 800,— DM, zum anderen reichen die Förderungsbeträge nicht aus, um die tatsächlichen Kosten abzudecken. (So errechnete z. B. auch das DSW, daß dem monatlichen Höchstförderungsbetrag von 420,— DM ein Zentralwert der Lebenshaltungskosten von 584,— DM gegenübersteht.)

Als Konsequenz daraus fordern die Studenten und ihre Interessensvertretungen, die ASten und der vds, als sofortigen, ersten Schritt zur Behebung der Misere

— Anhebung des BAFÖG-Höchstsatzes auf 500,— DM

— Anhebung des Elternfreibetrages auf 1200,— DM

Diese Forderungen und die Aktionen der Betroffenen haben auch in der Öffentlichkeit ein großes Echo gefunden: — so unterstützte z. B. der DGB auf seiner Bildungspolitischen Konferenz Anfang November in Essen die berechtigten Forderungen der Studenten!

— Die 107. Plenarversammlung der WRK forderte den Bund und die Länder auf, „unverzüglich die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen einzuleiten, um die Förderungssätze

und die Freigrenzen im BAFÖG anzuheben.“

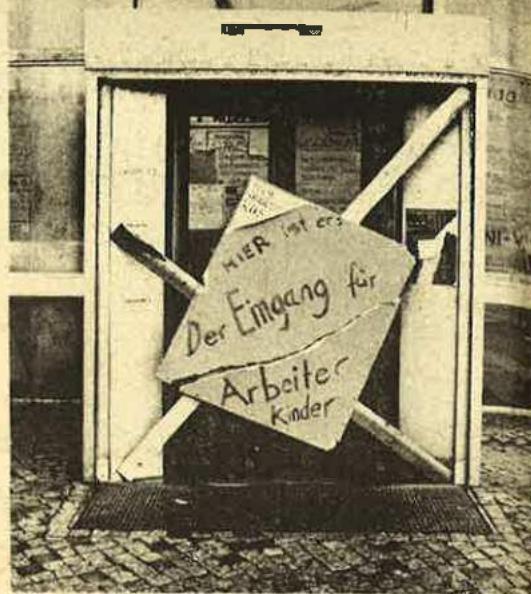
— Ebenfalls nahm im November die FRK (Fachhochschulrektorenkonferenz) Stellung. Sie schloß sich in einer Resolution den Forderungen des vds und des DSW an, die Förderungssätze und Freibeträge zu erhöhen.

Mit großen Erwartungen sahen deshalb sicherlich viele der Entscheidung der Bundesregierung entgegen, die sich am 12. Dezember mit dem Problem der Ausbildungsförderung beschäftigen wollte. Als Ergebnis dieser Sitzung war nun aus der Presse zu erfahren, daß die Bundesregierung den Höchstförderungsbetrag auf 500,— und den Elternfreibetrag auf 980,— festsetzen will, allerdings bisher ohne jede Angabe eines endgültigen Termins.

Durch diesen unbefriedigenden Beschuß hat die Bundesregierung die berechtigten Forderungen der Studenten nicht erfüllt!

In dieser Situation sehe ich mich als studentischer Vertreter im Beirat für Ausbildungsförderung nicht mehr in der Lage, tatenlos zuzusehen. Ich fordere deshalb mit diesem Schreiben alle Beiratsmitglieder auf, die Forderungen der Studenten ebenfalls zu unterstützen. Demonstrieren Sie Ihre Solidarität mit den Aktionen und Forderungen der Studenten, insbesondere mit der vom vds und den ASten angestrebten zentralen Demonstration am 24. 1. 74 in Bonn, durch Ihre Unterschrift unter die beiliegende Resolution und schicken Sie diese an den

**Verband Deutscher Studentenschaften
vds
53 Bonn,
Postfach, Kaiserstraße 71**





Erfolg der Poststudenten Dieburg: Teuerungszulage erkämpft!

Durch die inflationäre Preisentwicklung in der BRD und durch die Tatsache, daß seit drei Jahren die private Studienförderung der DBP für die Poststudenten nicht mehr erhöht wurde, verschlechterte sich die ökonomische Situation für die Studentenschaft derart, daß sie sich gezwungen sah im Juli 1972 folgende Forderungen aufzustellen:

1. 500 DM Förderung für alle Studenten
2. Wegfall der Differenzierung zwischen Grund- und Hauptstudium (bisher erhielten die Studenten des 1. bis 3. Semesters 330,— DM und die Studenten des 4. bis 6. Semesters 400,— DM)
3. Dynamisierung des Förderungssatzes in Angleichung an die Tarifverträge der Deutschen Postgewerkschaft (DPG)

Die untragbare Situation wird u. a. bestimmt durch die niedrigen Förderungssätze, durch eine 8½-jährige Verpflichtung bei der Post, durch die unzureichende Besoldung der Ingenieure im öffentlichen Dienst, durch die Unmöglichkeit eines Weiterstudiums (Rückzahlungsverpflichtung von ca. 20 000 DM).

Ab 12. Juli 72 unterstützte die DPG die aufgestellten Forderungen. Die folgenden Verhandlungen der studentischen Vertreter und des Hauptvorstandes der DPG in Bonn blieben ohne Erfolg. Die offensichtliche Sinnlosigkeit der Verhandlungen zwangen die Studentenschaft zu offensiven Handlungen.

Eine Urabstimmung, bei der sich 60 Prozent der Studentenschaft für einen unbefristeten Streik aussprachen, führte am 15. 10. 73 zur Aufnahme des Sozialkampfes. Diese Kampfmaßnahme wurde mit großer Solidarität, vorbildlicher Disziplin und Organisation durchgeführt.



Demonstration der Post-Studenten in Bonn

Das Bundespostministerium beruft sich bei seinen Entscheidungen auf eine „interministerielle Konferenz“, deren Zusammenkunfts innerhalb eines Jahres absichtlich mehrmals verschoben wurde.

Die IMK bietet einen Schinkompromiß an, gegen den sich die Vollversammlung geschlossen ausspricht. Trotz Androhung von Repressalien von Seiten der Verwaltung und des BPMs streikt die Studentenschaft geschlossen weiter.

Die zweite Fachhochschule der DBP in West-Berlin, trat am 29. 10. ebenfalls in den unbefristeten Streik.

Es sind zahlreiche Solidaritätsschreiben von Seiten des MSB Spartakus, der DKP, der Gewerkschaft sowie von Asten, Betriebsräten und Lehrlingsgruppen eingetroffen.

Die Solidaritätserklärungen von Betriebsräten und Lehrlingen machen deutlich, daß der Sozialkampf an den Hochschulen nicht als isolierte Aktion der Studenten angesehen werden kann, sondern Bestandteil der Lohnkämpfe der werktätigen Bevölkerung in der BRD ist. Arbeitende und lernende Jugend, werktätige Bevölkerung kämpfen heute Seite an Seite gegen den selben Gegner: das Groß- und Monopolkapital. Mit vierwöchigem Streik wurde durch konsequentes solidarisches Handeln ein für die Studentenschaft annehmbares Ergebnis erkämpft:

1. Erhöhung der Studienförderung auf 450,— DM
2. Aufhebung der unterschiedlichen Förderung von Grund- und Hauptstudium.

Erfolg auch in München

Mietpreiserhöhung verhindert!

Durch solidarische Kampfbereitschaft konnten die Heimbewohner der Münchener Studentenstadt Freimann eine drastische Mieterhöhung abwehren:

Bei einer Urabstimmung in der Studentenstadt Freimann stimmten 81,6 Prozent aller Studenten, denen der Mietvertrag wegen Erhöhung der Grundmiete Ende November gekündigt worden war, für einen Miet erhöhungsstreik!

Ihre Forderungen verknüpften sie mit der bundesweiten Forderung nach rückwirkender Anhebung der BAFÖG-Sätze ab 1. 10. 1973 und begriffen ihre Aktionen mit als Vorbereitung für den Sternmarsch des vds.

Die Vielzahl von Versammlungen, Diskussionen und Sitzungen in den Wohnheimen (auch andere Wohnheime solidarisierten sich mit den Forderungen aus der Studentenstadt), die der Urabstimmung vorausgingen, brachten noch eine Reihe von Fakten ans Licht, die bislang in den Schubladen des Studentenwerks vergilben:

Eine Stichprobe der Förderungsabteilung ergab: die Ausbildungsförderung ist um insgesamt 13% zurückgegangen, der durchschnittliche Förderungsbetrag sank von 331,— auf 289,—.

5% der bisher Geförderten fielen aus der Förderung heraus; bei 61% verringerte sich die Förderung (bei nur 17% stieg die Förderung).

Eine Umfrage in der Studentenstadt bestätigte diese Angaben, darüber hinaus wurde festgestellt: 63% aller Bewohner sind BAFÖG-Empfänger, über 60% aller Studenten arbeiten regelmäßig während des Semesters.

Auch die Wohnheimverwaltung gab einige interessante Zahlen bekannt: So beträgt die Steigerung von Mieten und Umlagen von 1970 bis 74 genau 48%, von 87,— auf 130,— DM!

Die Kosten des Wohnheimbaus beliefen sich vor 10 Jahren noch pro Platz auf 14 000,— sie betragen beim Bau des letzten Studentensilos in Freimann über 30 000,—. Dies hält jedoch Bundesminister Dohnanyi nicht davon ab, einen Kostenrichtsatz von 21 000,— zu fixieren. Was herauskommt sind Entwürfe, die dann bei 1000 Bewohnern einen Aufenthaltsraum mit 12 Stühlen vorsehen!

So verwundert es nicht, daß der Wohnheimbau nicht mit der Entwicklung der Studentenzahlen Schritt hält: in München haben nur 14,3% der Studenten einen Heimplatz. Wer nicht bei den Eltern wohnt, hat in München einen Durchschnittsmiete von 208,— aufzu-

bringen! (Diese Zahlen sind in einer bislang noch nicht veröffentlichten Umfrage des Stadtentwicklungsreferats enthalten.)

Kleine Bemerkung am Rande: Für ihre Vermittlerdienste und zweijährliche Kontoauszüge erhält die Bayrische Landeskreditanstalt vom Studentenwerk jährlich 28 000,— DM Gebühren. Beim neuesten Bauabschnitt in Freimann fallen für 1000 Studenten allein 37 000,— DM Notariatskosten an, die jeder „gemeinnützigen“ Wohnungsbaugesellschaft, die Luxuseigentumswohnungen baut, per Gesetz erlassen werden — dem Studentenwerk jedoch nicht.

Der Sozialkampf auch in München zeigt: Gemeinsames Handeln zwingt auch den Staatsapparat und seine Auftragsverwaltung (wie das Studentenwerk in München) zu Zugeständnissen: Am 18. 12. 73 beschloß der Vorstand des Studentenwerks

- Die Grundmiete aller Wohnheime wird nicht erhöht (Finanzierung erfolgt über die Rücklagen neuerer Wohnheime).
- Die Erhöhung der Umlagen wird verschoben, da sie bei den gegenwärtigen BAFÖG-Sätzen nicht zumutbar ist.
- Alle Kündigungen werden zurückgenommen!



Große BAFÖG-Verbau

Gemeinsam für:
500 DM BAFÖG Sofortmaßnahmen
Anhebung der Elternfreibeträge auf 1200
jährliche Anpassung der Sätze u. der Elternfreibeträge
die Kostenentwicklung

Was die Eltern haben, wird den BAFÖG-Sätzen vom Ausbildungsförderungsbetrag abgezogen.
Jetzt solidarisch handeln!
Gemeinsam für
Anhebung des BAFÖG-Höchstsatzes auf DM 500
Anhebung des Elternfreibetrages auf DM 1200
als Sofortmaßnahmen!

VDS
Verband Deutscher Studentenwerke



Rau diktiert – Reform krepiert

Vom 27. 11. bis 29. 11. 1973 fanden an der Fachhochschule und Gesamthochschule in NRW landeseinheitlich Aktionstage statt.

Bei diesen Aktionstagen, an denen sich insgesamt mehr als 40 000 Studenten in NRW beteiligten, ging es schwerpunktmaßig um die zunehmende Reglementierung des Studiums durch verschärfte Prüfungsordnungen und um die soziale Lage der Studenten, insbesondere um Anhebung des BAFÖG-Satzes auf 500,— DM und Erhöhung der Elternfreibeträge auf 1200,— DM.

Wie kam es zu diesen seit Semestern größten Massenaktionen der Studenten NRW?

Ende SS 73 hatte Wissenschaftsminister Rau Rahmenrichtlinien für Prüfungsordnungen an FH und GHS erlassen, die eine Verschärfung der bisherigen Studienbedingungen bedeuteten: Erhöhung der Anzahl von Leistungsnachweisen, Zwischenprüfungen, Abschaffung der freien Wahl des Prüfers usw. Dieser Prüfungs-Erlaß, der von vielen Hochschullehrern und den Studenten prinzipiell abgelehnt wurde, sollte nun auf alle Fächer angewandt und konkretisiert werden. Hochschullehrer und Studenten sollten nun, nach dem Willen Raus, in „demokratischen“ Gremien, unter der Staatsaufsicht eines Ministerialbeamten diese reaktionäre Rahmenprüfungsordnung (RPO) ausfüllen und fachspezifische Prüfungsordnungen erarbeiten.

Rau wollte den Hochschulangehörigen die Rolle von nützlichen Idioten zuweisen, um unter dem Deckmantel von „demokratischer“ Mitarbeit und Mitbestimmung sein reaktionäres Formierungskonzept durchzusetzen.

Dagegen setzten die Studenten sich zur Wehr. Zu Beginn des WS wurden auf

einer Landesastenkonferenz Grundsätze für eine demokratische Prüfungsreform diskutiert und verabschiedet (in vielen Punkten in Anlehnung an das Programm für das gemeinsame Handeln). Auf dieser inhaltlichen Grundlage, die eine fortschrittliche Alternative zur Rauschen RPO darstellte, sollten dann in Zusammenarbeit mit vielen fortschrittlichen Dozenten an den HS demokratische Fachprüfungen erarbeitet werden. Die Mitarbeit in den vom WiMi eingesetzten Fachausschüssen zur Konkretisierung der reaktionären RPO wurden von den Studenten abgelehnt. An fast allen FH und GHS wurde dann nach diesem Konzept vorgegangen. Kein Studentenvertreter beteiligte sich an den Wi-Mi-Fachausschüssen, viele Hochschullehrer schlossen sich dem Boykott der Studenten an. Da an den HS diese Gremien oft von Studenten zur öffentlichen Diskussion gezwungen werden, weigerten sie sich, weiter in Hochschulen zu tagen und zogen ins WiMi. In vielen Fachbereichen wurden gemeinsam von Studenten und Dozenten demokratische Prüfungsentwürfe vorgelegt.

Um diesem Kampf für fortschrittliche Studien- und Prüfungsbedingungen

massenhaft Ausdruck zu verleihen und in landeseinheitlichen Aktivitäten die Studentenschaft an allen Hochschulen einzubeziehen, beschloß die LAK die Aktionstage vom 27. bis 29. 11. Gleichzeitig sollte der vom VDS initiierte Sozialkampf um mehr BAFÖG als weiterer Schwerpunkt einbezogen werden, weil die soziale Misere immer mehr Kommilitonen unter den Nägeln brannte.

Die Aktionstage selbst waren ein großer Erfolg für die Studentenbewegung in NRW.

An vielen HS gelang es, bisher unorganisierte Studenten in die Aktivitäten einzubeziehen. Z. B. gab es an der GHS Essen in jedem Fachbereich Arbeitskreise zu folgenden Themen: Prüfungsordnung, BAFÖG, Integrierte Studiengänge, Lehrerausbildung usw. Insgesamt haben in diesen AGs mehr als 300 (von 8000) Studenten gearbeitet. Aktivs bereiteten die Informationen der arbeitenden Bevölkerung vor, verteilten die Materialien in den Städten, diskutierten an Info-Ständen in Arbeitervierteln. In VV, Teach-ins traten Gewerkschaftsvertreter, Betriebsräte und Jugendvertreter auf. Hochschullehrer und einige Rektoren erklärten sich mit den Forderungen der Studenten solidarisch.



Insgesamt wurden die Aktionstage entsprechend der politischen Orientierung der LAK an 18 FHS und GHS durchgeführt.

Daß dieser Massenkampf der Studenten nicht ohne politische Wirkung war, zeigte sich auch an der Reaktion der Herrschenden. Minister Rau ließ ein Flugblatt an allen Hochschulen verteilen, in denen er behauptete, sein RPO-Erlaß sei nur als „Modell zu verstehen, daß einige Grundsätze verbindlich festlegt“, zum BAFÖG meinte er, daß eine „Verbesserung... unumgänglich“ sei, und er werde „nachdrücklich“ dafür „eintreten“.

Die Studenten werden ihn beim Wort nehmen, d. h. sie erwarten Anerkennung der gemeinsam von Studenten und Dozenten erarbeiteten demokratischen Prüfungsordnungen und sofortige Rücknahme des RPO-Erlasses vom SS 73. D. h. zur Durchsetzung unserer BAFÖG-Forderungen Unterstützung des Sternmarsches auf Bonn, vorlesungs- und klausurenfrei am 24. 1.!

Ja, der Terror an den Hochschulen nimmt zu!

Immer häufiger und immer ausführlicher geifert die RechtsPresse gegen wachsenden Terror an den Hochschulen der Bundesrepublik. „Gewalttätigkeiten häufen sich“ stellt die „Welt“ Mitte Dezember in ihrem Aufmacherartikel auf der ersten Seite fest. Und da hat sie ja gar nicht so unrecht. Wer wollte auch bestreiten, daß in Kultusbürokratie und Hochschulverwaltung immer öfter nach dem Polizeiknöppel gerufen wird, wenn den Herren studentische Argumente zu unbequem werden, wenn Studenten für ihre demokratischen Rechte aktiv werden.

Ausgerechnet der Bund Freiheit der Wissenschaft hat einen „Kalender der Krawalle“ aufgestellt. Was er da zusammengetragen hat, ist mehr als düftig, voller Lügen und Verdrehungen. Ein Beispiel nur: Krawall in Frankfurt am 13. November: „Die Vorlesung des Frankfurter Wirtschaftswissenschaftlers Wolfram Engels wird gesprengt. Engels ist einer der bekanntesten Verfechter der sozialen Marktwirtschaft. Gegen ihn richten sich wiederholt gezielte Aktionen.“

Dieser BUF-„Kalender“ war für die Redaktion der roten blätter Anlaß, sich in einer Blitzumfrage ein Überblick über die tatsächliche Gewaltanwendung an den Hochschulen der Bundesrepublik zu verschaffen. Ein unvollständiger Überblick, selbstverständlich. Berufsverbote z. B. tauchen in der folgenden Aufstellung nicht auf. Was anders aber als Gewaltanwendung ist es, politisch mißliebigen, aktiven Demokraten durch Be-

rufsverbot die Existenzgrundlage zu entziehen? Was anderes als Gewalt ist es denn auch, wenn an unzähligen Hochschulen willkürlich Verbote zu plakatieren, Flugblätter zu verteilen, Büchertische aufzustellen usw. erlassen werden. Die Fadenscheinigkeit der Begründungen kennt keine Grenzen, wenn z. B. das Verbot, Wandzeitungen aufzuhängen mit einer akuten Brandgefahr begründet wird. Die Studenten werden sich aber ihr Recht auf Diskussion und freie Meinungsäußerung nicht nehmen lassen. Verschärftes Ordnungsrecht und hysterischer Polizeiterror werden den Fortschritt der Studentenbewegung nicht aufhalten.

Hier nun also die lückenhafte Zusammenstellung von offener, brutaler oder sublimier Terror- und Gewaltanwendung der Herrschenden an Hochschulen der Bundesrepublik, allein aus einem halben Semester, von Oktober bis Dezember 1973:

Gewalttätigkeiten häufen sich – Rektoren setzen sich zur Wehr

Zeichen für eine Tendenzwende an den deutschen Universitäten

Nachrichtendienst der WELT

AP
Leicht
Unter
Exzessiv
Pro
nahmen

Die Industrie
nur formalver-
einigt ist.
Geschäfts
in Zeitpunkt
ich der sie in
der nur an fünf
werden.
soll die Verzor-
geringfügig von
Tage je Woche
am Freitag wird
in Montag um
bisher um Mittwoch
beenden.
if die Bewe-
ch einer

Wenige Stunden nach der Westdeutschen Rektorenkonferenz hat auch das Berliner Abgeordnetenhaus gefordert, den Kommunistischen Studentenverbau zu verbieten, der an vielen Universitäten Gewalttätigkeiten aufgefallen ist. Gewaltminister Dohnanyi vergleicht kriminelle

Bei ihrer

ren

werde in

Die
irer durchgegriffen worden.
n in Bonn als Zeichen dafür
föbeligkeit gegenüber extremis-
chre eine Grenze erreicht hat,
die an den Universitäten
z hinarbeiten, sind von der

Bonn/Berlin, 13. Dezember

der Rektoren ihre Erf

aus dem letzten Wochen

Wahldelegierten hatte nach der Üb

gung der Konferenz der mo

orientierte KSV. Deswegen sei au

rade er in dem Schulspapier

züger genannt worden. Selbstv

statische Studentenorganisationen

der Hochschulen Gewalt anw

dem Beschluß betroffen". D

den maskenorientierte Kom

Studentenverband Spartak

Schule des Hochschul

Das erklärte der Rektor

Vorfallen des letzten Wo

bietreffenden TU Braunschweig

zitende des Hochschul

Niedersachsen, Profes

genüber der WELT

Der Präsident der

versität, Professor Er

erwies sich vor

der Konferenz als

an die Offiz

KSV oder ähnlich

— sie heißen

zweiten Hochschul

Goch zum ersten

ums, die die Sch

hule der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern

die Gewalttätigkeiten

an den Hochschulen

der Universität

zu verhindern



Frankfurt: Da das Verwaltungsgericht die bestehende Satzung der verfaßten Studentenschaft an der Uni Frankfurt für ungültig erklärt hatte, erläßt Präsident Kantzenbach eine Satzung, die alle Fachschaftsvertretungen, die auf Vollversammlungen gewählt wurden, für illegal erklärt und streicht allen Fachschaften die Finanzen.

Kantzenbach verbietet dem Fachschaftsreferenten des AStA unter Androhung von Strafe, Materialien der Fachschaften zu finanzieren.

Kantzenbach wendet sich mit Rundschreiben an alle Professoren, bei Tutorienvergabe auch politische Kriterien zu beachten und Studenten ausschließen, die die Bemühungen der Studenten unterstützen, in ihren Vorlesungen zu diskutieren. So wird Klaus KatarSKI von einem Stipendienverbot betroffen, obwohl sich die Fachbereichskonferenz für eine Stipendienvergabe ausgesprochen hatte.

München: Prozesse gegen Studenten der Uni München, die während der Aktionswoche gegen das bayrische Hochschulgesetz in Vorlesungen und Seminaren diskutiert hatten.

Mannheim: Der CDU-Mitbestimmungs-experte und Rektor der Universität, Gaukler, verweigert dem MSB Spartakus die Anerkennung als politische Studentengruppe, um eine Sperrung von Räumen, Behinderung der politischen Arbeit und die Verhinderung der Wahlbeteiligung des MSB vorzubereiten.

November

Erlangen/Nürnberg: Prozeß gegen sieben Studenten der WiSo-Fakultät, die in Vorlesungen der Uni über das bayrische Hochschulgesetz diskutiert haben. Der Staatsanwalt legt gegen sechs Freisprüche Berufung ein.

München: Auch an der Uni München, die unter Polizeidirektor Lobkowicz schon von mehreren Polizeieinsätzen heimgesucht wurde, wird die Durchsetzung des Büchertischverbots mit Polizeigewalt angedroht.

Polizeispitzel durchwühlen in der Garderobe des Germanistischen Instituts der Universität die Tasche eines Spartakus-Mitglieds und „sichern“ alles Material mit politischem Inhalt.

Baden-Württemberg: Die Rektoren des Landes diktieren auf Geheiß des Kultusministeriums den Studenten Wahlordnungen. Polizeirektor Theiß der Tübinger Universität schießt mit einer politischen Wohlverhaltensklausel den Vogel ab.

Bonn: Am 14. November wird bei einer vom RCDS provozierten Prügelei in der Mensa Polizei eingesetzt.

Braunschweig: Mit Polizeigewalt wird auf Anforderung des TU-Rektors Henze am 14. November eine seit Semester von Studenten verhinderte reaktionäre Architekturprüfung bei Prof. Hecht durchgesetzt. Die Forderungen der Studenten nach Berufung eines demokratischen Architekturprofessors und Mitbestimmung über die Lehrinhalte wurden abgeblockt.

PS: Henze war es, der gegenüber der Welt erklärte, der Beschuß der westdeutschen Rektorenkonferenz zum Verbot des „K“SV richte sich „auch gegen andere extremistische Studentenorganisationen, die an den Hochschulen Gewalt anwenden“, dazu gehöre auch der moskauorientierte kommunistische Studentenverband Spartakus und der sozialistische Hochschulbund SHB.

Hamburg: In einem reaktionären Urteil gegen das politische Mandat des AStA werden die ehemaligen AStA-Vorsitzenden zu hohen Geldstrafen verurteilt, und zwar wegen der Herausgabe zweier Flugblätter anlässlich des Mißtrauensvotums der CDU CSU im April 73, in denen zu einer Kundgebung, auf der auch Uni-Präsident Fischer-Apelt sprach, aufgerufen wurde.

Braunschweig/Wolfenbüttel: Der Rektor der FHS versucht, den Beschuß der Studenten, dem FHS-Dachverband SVI beizutreten, bei Gerichtsbeschuß rückgängig zu machen.

empörten Studenten herausgedrängt. Auf einer vom AStA einberufenen Uni-VV vorurteilen die Studenten den Polizeieinsatz.

In derselben stellen Polizeibeamte die Personalien von UZ-Verkäufern fest. Der Dekan der medizinischen Fakultät versucht, UZ-Verkauf zu verbieten, unter dem Hinweis auf das Betriebsverfassungsgesetz, da der Verkauf politischer Zeitungen den Betriebsfrieden störe.

Gießen: Mitgliedern der Sektion Psychologie des MSB Spartakus wird mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch ge-

Frankfurt: Uni-Professor Engels, Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates und gescheiterter CDU-Bundestagskandidat, verbietet provokativ in seinen Vorlesungen jede Diskussion und liest statt dessen zeitweilig aus der Bibel vor. Als sich die Studenten dagegen wehren und in der Vorlesung Diskussion verlangen, wird ein Kompromiß ausgehandelt, der eine einstündige Diskussionszeit für jede Vorlesung vorsieht. Als Engels auch diesen Kompromiß, dem er zugestimmt hatte, ablehnt und die Studenten weiter das Diskussionsrecht verlangen, erlaßt Uni-Präsident Kantzenbach eine einwöchige Aussperrung aller ReWi-Studierenden. Weiter droht Kantzenbach mit der Aberkennung des Semesters für alle Studenten der Uni, da überall in den Vorlesungen über diese Terrormaßnahmen diskutiert werde.

Bochum: Brutaler Polizeieinsatz im Fachbereich Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität am 29. 11. Dekan Willms und Prorektor Petzina setzen gegen den Willen des Rektors durch, daß eine geheim angesetzte Statistik-klausur, die von den Studenten im Fachbereich seit drei Semestern abgelehnt wird, durchgeführt wird. Als etwa 300 Studenten Öffentlichkeit herstellen, wird mit einer Hundertschaft Polizei der SoWi-Bereich besetzt und auf die im Gebäude befindlichen 1500 Studenten blind und unmotiviert losgeschlagen. Ein Dutzend Schwerverletzte, sechs willkürliche Festnahmen.

Dezember

München: Am 11. 12. wird der Prozeß gegen das Spartakus-Mitglied Jürgen Stamm eröffnet. Er hatte aus Anlaß der 500-Jahr-Feier der Ludwig-Maximilian-Universität in München am Tag der Studenten (!) an einer Diskussionsveranstaltung teilgenommen. Jetzt wird ihm vorgeworfen Rädelführerschaft, Landfriedensbruch, Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Die Vorwürfe entbehren jeder Grundlage. Außer einer Gefängnisstrafe (!) droht Jürgen Stamm die Relegation auf Grund des neuen Ordnungsrechtes der CSU.

Hagen: Der Rektor der Fachhochschule läßt am 3. 12. eine Senatsitzung mit Polizeischützen, da die Studenten zum Tagesordnungspunkt der Verabsiedlung einer neuen reaktionären Studienordnung für das Fach Sozialwesen Öffentlichkeit herstellen wollen.

Hamburg: Mit Polizeigewalt wird am 14. 12. eine Kundgebung einer maoistischen Gruppe in der Innenstadt aufgelöst. Dabei wird ein völlig unbeteiligter FHS-Student in einen Polizeiwagen gezerrt und ihm dabei ein Arm gebrochen.



Braunschweig: Der Politikprofessor und Institutsleiter Lompe an der TU und sein Assistent Wasmun untersagen den Studenten die Diskussion über ihren Seminarstoff. Als die Studenten auf ihrer Forderung nach Diskussion bestehen, wird von Lompe das Institut geschlossen.

Hamburg: Bei einer Feier zur Einweihung eines neuen Gebäudes der Hochschule für Musik wird ein Spartakus-Mitglied des Hauses verwiesen, weil es Flugblätter mit den Forderungen der Studenten verteilt.

Bei der Feier wird die Veranstaltung aufgelöst, als der AStA in seiner Rede Forderungen der Studenten erläutert.

Marburg: Der Uni-Präsident erläßt Büchertischverbot und versucht vom 1. bis 15. 11. 73 dieses Verbot durchzusetzen, u. a. tauchen drei Kriminalpolizisten in der Mensa auf und stellen die Personalien von Büchertischverkäufern fest. Die Kriminalpolizisten werden von

droht, weil sie sich weigern, ihren Info-Stand zur Beratung von Erstsemestern abzubauen.

Uni-Präsident Meimberg erstattet Anzeige gegen das Spartakus-Mitglied Hartmut Berg. Er hatte einen RCDSler zur Rede gestellt, als er gerade ein MSB-Plakat abgerissen hatte. Darauf wurde er von einem weiteren RCDSler tötlich angegriffen und zu Boden geworfen. Meimberg erstattete die Anzeige lediglich auf die Denunziation des RCDSlers hin. H. Berg wird gar nicht erst zu dem Vorfall gehört.

Uni-Präsident Meimberg droht mit Strafanzeige gegen das MSB-Mitglied L. Wagner. Er hatte als Sprecher der Studenten und in seiner Eigenschaft als Mitglied des Fachschaftsvorstandes einen Professor in der Vorlesung aufgefordert, gemeinsam mit den Studenten über die verschärften Bedingungen für die Vergabe von Scheinen zu diskutieren.

Kiel: Mit brutalem Polizeieinsatz wird am 5. 12. auf Anforderung von Rektor Hatzenauer eine Chemieklausur durchgesetzt. Es handelt sich um eine Klausur, die Erstsemester schon nach fünf Wochen ihres Studiums schreiben sollen, obwohl sie in keiner Prüfungsord-

Erklärung des Bundesvorstands des MSB Spartakus zu den Verbotsforderungen gegenüber dem „K“SV

Die Studentenbewegung hat in den vergangenen Wochen einen neuen Aufschwung erlebt und wichtige Erfolge errungen. Neben ihrer Solidarität mit dem chilenischen Volk, neben ihren Aktionen gegen Berufsverbote und für demokratische Studien- und Prüfungsordnungen sind Studenten überall in unserem Land aktiv geworden für einen sofortigen Inflationszuschlag zur Ausbildungsförderung und solidarisieren sich mit den Lohnkämpfen der Arbeiter. Die studentischen Aktionen finden großes Verständnis bei der arbeitenden Bevölkerung, an vielen Orten ist es zu konkreter Zusammenarbeit von Studentenvertretungen und Gewerkschaften gekommen. Diese Bewegung ist so stark, daß die Bundesregierung und alle Bonner Parteien in der Stipendienfrage zu schwanken, lavieren und taktieren begonnen haben.

In all diesen Bewegungen spielt eine maoistische Gruppierung, die sich den Namen „KSV“ zugelegt hat, eine äußerst schädliche Rolle. Der „KSV“ bekämpft aktiv die Stipendien-Bewegung und hindert — wie in Köln — fortschrittliche Gewerkschafter daran, auf studentischen Veranstaltungen zu sprechen. Der „KSV“ richtet sich auch gegen die anderen Aktionen der fortschrittlichen Studenten. So bekämpft er die Chile-Solidarität, indem er das chilenische Volk und seine Unidad Popular mit ekelhaften Verleumdungen überschützt. So kämpft er — wie in Bonn und Münster — an der Seite der Reaktion mit den Argumenten der Reaktion für die Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten. Außerdem führt er gelegentlich mit seinen wenigen Mitgliedern putschistische Einzelaktionen durch, die dem Ansehen der fortschrittlichen Studentenbewegung in der arbeitenden Bevölkerung schweren Schaden zufügen. Da-

durch bietet er den herrschenden Kräften willkommenen Anlaß, die Studentenbewegung zu verleumden und Maßnahmen zu ihrer offenen Unterdrückung einzuleiten.

Vom Westberliner Abgeordnetenhaus, von der Westdeutschen Rektorenkonferenz und von bestimmten Kräften in allen drei Bonner Parteizentralen wird jetzt das Verbot des „KSV“ gefordert. Sie geben vor, gegen die „Gewalt“ an den Hochschulen einschreiten zu wollen. Nun, es gibt wirklich Gewalt an den Hochschulen: Die unzumutbare soziale Lage eines großen Teils der Studenten; die Verbreitung reaktionären Gedankenguts im Gewande der „Wissenschaft“; die Verweigerung der Berufung von fortschrittlichen Dozenten; der Ausschluß von kritischen und demokratischen Studenten aus Seminaren; die schlechte Benotung von Seminararbeiten mit der Begründung, sie seien marxistisch und daher unwissenschaftlich; die Verbote von Büchertischen demokratischer Studentenorganisationen und die Versuche, den Verkauf der Tageszeitung UZ zu verhindern; die sich häufenden Polizeieinsätze gegen die ihre Interessen verteidigenden Studenten. Zusätzlich zu dieser Gewalt wird gezielt der reaktionäre RCDS gefördert.

Daß es ihnen in Wahrheit nicht um Bekämpfung von Gewalt und nicht eigentlich um den „KSV“ geht, sagen die Befürworter eines „KSV“-Verbots immer offener. Vom WRK-Beschluß seien auch andere „extremistische Organisationen“ wie der MSB SPARTAKUS und der SHB betroffen, plaudert einer der Rektoren gegenüber Springer's „Welt“ aus. Ein anderer will mit dem Verbot verhindern, daß der „KSV“ über die allgemeinen Studentenausschüsse weiterhin an deren Gelder herankomme. Nun ist aber der „KSV“ in keinem einzigen AStA vertreten,

während SPARTAKUS und SHB weit über 50 ASten führen. Diese sind den Herrschenden ein Dorn im Auge. Deshalb werden in der Liste der „Gewalttätigkeiten“, die der Bund Freiheit der Wissenschaft zusammengestellt hat, auch vor allem demokratische Massenaktionen der Studenten genannt, die auf Initiative von SPARTAKUS und SHB durchgeführt wurden.

Es ist klar: Die Herrschenden greifen zu schärferen Maßnahmen, um die erstarkende Studentenbewegung niederzuhalten und sie von der arbeitenden Bevölkerung zu trennen. Sie mobilisieren die studentische Reaktion. Und sie lassen sich Tricks wie Verbotsdrohungen gegen den „KSV“ einfallen, um Maßnahmen gegen die fortschrittlichen Studentenorganisationen vorzubereiten. Für jeden fortschrittlichen Studenten muß feststehen: Aus allen seinen Erfahrungen kennt er den „KSV“ als eine Gruppierung, die den Kampf der demokratischen Studenten diffamiert und bekämpft. Der „KSV“ ist ein Provokateur im Dienste der Reaktion. Mit ihm gibt es keine Solidarität. Deshalb ist er auch isoliert in der Studentenschaft. Er ist schädlich für die Studenten, für das gemeinsame Handeln von Studenten und Arbeitern. Deshalb ist er ungefährlich für die Herrschenden, ja sogar nützlich für sie.

Es gilt jetzt, den etablierten Kräften ihr Spielchen mit dem „KSV“ zu versauen. Seien wir wachsam gegenüber den zunehmenden Versuchen der Herrschenden, demokratische Rechte auszuhöhlen und den fortschrittlichen Kräften mit Gewalt zu begegnen!

Verstärken wir den Kampf gegen Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten, kämpfen wir gegen jede Einschränkung der Rechte von demokratischen Studentenorganisationen wie SHB und MSB SPARTAKUS!

Vorwärts im Kampf um unsere berechtigten sozialen und politischen Forderungen!

Vorwärts im gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Studenten!

Bonn, den 14. 12. 1973

nung vorgesehen ist und die überwältigende Mehrheit der Chemiestudenten die Absetzung der Klausur fordert.

Frankfurt: Uni-Präsident Kantzenbach erläßt einstweilige Verfügung mit Strafandrohung über 1000 DM gegen den AStA, wenn er weiter die Versuche von Studenten unterstützt, in den Vorlesungen zu diskutieren.

Marburg: Während des WS 73/74 wird drei Spartakus-Mitgliedern das Graduiertenstipendium aus politischen Gründen verweigert.

München: Am 15. 12. untersagt der Rektor der TU eine Chile-Veranstaltung des Münchener Chile-Komitees mit der Begründung: Energieknappheit.



„Bayern für Deutschland?“

Mit der Verabschiedung des bayerischen Hochschulgesetzes (BHG) im November 1973 hat sich die CSU das Schnittmuster geschaffen, nach dem den Hochschulen in Bayern der Maßanzug nach Konzerngeschmack verpaßt werden soll. Ein Modell, das keineswegs auf die weiß-blauen Grenzen beschränkt bleiben soll.

Nach dem Motto „Bayern für Deutschland“ sollen mit dem Hochschulrahmen-gesetz in allen Hochschulen der Bundesrepublik:

- wesentliche Entscheidungen über Inhalte, Organisation und Finanzierung von Forschung und Lehre, alle personellen Entscheidungen in die Kompetenz der staatlichen Bürokratie kommen. Jede Entscheidung eines Gremiums kann aufgehoben und von der Kultusbürokratie geregelt werden;
- faktische Zwei-Drittel-Mehrheit der Professoren in den Gremien schon das Entstehen von Konflikten mit der Staatsbürokratie ausschließen;
- die Rektoren über ein Ordnungsrecht verfügen, mit dem sie gleich Feudalherren jede Störung von Gesetz und Ordnung an Ort und Stelle mit der sofortigen Relegation (bis zu 4 Semestern) ahnden können;
- die verfaßten Studentenschaften liquidiert und durch einen von den Gremienvertretern gewählten Sprecherrat „ersetzt“ werden. Durch unmittelbare staatliche Finanzierung lämmfromm gehalten, sollen die Sprecher der Förderung von Sport und Kultur frönen.

Im Mittelpunkt der Diskussion an den Hochschulen in Bayern, in den ASten und Fachschaften, unter den aktiven Studenten steht gegenwärtig die Frage: Wie können die verfaßten Studentenschaften gerettet werden? Nach dem Willen von Maier & Co sollen sie mit dem Stichtag 1. Oktober 1974 endgültig ausgeschaltet werden.

Hier brauchen wir Erfolge. Gerade die Kämpfe für ein materiell abgesichertes Studium, für die BAFÖG-Erhöhung bestätigen die Erfahrung der Studentenbewegung: Die Organe der verfaßten Studentenschaft sind eine wirkungsvolle Stütze, organisiertes Handeln ist der Schlüssel zu Erfolgen, auch für die Studenten.

Hier sind Erfolge auch möglich. So konnte die CDU in BaWü nicht, wie beabsichtigt, die verfaßte Studentenschaft einfach liquidieren, sondern

mußte den Studenten zumindest ihre gesetzliche Verankerung zugestehen. So sind im Regierungsentwurf des HRG, wenn auch kastrierte, verfaßte Organe der Studentenschaft als Reaktion auf die starken studentischen Kämpfe vorgesehen.

Diese ersten Erfolge zeigen, daß es möglich ist, die Liquidierungspläne der CDU/CSU, die verfaßte Studentenschaft aus dem HRG zu katapultieren, zu durchkreuzen und die Verankerung selbständiger Interessenorgane mit allen Rechten durchzusetzen.

Jetzt klein beizugeben, indem man die Sprecherräte als Ersatz für die verfaßte Studentenschaft akzeptiert oder sich wie die Seminar „marxisten“ und die maoistischen Sekten in „Studentenschaft e. V.“ zu flüchten, bedeutet vor den Liquidatoren der Organisationen der Studenten zu kapitulieren und bedeutende Möglichkeiten preiszugeben, die gesetzliche Verankerung der ASten als einer wichtigen Kampfposition der Studentenbewegung erfolgreich zu verteidigen.

Wirkungsvoll die studentischen Organe zu verteidigen heißt:

1. Keine Aufgabe der ASten, sondern Kampf um ihre Verankerung im HRG und damit im BHG. Deshalb darf es keinen freiwilligen Rückzug

aus den ASten geben. Sie müssen weiterhin Instrumente bleiben, oder, wo unter rechtem oder ultra „linkem“ Einfluß werden, die den Kampf um die materiellen, sozialen und politischen Interessen der Studenten organisieren. So können die verfaßten Organe gerade unter den Studenten an Vertrauen gewinnen, denen die Notwendigkeit einer unabhängigen Interessenorganisation noch nicht einsichtig ist.

Bestehende Formen wie Vollversammlungen, Fachschaften, Arbeitskreise und Projektgruppen von VV und Fachschaft müssen gestärkt und u. a. zur Organisierung von Aktionen für die gesetzliche Verankerung selbständiger Interessenorgane mit allen demokratischen Rechten genutzt werden. Verteidigung jedes Rechts der ASten, Beibehaltung der Studentenparlamente. Durchführung allgemeiner Wahlen und Beitragserhebung in der Regie der Studenten.

2. Nutzung der Möglichkeiten der Sprecherräte im Kampf um unabhängige Organisation. Denn jede Möglichkeit, jede Position muß genutzt werden, um den Kampf für die verfaßte Studentenschaft weiterzutreiben — das ist der Standpunkt des MSB Spartakus. Hierbei können uns die Finanz- und Sachmittel der Sprecherräte helfen. Mit jeder Einschränkung der Wirkungsmöglichkeit können mehr Studenten von der Notwendigkeit gesetzlich verankerter, selbständiger Interessenorgane überzeugt und für ihre Durchsetzung aktiviert werden. Sprecherräte können also auch helfen, noch nicht überzeugte Studenten zu erreichen. Aus den Sprecherräten dürfen keine Gegenasten entstehen, allein entscheidend ist die Möglichkeit, diese als Position für den weiteren Kampf um die gesetzliche Verankerung der ASten nutzbar zu machen. So ist es z. B. durchaus möglich, dort, wo fortschrittliche Studenten in die ASten gewählt wurden, eine personelle Einheit von ASta-Vertretern und Sprecherrat herzustellen.

Kundgebung gegen die Verabschiedung des Bayrischen Hochschulgesetzes am 28. November 1973.



3. Bildung von Vereinen zur Verwaltung der Finanz- und Sachmittel der ASten.

Dies ist notwendig zur Sicherung und Kontrolle der Verwendung der studentischen Beiträge und zur Handlungsfähigkeit auf finanziellem Gebiet. Größtmögliche Transparenz für die Studenten, Entscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten durch die gewählten Studentenvertreter muß erreicht werden. Falls es möglich ist, sollen die vorhandenen Mittel vor dem Zugriff der Kultusbürokratie durch diese Vereine gesichert werden.

Das Geld der Studenten soll nicht dem CSU-Staat in die Hände fallen, sondern für den weiteren Kampf genutzt werden. Keine ASten als Mitgliedervereine, wie sie — von den Herrschenden als Ersatz schon seit Jahren den Studenten empfohlen, nun von den Kathedersozialisten und

einigen maoistischen Sekten angestrebt werden. (Der „K“SV gründete seinen „Studentenschaft e. V.“ schon vor einem Jahr.) Mit solchen Vereinen ist das BHG faktisch durchgesetzt und werden die ASten als allgemeine und umfassende Interessenorganisation der Studenten und ihre gesetzliche Verankerung kampflos preisgegeben.

Der MSB Spartakus schlägt allen bayrischen ASten vor, eine Urabstimmung zu den verfaßten Organen im Sommersemester 1974 durchzuführen.

Verbunden mit anderen Aktionen kann durch die Urabstimmung die Bewegung in der Studentenschaft gestärkt und gleichzeitig eine große Wirkung in der Bevölkerung erzielt werden. Ein machtvolleres Votum der Studenten kann den Druck entwickeln, um im HRG und damit auch im BHG die Verankerung selbständiger, mit demokratischen Rechten ausgestatteter Interessenorgane

durchzusetzen.

Noch im Januar/Februar sollten erste Beratungen in den ASten und Fachschaften, in Studentenparlamenten und auf Vollversammlungen stattfinden. In die Aktionsberatungen wird der MSB Spartakus seine Vorschläge einbringen:

- Kein freiwilliger Rückzug aus den ASten!
- Macht die ASten, Fachschaften und Vollversammlungen zu Kampfinstrumenten für gesetzlich verankerte, unabhängige verfaßte Studentenschaften mit allen demokratischen Rechten!

Nutzt die Sprecherräte als Sprachrohre für einen starken AStA!

- Für bundesweite Verankerung der verfaßten Studentenschaft!
- Vorwärts zur Urabstimmung im SS 74!

Schleswig-Holstein

90% für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft!

Mit ihrem reaktionären Landeshochschulgesetz zwang die CDU-Regierung in Schleswig-Holstein die Studenten, in einer Urabstimmung im Dezember 1973 über den weiteren Bestand der verfaßten Studentenschaft zu entscheiden.

Das Ergebnis war ein Schlag ins Kontor der Stoltenberg und Braun! Mehr als $\frac{2}{3}$ aller schleswig-holsteinischen Studenten stimmten mit „Ja“, entschieden sich damit für die organisierte Vertretung ihrer Interessen, von denen, die an der Abstimmung teilnahmen, waren das über 90 %.

Dieses Ergebnis stellt einen äußerst wichtigen Erfolg im Kampf gegen die Hochschulpolitik der CDU-Landesregierung dar. Aber nach wie vor gilt es, die entscheidenden Essentials — uneingeschränktes politisches Mandat, Beitragshoheit und Satzungsautonomie — voll durchzusetzen. Das werden im Sommersemester 1974 sicher zentrale Forderungen sein, die im Kampf gegen die SPD/FDP-Vorstellungen zum HRG durchgesetzt werden müssen. Die Studenten Schleswig-Holsteins haben einen wichtigen Beitrag hierzu geleistet.

**GOTT
schütze mich
vor Demokratie,
Mitbestimmung
und der
verfaßten
Studentenschaft**



Eine SPARTAKUS-Gruppe wird gegründet

„In angelinkster Atmosphäre wollten wir einen Standpunkt finden“

Auf seiner 6. Tagung hat der Bundesvorstand des MSB Spartakus die 91. und die 92. Spartakus-Gruppe aufgenommen. Eine der beiden neu aufgenommenen Gruppen ist die Gruppe in Hildesheim. Die Hildesheimer Genossen berichten, wie das so vor sich geht, wenn eine neue Spartakus-Gruppe gegründet wird.

In Hildesheim gibt es fünf Hochschulen, eine Pädagogische Hochschule mit 1500 Studenten, sowie Fachhochschulen für Sozialpädagogik (400 Studenten), für Architektur (300 Studenten), für Bauwesen (200 Studenten) und für Kommunikation und Produktgestaltung (200 Studenten).

Wolfgang Grams (5. Semester Sozialpädagogik) war der erste Hildesheimer Student, der den Aufnahmeantrag in den MSB Spartakus stellte. Er berichtet: „Es hat einen langen Entwicklungsweg gegeben bis hin zu dem Beschuß, daß an unserer Hochschule eine Spartakus-Gruppe gegründet werden müßte. Viele Studenten kamen mit großen Erwartungen an das Sozialpädagogik-Studium nach Hildesheim, weil es dort fortschrittliche Dozenten gibt und fast keine Studienreglementierung. Z. B. gibt es im Lehrprogramm Veranstaltungen wie ‚DDR — Modell einer sozialistischen Gesellschaft?‘ (mit Fragezeichen!) oder ‚Einführung in den Marxismus‘. Aber das ist alles im Grunde ein Laissez-faire, wo jeder machen kann, was er will, eine linke Spielwiese, auf der die Studenten schnell in Individualismus versumpfen.“

Andererseits entstehen viele Fragestellungen: Warum ist in einer solchen ‚linken‘ Atmosphäre die Interessenvertretung der Studenten total auf den Hund gekommen? Wer führt die Auseinandersetzung mit den ‚linken‘ Dozenten, ihrem Frankfurterismus und ihrer ständigen Verleumdung der sozialistischen Länder?

Aber die Problematik liegt tiefer: Viele Studenten mit ihren Illusionen glauben, nach dem Studium in beispielsweise ein unabhängiges Jugendzentrum gehen zu können, weil sie glauben, sie würden dort einen individuellen Freiraum für sich finden. Dagegen steht die Wirklichkeit, daß ca. 90 Prozent aller Sozialpädagogen ihren Arbeitsplatz in Institutionen, in Behörden usw. haben. Und die Vorbereitung auf dieses Berufsfeld ist ausgesprochen unzureichend. Die Arbeiterklasse, von der soviel an der Hochschule geredet wird, existiert in den Lehrinhalten z. B. beim Thema Heimerziehung nur als eine Schicht, die arm dran ist. Vielleicht wird sie einmal

abstrakt definiert. Als Erziehungsziel für das Heimkind gilt aber der individuelle Aufstieg.

Dabei haben wir hier handfeste Probleme, z. B. seit einem Semester einen scharfen Numerus clausus. Im 5. Semester besteht noch der größte Teil aus Leuten vom 2. Bildungsweg, inzwischen sind die Löcher zwischen Fachschule (Kinderpflegerinnen etc.) und Fachhochschule wieder gestopft. Fazit: Lebensqualität darf nichts kosten.

nen Interessen kämpfen sollen oder dieser Kampf nur ein Kampf um eigene Privilegien wäre. Daran brach sie dann schnell auseinander.

Über Gremien- und Kommissionsarbeit bekamen wir Kontakt zu anderen Fachhochschulen, z. B. zur Wiechernschule in Hannover und zu den Genossen dort. Damals ging die Diskussion um den NC-Staatsvertrag und das Antimitbestimmungsurteil des BVG. Der MSB Spartakus vertrat als einzige Gruppe eine klare Argumentation gegenüber dem Gerede der sich kommunistisch nennenden Gruppen vom Mitbestimmungsschwindel: Für eine Ausbildung und Wissenschaft im Interesse der Arbeiter und Studenten. Für Mitbestimmung in Ausbildung und Betrieb. Für das Bündnis mit den Gewerkschaften.

Wir nahmen uns das Studentenaktionsprogramm von den Genossen mit. Auf der Grundlage der Grundsatzklärung des Spartakus, meinten wir, bestand in Hildesheim die Möglichkeit, weiterzukommen. Zu zweit beschlossen wir, wir gründen in Hildesheim den MSB.

Dann kam uns ein bißchen der Zufall zu Hilfe, als ich mit einem Genossen am DKP-Stand in Hildesheim in die Diskussion kam, und der Genosse uns mit zwei Genossen von anderen Abteilungen in Kontakt brachte, die ebenso die Absicht hatten, MSB-Politik zu machen. Dann ging alles erst mal Schlag auf Schlag:



In dieser angelinksten Atmosphäre, unter diesen Bedingungen, wollten einige Kommilitonen und ich einen politischen Standpunkt finden. Deshalb bildeten wir zu den letzten Gremienwahlen eine linke Liste, die sich vornahm, einheitlich aufzutreten und innerhalb einer sozialistischen Studenteninitiative mit Hilfe von marxistischer Theorie einen Standpunkt zu erarbeiten. Aber diese Initiative entwickelte sich nicht zu einer Studentenorganisation weiter, weil sie sich in der Frage selbst zerfleischte, ob die Studenten selbst als Bündnispartner der Arbeiterklasse für die eige-

Ich hatte eine Beitrittskündigung nach Bonn zum Bundesvorstand geschickt und daraufhin vier Karten für das Meeting in Dortmund erhalten. Inzwischen waren wir zehn Studenten aus Hildesheim und diskutierten die Grundsatzkündigung des MSB. Wir fuhren zum Meeting, und danach meinten wir, es wäre soweit, füllten zehn Beitrittskündigungen aus und schickten sie nach Bonn. Wir begannen, öffentlich aufzutreten. Über ‚Wissen und Fortschritt‘ organisierten wir einen Büchertisch, mobilierten für eine Chile-Veranstaltung, machten eine Chile-Sammlung und ver-

kaufen MSB-Materialien, die wir aus Dortmund mitgebracht hatten.

Wir beschlossen, nicht offensiv an die Gewinnung von anderen Kommilitonen für den MSB heranzugehen, weil wir selbst erst eine Politik entwickeln wollten. Dieser Beschuß hatte sich nach wenigen Wochen überholt, als wir sahen, daß für die zu bewältigenden Aufgaben die Stärkung des MSB — vor allem Gewinnung von PH-Genossen — von Beginn an eine zentrale Aufgabe ist. Inzwischen hatte sich im MSB-Vorstand noch nichts gerührt. Wir bekamen über persönliche Kontakte zwar ein paar Materialien, aber die aktuellen Einschätzungen zu allen politischen Ereignissen, die Materialien zur ideologischen Arbeit, die wichtigsten Dokumente des Verbandes — davon hatten wir kaum etwas.

In unseren ersten Sitzungen merkten wir, daß wir jemanden brauchten, der die Diskussion strukturiert und wählten deshalb eine Leitung, die kollektiv unseren Jour fix vorbereitete. Wir mußten uns klar werden über unsere nächsten Schritte: Wir hatten zwar mit der Grundsatzklärung eine gemeinsame Basis. Aber es gibt doch noch viele Probleme (friedliche Koexistenz, antimonopolistischer Kampf, sozialistische Länder etc.), die wir gemeinsam klären wollen — eine ganze Latte von Fragen. Dann stehen an den Hochschulen aktuelle Probleme an: Diskussion einer Satzung für die verfaßte Studentenschaft, Studienreglementierung und Repression bei politischer Agitation bei den Technikern und vieles mehr.

Am 15. 11. war die konstituierende Sitzung zu einer Initiativ-Gruppe mit einem Genossen vom Bundesvorstand. Gerade dort, wo es noch nicht viele Genossen gibt — das stellt sich heraus — ist es so wichtig, mit den Rundbriefen und Stellungnahmen des BV zu arbeiten, weil da konkrete Handlungsschritte und Argumentationen angegeben sind, die uns eine Orientierung geben können.

Für den Rest des Semesters planen wir, vor allem den Bildungsbaustein zur Einführung in die MSB-Politik durchzuführen. Wir veranstalten wöchentlich unseren Büchertisch. In der nächsten Zeit kommt es darauf an, als Gruppe kollektiv Aktionen durchzuführen. Gerade dadurch meinen wir — kommen wir am schnellsten über die Anfangsschwierigkeiten hinweg.“

*
Inzwischen erkennen immer mehr Hildesheimer Studenten, daß sie sich auf die Arbeit der Spartakus-Genossen verlassen können. Gerade jetzt im Sozialkampf kann der Spartakus auch in Hildesheim zeigen, inwieweit er seinem Anspruch und seinen Aufgaben den Kampf der Studenten zu unterstützen und eine initiativreiche Politik zu betreiben, gerecht werden kann. So wird auch in Hildesheim die aktive Unterstützung und Beteiligung bei der Vorbereitung des vds-Sternmarsches am 24. Januar in Bonn zum Prüfstein für die Qualität der Massenarbeit des MSB Spartakus werden.



Programm

für das gemeinsame Handeln der Studenten



Bestellschein

Einsenden an:

MSB Spartakus

53 Bonn 1

Postfach

Name _____

Anschrift _____

Ich bestelle Exemplare des
Studentenaktionsprogramms zum Hochschule
Preis von mindestens 50 Pfennig



Am 13. Dezember jährt sich der 176. Geburtstag Heinrich Heines. Für die Studenten der Universität Düsseldorf ist dies ein Anlaß, mit Informationsständen, Flugblättern und vom AStA hergestellten Heine-Plaketten darauf aufmerksam zu machen, daß „der Kampf für Heine und die Heinrich-Heine-Universität“ weitergeht.

In einer Presseerklärung des AStA heißt es u.a.: „Dieselben Universitätskreise, die gegen die Heinrich-Heine-Universität kämpfen, verleihen an Henkel einen Doktorhut... Die Entscheidung der Universität für Henkel und gegen Heine und die Mehrheit der Studenten macht nur noch einmal deutlich: Die Gegner der Heinrich-Heine-Universität sind auch die Gegner einer demokratischen Hochschule. Für die Studenten ist Heine nicht nur ein Name, sondern ein Programm; Demokratisierung von Wissenschaft und Hochschule. — Hochschule und insbesondere Studenten sehen sich zunehmend staatlichem Druck ausgesetzt. Ihre Rechte werden weiter abgebaut. Studenten aus sozial schwachen Schichten werden kaum noch gefördert und sind daher kaum noch in der Lage, ihr Studium fortzusetzen. Fortschrittlche Hochschullehrer werden heute nicht berufen. Heine selbst war einer der ersten, gegen den ein Berufsverbot ausgesprochen wurde. Wir werden daher unseren Kampf für eine „Heinrich-Heine-Universität“ mit dem Kampf gegen diese staatlichen Maßnahmen verbinden.“

Die Plaketten können bestellt werden bei: Otto Schönfeldt, 4 Düsseldorf 1, Grunerstraße 26 oder: AStA der Heinrich-Heine-Universität, 4 Düsseldorf 1, Strümpelstraße 6. Preis: 1,- DM. Das Geld geht auf das Konto der Bürgerinitiative (Postcheckkonto Dortmund 43305 - 467). Um Spenden wird gebeten.

Neue Berufsverbotsfälle – neue Protestaktionen

11 500,— DM für Befreiungsbewegung

In einer Veranstaltung im Audi-Max der Technischen Universität Hannover überreichten Vertreter des Organisationskomitees „Sommerfest TUH“, das unter Beteiligung von AStA, MSB Spartacus, SDAJ, des Verbandes Griechischer Studenten und des Iranischen Studentenvereins im Juli dieses Jahres ein von mehr als 8000 Gästen besuchtes Fest unter dem Motto der X. Weltfests Spiele veranstaltet hatte, den Überschuß von rund 11 500 DM als Spende an die Befreiungsbewegungen in Chile, Vietnam, Persien, Griechenland und Angola.

Dem großen Interesse der Bevölkerung Hannovers war es zu verdanken, daß den Ausgaben von 25 295 DM Einnahmen in Höhe von 36 357 DM gegenüberstanden. Das Organisationskomitee einigte sich, der dadurch entstandenen Überschuß als Hilfe für politische Gefangene an die Befreiungsbewegungen zu übergeben.

Hamburger Aufruf

Der Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ beschloß jetzt auf einer Tagung in Hamburg erste Maßnahmen für das Jahr 1974.

Am 19. Januar 1974 soll mit den rund 125 örtlichen Initiativen und Komitees eine dritte Aktionsberatung durchgeführt werden. Den regionalen Initiativen empfiehlt der Arbeitsausschuß, im Frühjahr Regionalkonferenzen einzuberufen. Voraussichtlich am 11. und 12. Mai wird ein Kolloquium mit internationaler Beteiligung stattfinden.

Der Arbeitsausschuß gab bekannt: „500 000 Unterschriften gegen die Berufsverbote sind gesammelt worden.“

Prof. Vega nach Göttingen!

Göttingen. Ein chilenischer Professor soll an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen — Abteilung Göttingen — lehren: Nicolas Vega. Die Abteilungskonferenz der Pädagogischen Hochschule in Göttingen fasste einstimmig den Beschuß, N. Vega eine Anstellung an der PH anzubieten. Zwei Assistenten am Seminar für romanische Philosophie sowie Kontakteute in Freiburg erreichten durch zahlreiche Initiativen (z. B. Telegramme an chilenische Regierungsstellen, Briefe an Bundestagsabgeordnete und an das Bonner Auswärtige Amt), daß für eine Freilassung des Philosophieprofessors und ehemaligen Vizerektors der Universität Osorno in Chile aus dem „Gewahrsam“ der faschistischen Militärjunta in Chile folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Ein Fremdenpaß der BRD würde für N. Vega ausgestellt.
2. Eine Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik liegt vor.
3. Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat N. Vega zu einem dreimonatigen Forschungsaufenthalt in die BRD eingeladen (wobei für Flugticket und Unterhalt der Austauschdienst aufkommen würde).

4. N. Vega wurde eine Anstellung im Fach Philosophie oder einem verwandten Fach an der PH Göttingen angeboten.

Doch noch ist Professor Vega offensichtlich in Chile inhaftiert, wenn sich auch das Auswärtige Amt in Bonn für ihn eingesetzt haben soll. Inzwischen haben die Göttinger Wissenschaftler ihre Bemühungen für eine sofortige Freilassung von N. Vega fortgesetzt, wurden z. B. Telegrammaktionen, u. a. auch vom Bund sozialdemokratischer Hochschullehrer, in Gang gesetzt.

Nicolas Vega kommt übrigens (wenn die Bemühungen um seine Freilassung erfolgreich sind) nicht zum erstenmal in die Bundesrepublik: Er hat von 1967 bis 1969 in München über Kant, Fichte, Hegel und Marx gearbeitet.

Am Romanischen Seminar sind weitere Aktivitäten geplant. Denn: „Wir hoffen, auch bei uns Stellen für chilenische Akademiker zu bekommen“, meint einer der Assistenten. Auch die Bürgerinitiative „Chile-Solidarität Göttingen“ unterstützt die vielfältigen Bemühungen um die sofortige Freilassung von N. Vega.

Maoismus

Anwendung der maoistischen Mechanik auf Dinge des täglichen Lebens

Getreu der großen Weisung des Vorsitzenden Mao Tse-tung: „Das Erste: Mühsal auf sich nehmen — das Letzte: dem Vergnügen sich hingeben“ haben wir die Peking-Rundschau vom Regal geholt, um zu überprüfen, wie es in der Praxis mit der genialen Weisung des großen Vorsitzenden bestellt ist: „Bemüht euch die Pressearbeit gut zu leisten und dem gesamten chinesischen Volk und den Völkern der ganzen Welt zu dienen.“ Wie dient also die Pressearbeit der Peking-Rundschau unserem Volk? Welche Fortschritte hätte man im Hamburger Hafen erzielen können, wenn man geleitet von der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao „die Revolution anpacken, die Produktion fördern“ sich die scharfsinnige Analyse Hai Huis über „die Anwendung der materialistischen Dialektik auf die Schiffahrt“ (Peking-Rundschau 46/73) zu Gemüte geführt hätte! Man wäre zu der Erkenntnis gekommen: „Wie alle Dinge der Welt unterliegen auch die Gezeiten ihren eigenen Gesetzen. Die Flut folgt der Ebbe, mal ist sie höher, mal niedriger, und in den vier Jahreszeiten kommt sie mal früher mal später.“)

Widerspruch zwischen Nebel und Wind

Weiß auch nur ein Lotse, „daß in dem Widerspruch zwischen Untiefen und Gezeiten die letzteren die Hauptseite darstellen?“ Weiß auch nur ein Schäfermann, „daß im Verhältnis von Schiff und Hafen der letztere das Gesamte... das erstere die zweitrangige Seite des Widerspruchs, die der Hauptseite unterzuordnen ist“ darstellt? Wie jeder weiß, ist in Hamburg der ständige Wind ein ernstes Hindernis für die Schiffahrt. Hätte man nicht viele Probleme in den Griff kriegen können, wenn man bedacht hätte, daß der Wind „am Anfang immer schwach ist und dann stärker wird, seinen Höhepunkt erreicht und beginnt dann wieder abzuflauen“; wenn man bedacht hätte, „daß der Wind beim Einsetzen und Abflauen normalerweise nicht sehr stark ist, auch wenn er auf dem Höhepunkt die Stärke 10 erreicht“. Viele Sportsegler hätten wer weiß was für diesen Tip gegeben!

Welche Lehren können wir nun für den Gesundheitssektor ziehen? Hätte man nicht in Anwendung der Weisung aus dem „roten kostbaren Buch“ „Worte des Vorsitzenden Mao“: „Fest entschlossen sein, keine Opfer scheuen und alle Schwierigkeiten überwinden, um den Sieg zu erringen!“ ähnliche Erfolge erzielen können wie sie Shi Liu und Si

Tji unter der Überschrift: „Der Osten ist rot“ gesungen von immer mehr Taubstummen“ (Peking-Rundschau 46/68) beschreiben?

Hier war man in der Lage, ausgehend von dem „brennendsten Wunsch der Taubstummen „Lang lebe Vorsitzender Mao! Er lebe lang, lang, lang!“ auszurufen oder das schönste Lied, das zu Ehren des großen Führers des chinesischen Volkes zumeist ertönt „Der Osten ist rot“ zu singen“, mit der Behandlung zu beginnen. Die Erfolge können sich sehen lassen: „Von den 168 Schülern der Anstalt vermögen nun 129 zu hören und 125 sind imstande, „Lang lebe Vorsitzender Mao...! Vorsitzendem Mao ein langes Leben!“ zu rufen. 47 können das Lied „Der Osten ist rot“ singen bzw. andere Lieder, mit denen die Ideen Mao Tse-tungs propagiert werden.“²⁾ Es stünde den Hamburger Krankenhäusern nicht schlecht an, getreu der revolutionären Weisung des Vorsitzenden Mao Tse-tung: „Neues entdecken und erfinden, schaffen und vorwärtschreiten“ die Arbeit anzupacken.

Mit taktischem Geschick ein Feuer löschen

Der eben geschilderte Heldentum Hsüs ist nur noch vergleichbar mit dem Ning Fu-liäns, der auf der naturwissenschaftlichen Analyse des Vorsitzenden Mao aufbauend „Nur Helden können Tiger und Leoparden bezwingen und wilde Bären können den Kühnen nicht schrecken“ sich bei einem Waldbrand „unerschrocken zu Boden warf“ und „hartnäckig versuchend, die Flammen mit seinem Leib zu ersticken, sich über sie hinwegrollte“ (Peking-Rundschau 48/68). „Seine Genossen sahen, wie er aus den Flammen wieder aufstand. Aus vollem Herzen rief er: „Lang lebe Vorsitzender Mao!“, dann warf er sich neuerdings zu Boden und rollte sich wieder über das Feuer, bis er sein Leben schließlich hingegeben hatte.“³⁾

1) Vgl. auch Roberto Blanco „Heute so, morgen so“, Polydor 1973 oder auch Sepp Herberger „Der Ball ist rund: mal rollt er hierhin, mal rollt er dahin“, Bern 1954

2) Vgl. ähnliche Erfolge wie sie in Wilfried Schmettermanns Buch „Der Papagei, ein gelehriger Vogel“, Baden-Baden 1927, beschrieben werden

3) Vgl. auch den Ausspruch Henry Vahls in dem Volksstück „Meister Anecker: „Wat mutt, dat mutt.““, Ohnsorg-Theater, 1963

4) Lin Biao wurde allerdings auf dem X. Geheimtag der „KP China“ vom 24. 8.–28. 8. 1973 als „bürgerlicher Karrierist, Verschwörer, Doppelzügler, Renegat und Landesverräter“ enttarvt

Die „alte, arme Bäuerin in der Volkskommune Lungtou, Kreis Ischan“, ist uns über Tausende von Meilen verbunden. Denn sie beharrt wie auch wir den Ausspruch Lin Biaos⁴⁾: „Bei der Schiffahrt verläßt man sich auf den Steuermann, bei der Revolution auf die Ideen Mao Tse-tungs.“



Hält man sich jedoch vor Augen, daß die „Mao-Tse-tung-Ideen“ nach dem Willen ihres Schöpfers eine Ergänzung oder sogar Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus sein sollen, kann man sie nicht mit einem Achselzucken abtun, da sie z. B. durch die mechanische Übertragung der materialistischen Dialektik auf Bereiche des täglichen Lebens die marxistische Wissenschaft diskreditieren, da sie zur Grundlage einer beispiellosen Hetze gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten benutzt werden und da sie dem Befreiungskampf der jungen Nationalstaaten eine falsche Perspektive aufzudrängen versuchen.

Nicht zuletzt werden wir auch in der BRD konfrontiert mit der sektiererischen Politik maoistischer Gruppierungen, die einzig und allein das Ziel der Bekämpfung demokratischer Organisationen, vor allem der DKP, der SDAJ und des MSB Spartakus vor Augen haben und zu diesem Zweck selbst die Zusammenarbeit mit den reaktionärsten Kräften unseres Landes nicht scheuen (siehe z. B. den Gleichklang von „K“SV, SSG u. a. mit F. J. Strauß und den hinter ihm stehenden Rüstungskonzernen anlässlich der Ratifizierungskampagne für die Verträge von Moskau und Warschau).

Aus diesem Grund sei nochmals auf die Broschüre zur Auseinandersetzung mit den Maoisten hingewiesen, die der MSB-Bundesvorstand herausgegeben hat. Erhältlich ab Januar auf allen Spartakus-Büchertischen.



Eine Auseinander-
setzung mit der
Politik maoistischer
Gruppierungen in
der BRD

Wenn wir
die Maoisten
bekämpfen
ist das gut
und nicht
schlecht

(Fernöstliche Sprachfreiheit)

Kommunal- und Landtagswahlen 1974

Kommunisten wieder in die Parlamente!

rote-blätter-Rundtischgespräch

In diesem Jahr finden eine Reihe von bedeutenden Landtags- und Kommunalwahlen statt. An allen wird sich die DKP beteiligen. Der MSB SPARTAKUS wird die Kommunisten bei diesen Wahlkämpfen unterstützen und die Studenten aufrufen, der DKP als der einzigen Partei, die auch die Interessen der Studenten konsequent vertritt, Ihre Stimme zu geben. Einige Fragen, die sich mit diesen Wahlkämpfen ergeben, diskutierten bei einem Rundtischgespräch Grete Thiele, Mitglied des Parteivorstands der DKP, Ulli Stang als DKP-Stadtverordneter und Kreisvorsitzender in Marburg, Beate Landefeld, Studentin und Bürgerschaftskandidatin in Hamburg, Mitglied des Parteivorstands der DKP und des Bundesvorstands des MSB SPARTAKUS, und Hartmut Schulze, verantwortlicher Redakteur der Roten Blätter.

Hartmut Schulze: Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 3. März 1974, das sind die ersten Wahlen für ein Landesparlament nach den Bundestagswahlen und entsprechend wird ihre Wichtigkeit allgemein eingeschätzt. Von großer Wichtigkeit werden aber auch die folgenden Wahlen dieses Jahres sein: Kreis- und Kommunalwahlen im März/April in Schleswig-Holstein, im Saarland und Rheinland-Pfalz, Landtags- und Teilkommunalwahlen im Juni in Niedersachsen, Landtagswahlen im September in Bayern und im November in Hessen. Der Hamburger Parteitag der DKP hat beschlossen, daß sich die Deutsche Kommunistische Partei an allen diesen Wahlen beteiligt. Die Zahl von 70 kommunistischen Abgeordneten in kommunalen Parlamenten soll entscheidend erhöht werden.

Grete Thiele: Ja, und wir werden in den Mittelpunkt der Wahlkämpfe in allen Bereichen unsere lebensnahe und konstruktive Politik stellen mit ihren demokratischen Alternativen für die Gegenwart, die sich vor allen Dingen an den ganz konkreten sozialen Problemen des arbeitenden Volkes und der arbeitenden und lernenden Jugend orientiert. Das ist die Forderung des Hamburger Parteitags, und bei diesen Aufgaben sind parlamentarische Positionen in kommunalen Gremien eine unschätzbare Hilfe. Denn wir führen unsern Kampf auf allen Ebenen und dabei nimmt der Kampf um parlamentarische Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes einen wichtigen Raum ein, nämlich als Tribüne für die Forderungen der Arbeiter und aller antimonopolistischen Schichten des Volkes und als wirksame Stütze für den außerparlamentarischen Kampf.

Ulli Stang: Ich möchte für dieses Verhältnis von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf ein Beispiel geben: Als in Marburg im vergangenen Jahr 6 000 Studenten gegen eine Erhöhung der Sozialgebühren demonstriert haben und 4 000 Marburger Studenten die Zahlung dieser Gebühren verweigert haben, war es die DKP, die im Stadtparlament einen Antrag zur Unterstützung der Forderung der Studenten eingebracht hat. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Wenig später allerdings setzte die SPD-Fraktion einen im Prinzip gleichen Antrag auf die Tagesordnung des Stadtrats, der dann angenommen wurde. Die Behandlung der Probleme der Studenten im Stadtparlament, für Marburg etwas durchaus Neues, von den Kommunisten erzwungen, hat sicherlich dem außerparlamentarischen Kampf der Studenten wiederum neue Impulse gegeben, hat die Bewegung verbreitert und dazu beigetragen, der SPD Zugeständnisse abzuringen.

Hartmut Schulze: Genossin Thiele, du hast selbst viele wertvolle Erfahrungen im parlamentarischen Kampf sammeln können. Du hast auf nahezu allen parlamentarischen Ebenen gearbeitet, warst kommunistische Abgeordnete in Stadt- und Landtagsparlamenten und im Bundestag.

Grete Thiele: Ja, das stimmt. Ich war in den 2 ersten Legislaturperioden nach 1945 Stadtverordnete in Wuppertal, ebenso Mitglied des ersten Landtags von NRW und des ersten Bundestages. Meine wichtigste Erfahrung ist die, daß kommunistische Abgeordnete in den Parlamenten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung, der lernenden und



arbeitenden Jugend immer dann auch durchsetzen konnten, selbst wenn sie nur eine Minderheit im Parlament waren, wenn außerhalb des Parlaments dafür eine Bewegung vorhanden war. So war es in den ersten Jahren nach der Zerschlagung des Faschismus und der verbreiteten antifaschistischen Haltung die Erkenntnis, das alles für eine demokratische Entwicklung getan werden mußte. In dem Sinne arbeiteten wir in allen Stadt- und Gemeindeparlamenten, in allen Landtagen an den Gemeindeordnungen und Länderverfassungen mit und setzten wichtige demokratische Grundpositionen durch. Dafür einige Beispiele aus der Tätigkeit der 28 Abgeordneten der KPD-Fraktion im Landtag Nordrheinwestfalens von 1947 bis 1956. Bei der Ausarbeitung der Landesverfassung wurden u. a. folgende Vorschläge von uns aufgenommen:

Der Schutz der Arbeitskraft hat Vorrang vor dem Schutz des Materialbesitzes, die Verankerung der paritätischen Mitbestimmung, nämlich, daß die Arbeiter und Angestellten bei der Leitung der Betriebe und Lenkung der Wirtschaft paritätisch beteiligt sein müssen. Übernommen wurde auch unsere Formulierung bezüglich des Bildungsinhaltes an den Schulen — daß die Lehrziele an den Schulen der Friedensgesinnung und der Völkerverständigung dienen sollen. Angesichts der gegenwärtigen Energiekrise scheint es mir wichtig darauf hinzuweisen, daß

mit der Arbeit der Kommunisten im Parlament vor dem Verbot der KPD vertraut. Kaum einer von ihnen weiß etwas von dieser Arbeit, weiß etwas von der Aktualität vieler Forderungen, die Kommunisten gerade auch im Bereich der Bildungspolitik schon Anfang der fünfziger Jahre aufstellten. Wir haben im „Kommunist“, der Zeitung der Hochschulgruppe der DKP, eine Rede in Auszügen nachgedruckt, in der die kommunistische Abgeordnete Magda Langhans 1951 anlässlich der Einrichtung und Besetzung eines Lehrstuhls für Politik-Wissenschaft an der Ham-

„Volles Mitbestimmungsrecht der Jugend in Betrieben, Lehranstalten, Verwaltungen usw., um die sozialen, kulturellen und beruflichen Belange der Jugend zu sichern.“

Und der zweite Punkt war die Senkung des aktiven Wahlrechts auf 18 Jahre und des passiven auf 21. Damals standen wir im Parlament mit dieser Forderung vollkommen allein. Inzwischen, aufgrund der gewachsenen Bewegung der Jugend dafür, mußte sie erfüllt werden.

Beate Landefeld: Wir Kommunisten machen uns natürlich keine Illusionen über den Charakter des bürgerlichen Parlaments als eines Instruments der Herrschenden zur Niederhaltung des Volkes, wie Lenin das in Staat und Revolution ausgeführt hat. Andererseits begehen wir aber auch nicht den Fehler, jetzt in einen linksradikalen Antiparlamentarismus zu verfallen. Auch mit solchen Positionen hat sich Lenin auseinandergesetzt und hat 1918 geschrieben: „Der Kampf gegen den Opportunismus in der Form, daß man auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachten demokratischen Einrichtungen in der gegebenen, kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeutend mit der völligen Kapitulation vor dem Opportunismus.“



Grete Thiele, Mitglied des Parteivorstands der DKP, ehemalige Bundestags-, Landtags- und Stadtparlaments-Abgeordnete.
Mitte: Ulli Stang, Stadtverordneter und Kreisvorsitzender in Marburg.

bereits damals ein Gesetzentwurf der KPD-Fraktion im Landtag NRW angenommen wurde, wonach die gesamte Kohlewirtschaft in Gemeineigentum überführt werden sollte. Allerdings wurde dieses Gesetz kurz danach von der britischen Besatzungsmacht annulliert. Schließlich wurde auch ein Gesetzentwurf der damaligen KPD-Fraktion angenommen, der den arbeitenden Frauen einen freien bezahlten Hausarbeitstag im Monat gab...

Ulli Stang: Was wurde aus diesen Erungenenschaften?

Eine Reihe dieser und anderer für die demokratische Entwicklung und die arbeitende Bevölkerung wichtigen Ergebnisse unseres Kampfes inner- und außerhalb der Parlamente wurden im Zuge der Restaurierung der alten Besitz- und Machtverhältnisse, der Rechtsentwicklung und des Verbots der KPD abgebaut. Andere demokratische Grundsätze in Gemeindeordnungen, Länderverfassungen und auch im Grundgesetz sind auch heute wichtige Grundpositionen, um deren Erhaltung und Verwirklichung die demokratischen Kräfte kämpfen sollten, so wie die DKP dies auf ihrem Hamburger Parteitag formuliert hat.

Beate Landefeld: Wir in Hamburg fordern: „Kommunisten wieder in die Bürgerschaft“ und machen die Studenten

Beate Landefeld, Studentin, Mitglied des Parteivorstands der DKP und des Bundesvorstands des MSB Spartakus. Kandidatin für die Hamburger Bürgerschaft.

burger Uni praktisch schon unsere heutige Forderung „Marx an die Hochschule“ begründet. (siehe Kasten)

Hartmut Schulze: Es ist auch ungeheuer interessant, in alten Bundestagsprotokollen zu lesen. Da hat sich zum Beispiel der Bundestag am 12. Dezember 1951 mit der sozialen Lage der Studenten beschäftigen müssen, und zwar auf Grund von Fakten, die die kommunistische Abgeordnete Grete Thiele dem „Hohen Hause“ präsentierte. Oder ein anderes Bundestags-Zitat von Genossin Thiele, das an Aktualität und Dringlichkeit kaum eingebüßt haben dürfte: „Die Jugend fordert die Durchführung einer wirklichen Schulreform, die auch den minderbemittelten Jugendlichen erlaubt, höhere Schulen und Berufsfachschulen zu besuchen, und nicht zuletzt auch die Zahlung des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit.“

Grete Thiele: Ja, und man könnte die Beispiele noch lange fortführen und müßte vor allem auch von unserem Kampf gegen die Wiederbewaffnung und die Spaltung Deutschlands berichten, aber dafür fehlt hier der Raum. Laßt mich aber zum Bereich Jugendpolitik noch einen Gesetzentwurf erwähnen, den wir im Januar 1951 eingebracht und dort in 20 Punkten die Forderungen der Jugend aufgegriffen haben, für die heute zum großen Teil immer noch gekämpft werden muß. An erster Stelle stand damals:

Hartmut Schulze: Daß die Kommunisten zu einer solchen Kapitulation keinerlei Veranlassung haben, zeigt ja allein schon die Angst der Herrschenden vor einem wachsenden Einfluß der Kommunisten in den Parlamenten, den sie durch alle möglichen Barrieren aufzuhalten versuchen, angefangen von der 5 Prozent-Klausel bis zur Weigerung, den Kommunisten in den Massenmedien, Rundfunk und Fernsehen, die Möglichkeit zur Darstellung ihrer Politik in den Wahlkämpfen zu geben.

Grete Thiele: Dazu gehört dann auch die Behinderung der Kommunisten beim Sammeln der notwendigen Unterschriften zu einer Kandidatur. In Rheinland-Pfalz z. B. muß man diese Unterschriften auf Ämtern, Bürgermeisterämtern usw. abgeben und was das in einem Land mit einer derart reaktionären Regierung, wie Rheinland-Pfalz bedeutet, kann sich jeder vorstellen. Auch ist es schon öfter vorgekommen, daß SPD-Mitgliedern verboten wurde, eine solche Unterschrift zu leisten, auch wenn sie durchaus nicht die Absicht hatten, DKP zu wählen. Ihnen wird mit Ausschluß aus der SPD gedroht, allein wenn sie einer Partei zu dem demokratischen Recht verhelfen wollen, sich der Wählerentscheidung zu stellen.

Ulli Stang: Laßt mich in diesem Zusammenhang ein Beispiel erwähnen, das auch die große Bedeutung illustriert, die die bürgerlichen Parteien der Kommunalpolitik beimesse: In Marburg hatte unsere Partei bei den letzten Wahlen ein Wahlkampf geführt, der außerordentlich gut bei der Bevölke-

rung angekommen ist und uns viele Sympathien eingebracht hat, was dazu führte, daß die Marburger SPD-Führung gegen Ende des Wahlkampfes ihre gesamte Wahlagitation ausschließlich gegen die DKP richtete und nicht etwa gemeinsam mit der DKP gegen die CDU. Das ging so weit, daß einen Tag vor der Wahl die SPD einen Autokorso durch die Straßen Marburgs durchgeführt hat, allein unter der Losung „Keine Stimme der DKP“. Wobei sie dann natürlich auch das alte Argument gebracht haben, jede Stimme für die DKP sei eine verlorene Stimme, denn die DKP scheiterte ohnehin an der 5-Prozent-Klausel.

Warum es sich lohnt, DKP zu wählen

Grete Thiele: Ganz pragmatisch könnte man hierauf antworten: Wenn alle diejenigen, die Angst haben, eine Stimme für die DKP sei eine verlorene Stimme, die DKP wählten, wäre die 5 Prozent-Klausel längst kein Problem mehr. Aber man muß doch fragen, wann eigentlich ist eine Arbeiterstimme, eine Studentenstimme wirklich verloren. Die Frage beantwortet sich am einfachsten mit einem Vergleich. Würde ein Arbeiter bei Betriebsratswahlen den Boß wählen? Wohl kaum — aber bei anderen Wahlen tut er's oft genug.

Beate Landefeld: Ulli Stang hat von der gewachsenen Bedeutung der Kommunalpolitik gesprochen und ich meine, das gilt für die Studenten besonders, wenn man an die Kulturhoheit der Länder denkt. Hinzu kommt eine oft sehr enge Verflechtung zwischen Hochschule und der Kommune, wobei es auch zu dem Extrem kommt, daß einige Städte direkt von einer Universität leben.

Ulli Stang: Ja, z. B. bei uns in Marburg, wo die Hälfte der gesamten Stadtbevölkerung direkt oder indirekt von der Universität abhängig ist und wo die Entwicklung der Universität als größter Betrieb der Stadt für die Entwicklung der Stadt maßgebliche Bedeutung hat.

Beate Landefeld: Viele der sozialen Probleme der Studenten sind nur in der Kommunalpolitik zu lösen, wie etwa Mietfragen, oder gerade jetzt Tariferhöhungen für Gas, Strom oder Fahrpreise. Unsere Aufgabe ist es dann auch den Zusammenhang zwischen diesen „kleinen“ Problemen und den großen bis weltpolitischen Zusammenhängen herzustellen. Z. B. wenn es um die Frage der Finanzierung für Bildungs- oder Sozialausgaben geht, wenn wir fordern „Runter mit der Rüstung — mehr Geld für die Bildung“. Dann zeigen wir auf, wie die Probleme des Studenten im zu-

KONTROLLEERT MIT! KOMMUNISTEN INS RATHAUS! WÄHLT DKP

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI



kleinen Hörsaal und seine Ausbildungsförderung, die hinten und vorne nicht reicht, nicht zuletzt zusammenhängen mit dem Verlauf der Konferenz für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, zusammenhängen mit den Problemen der Reduzierung der Rüstungsausgaben. Dann erklären wir den Studenten, daß mit Nebenausgaben 33 Prozent unseres Staatshaushaltes in der Bundesrepublik für die Rüstung draufgehen, während die Rüstungsausgaben, die der Sowjetunion vom Imperialismus aufgezwungen werden, jetzt nach der Senkung um 1 Milliarde lediglich 9,1 Prozent des Staatshaushaltes ausmachen. Und wir führen dann auch die harte Auseinandersetzung mit den rechten SPD-Führern, wie Georg Leber, dem der Rheinische Merkur bescheinigt,

es bestünde zwischen seinen militärpolitischen Auffassungen und denen der CDU/CSU kein prinzipieller Unterschied.

Hartmut Schulze: Trotzdem sind bei den Studenten wie in den anderen Bevölkerungsschichten die Illusionen in die „sozialliberale“ Politik noch ausgesprochen groß, was sich bei Wahlen immer wieder zeigt. Geht es für sie um die Entscheidung, wer an der Hochschule ihre eigenen Interessen vertreten soll, geben immer mehr Studenten Mitglieder des MSB SPARTAKUS und der DKP ihre Stimme. Geht es allerdings um Wahlen außerhalb der Hochschule, wählen sie in der Mehrzahl die Vertreter der Parteien, gegen deren



Mannesmann lehrt: Arbeiter und Studenten gemeinsam!

500 DM
SOFORT 18%

Wahlkampf an der Hamburger Universität: Veranstaltung der DKP-Hochschulgruppe zu der Entlassung der 22 Mannesmänner.

Links: Andreas Mölich, Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstands des MSB Spartakus, Am Rednerpult: Manfred Kapluk, Vorsitzender des DKP-Bezirks Ruhr/Westfalen.

Bildungspolitik sie auf die Straße gehen. Warum ist es gerade für Studenten wichtig, die DKP zu unterstützen, die DKP zu wählen?

Beate Landefeld: Ganz einfach deshalb, weil sie die einzige Partei ist, die sich für die Interessen der Studenten einsetzt. Welcher Parteitag z. B. beschäftigt sich denn schon mit den Problemen der Studenten? Der Hamburger Parteitag der DKP hat Anträge zur Hochschulpolitik verabschiedet, die voll den Forderungen der Studenten gerecht werden, so zum Hochschulrahmengesetz oder zur Anhebung der BAföG-Sätze auf sofort 500.- DM Ausbildungsförderung bei einem Elternfreibetrag von 1 200.- DM. Die DKP kämpft für die Beseitigung des Bildungsprivilegs und den Zugang von Arbeiter- und Bauernkindern zu allen Schul- und Hochschuleinrichtungen, sie kämpft für kleine Klassen und für demokratische Unterrichtsstoffe. Sie tritt für die volle Mit-

bestimmung aller Hochschulangehörigen ein und verlangt einen Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen auf das, was und wie an den Hochschulen gelehrt und gelernt wird. Denn das kann der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes nicht gleichgültig sein. Auch von daher erklärt sich, wieso gerade eine Arbeiterpartei sich so für die Interessen der Studenten einsetzt. Laßt mich hierzu kurz aus unseren „10 Punkten für Hamburg“ zitieren:

„Die DKP kämpft für eine demokratische Bildungsreform, die auf die Beseitigung des Bildungsprivilegs gerichtet ist. Ihr Ziel ist ein einheitliches demokratisches Bildungssystem, von der Vorschulerziehung bis zur Hochschule. Das erfordert als nächste Schritte die entscheidende Verbesserung der Berufsausbildung; bessere Ausbildungsvorverhältnisse statt Ausbeutungsverhältnisse; Senkung der Klassenfrequenzen auf höchstens 25 Schüler; die Aufhe-

bung des Numerus clausus; Einführung der Gesamtschule als Regelschule sowie die Beseitigung reaktionärer Bildungsinhalte und die Entwicklung demokratischer Unterrichtsstoffe; Aufhebung der Berufsverbote für demokratische Lehrer; Mitbestimmung der Beteiligten und ihrer Organisationen im Bildungswesen“

Hartmut Schulze: Um eine solche Politik auch in der Hamburger Bürgerschaft vertreten zu können, braucht ihr Kommunisten in Hamburg bei den Wahlen am 3. März insgesamt rd. 63 000 Stimmen. 13 000 Studenten wird es geben, die helfen können, dieses Ziel zu erreichen. Der MSB SPARTAKUS wird seine Kraft dafür einsetzen, daß es möglichst viele von ihnen tun. Nicht nur in Hamburg. Und daß es sich gerade auch für Studenten lohnt, DKP zu wählen, beweisen die parlamentarischen Aktivitäten der Kommunisten in den Gründungsjahren der Bundesrepublik, von denen wir heute noch profitieren, von denen aber die meisten, gerade junge Leute, kaum etwas wissen — und das beweisen heute z. B. die Genossen Stadtverordneten in der Universitätsstadt Marburg tagtäglich.

Kommunisten wieder in die Bürgerschaft!

Schon in der Zeit nach 1945 waren Kommunisten in der Hamburger Bürgerschaft. 1951 stellte die Fraktion der KPD in der Hamburger Bürgerschaft praktisch unsere heutige Forderung „MARX AN DIE UNI“ auf.

Als es um die Einrichtung und Besetzung eines Lehrstuhls für die Wissenschaft von der Politik an der Universität Hamburg geht, betont die kommunistische Abgeordnete Magda Langhans: „... entscheidend ist, welche Lehre jetzt von diesen Lehrstühlen aus behandelt werden soll ... Den Studenten müßte besonders in die politischen Ereignisse Einblick gegeben werden, die sich in Deutschland und in anderen Ländern in den letzten Jahrhunderten ereignet haben. Ich frage, ob man auch beabsichtigt, in der Wissenschaft von der Politik besonders die Klassiker Marx und Engels heranzuziehen, und ob man für unser deutsches Volk die Lehren aus dem Bauernkrieg von 1525 und aus der Revolution von 1848 ziehen will? Ich bin der Auffassung, wenn man die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels früher erkannt hätte, daß dann dem deutschen Volk sehr viel erspart geblieben wäre. ... Entscheidend ist, wie der einzelne Mensch die Politik anwendet und in welchem Interesse er seine Politik vertritt, ob eine Politik, die für das

Volk, für die Arbeiterklasse nutzbringend ist. ... Eine andere Frage ist, wer soll lehren? Ich bin der Meinung, daß hier nur Lektoren in Frage kommen, die wirklich die Interessen der Demokratie, des Friedens ... vertreten. Die Politik ist eine Gesellschaftslehre, und wir sind sehr interessiert, die Gesellschaftslehre so zu verbreiten, daß man nicht nur die Ideologie des Kapitalismus lehrt und dessen Interessen, sondern wir sind daran interessiert, daß von diesem Lehrstuhl aus die Gesellschaftslehre des Sozialismus verkündet und gelehrt wird."

Das macht deutlich:
Unsere wirklichen Interessen, unsere Forderung nach marxistischen Lehrinhalten können nur im gemeinsamen Kampf aller Demokraten, einschließlich der Kommunisten, verwirklicht werden. Deshalb brauchen auch wir Studenten in Hamburg der „Geburtsstadt“ des totalen NC und der verfassungswidrigen Berufsverbote, eine starke Fraktion der DKP in der Bürgerschaft.

Darum wählt die DKP --- die einzige Partei in der BRD, die unabhängig von großkapitalistischen Interessen den Kampf um demokratische Forderungen mit dem Kampf um den Sozialismus verbindet.

aus: „Kommunist“, Zeitung der DKP-Hochschulgruppe in Hamburg



Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

24.1. Über 40 000 Studenten in Bonn!

Weiter auf dem Weg
des Sternmarsches!



Anzeige



uz

Dr. Wenzel-Verlag GmbH

140

• 100 •

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als **TAGEZEITUNG**
für mindestens 3 Monate
(Abonnementpreis:
monatlich DM 7,-)

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als **WOCHEZEITUNG**
für mindestens 1 Jahr
(Abonnementpreis:
jährlich DM 6,50)

BITTE IN BLOCKSCHRIET AUSFÜLLEN

11

Vorpage

213 05

Streße und Hausnummer

Beruf

Datum **Unterschrift**

Der Ölkrimi ist zu Ende:

Milliardenbeute in die Kassen der Konzerne

Von ppa-Korrespondent Hugo Braun, Bonn

Der Ölkrimi ist zu Ende. Die multinationalen Erdölkonzern haben ihre Beute in den Kassen. Als Opfer bleiben die Verbraucher auf der Strecke, die den Milliardencoup der Mineralölgesellschaften durch die drastisch erhöhten Preise zu bezahlen haben. Die Täter aber bleiben unbehelligt und loben den Regierungschef für seine Untätigkeit.

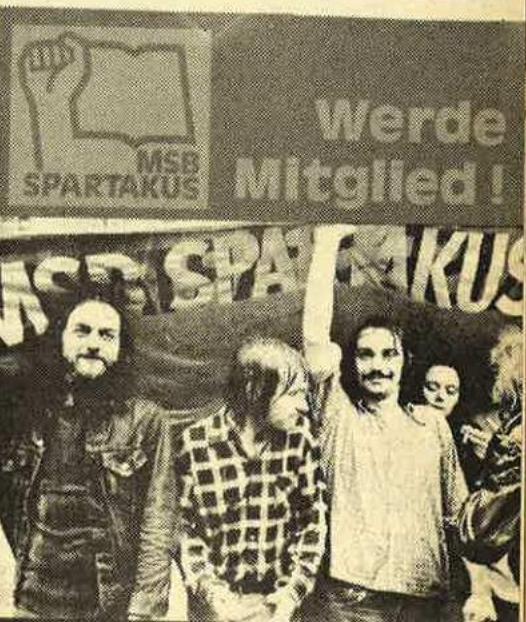
Mit der offiziellen Verkündung des Endes der sogenannten Ölkrisis durch den Bundeskanzler und sein Energiekabinett liegen Zahlen auf dem Tisch, die beweisen, daß es zu keinem Zeitpunkt eine Lieferkrise gegeben hat. Trotz geringfügig gedrosselter Rohölförderung durch die arabischen Staaten hat die Bundesrepublik mit 141 Millionen Tonnen im vergangenen Jahr 5,1 Prozent mehr Mineralölprodukte verbraucht als 1972, und im Januar fließen nach Angaben der Esso AG sogar 8,3 Prozent mehr Öl in unser Land als vor einem Jahr. Insgesamt konnte Regierungssprecher Grünewald „eine gute Versorgungslage“ konstatieren. Die Krise hat in der Realität gar nicht stattgefunden.

Trotzdem vervierfachten sich seit Oktober die Rohölpreise, verdoppelten sich die Preise für leichtes Heizöl und stiegen die Benzinpreise bis zu 20 Prozent, obwohl die Preiserhöhungen der Erdölförderländer kaum mehr als einen Pfennig je Liter Fertigprodukt ausmachen. Die Mineralölgesellschaften verringerten für kurze Zeit vorsätzlich die Rohölankländungen in den bundesdeutschen Häfen und drosselten ihren inländischen

Raffinerieausstoß, um ihre erheblich verteuerten Fertigprodukte aus ihren eigenen Raffinerien in Rotterdam und anderswo zu exorbitanten Preisen auf unseren Markt zu werfen. Die Extra profite aus diesem schmutzigen Geschäft mit einer künstlichen Krise gehen in die Milliarden. Das neue Preisniveau sichert diese Gewinne für die Zukunft und garantiert den Bundesbürgern Folgepreiserhöhungen auf allen Gebieten. Die Zahl der Arbeitslosen ist programmgemäß gestiegen und als Schreckgespenst in die anstehende Tarifrunde eingeführt worden. Jetzt darf der Bundeskanzler die „Krise“ offiziell beenden. „Diesmal muß die Bundesregierung dafür gelobt werden, daß sie untätig blieb“, triumphiert Springer „Welt“ über die Tatsache, daß die Forderungen einer demokratischen Öffentlichkeit nach Preisstopp und Konzernverstaatlichung, wie sie von der DKP, den Jungsozialisten und anderen artikuliert wurden, bei der Regierung ungehört verhallten. Die Zeitung feiert dieses Beispiel für die Allmacht der multinationalen Konzerne, die durch ein kriminelles Komplott ungehindert Millionen Menschen schröpfen können, als „einen Sieg der Marktwirtschaft“.



Aus „Metall“



Sind Spartakisten dogmatisch? · Das Verhältnis zur DKP · Gibt es individuelle Gründe die einer Organisierung im MSB im Wege stehen? · Die Berufsverbote



27

Aktion Kleine Klasse

Erster Elternkongreß in Hamburg

Was mit der Forderung nach Beseitigung der hohen Klassenfrequenzen von 40 und mehr Schülern begann, umfaßt jetzt Zielvorstellungen für das gesamte Bildungswesen, wurde auf das Verlangen nach besserer Lehrerausbildung und -besoldung, Schaffung demokratischer Bildungsinhalte und die Beseiti-

gung der Chancenungleichheit für Arbeiterkinder ausgedehnt. Die Eltern haben Verbündete bekommen: Lehrer, Betriebsräte und Gewerkschafter, Studenten und Schüler arbeiten gemeinsam, richten konkrete Forderungen an Landesregierungen, Schulämter und Landtagsfraktionen, führen Demonstrationen und Kundgebungen durch.

Die Stärke der Elterninitiativen liegt darin, daß sie nicht nur die katastrophalen Bildungsnotstände der Öffentlichkeit bewußt machen, sondern überzeugende Alternativen darbieten. Sie rechnen vor, wie die Veränderung zu einem demokratischen, qualifizierten und auf Chancengleichheit aller Kinder beruhendes Bildungssystem zu finanzieren ist. Sie verlangen die Änderung der politischen Prioritäten. „Senkt die Rüstungskosten um 15 Prozent — erhöht die Bildungsausgaben von 4,9 auf 8 Prozent des Bruttonsozialprodukts — besteuert die Großunternehmer höher“ lauten die Lösungen. Jedes vierte Kind in der BRD schafft keinen Hauptschulabschluß, wird ein Opfer des Lehrermangels, des Ausfalls von Unterrichtsstunden und der unerträglichen Lernbehinderungen in überfüllten Klassen. Das Tierschutzgesetz billigt jedem Schäferhund doppelt so viel Raum im Zwinger zu wie Kinder im Klassenzimmer haben sollten. Das im Grundgesetz verbrieftete Recht auf Bildung entspricht nicht einmal in Ansätzen der Verfassungswirklichkeit. Ein Sprecher der Hamburger Elternkonferenz sagte es so: „Weil du arm bist, darfst du wenig lernen“.

Lehrer Peter Gohl zum Kongreß:

Das sind die Forderungen an denen die Politiker und Parteien gemessen werden:

- Kleine Klassen mit höchstens 25 Schülern;
- Einstellung aller ausgebildeten Lehrer;
- mehr Geld für die Ausstattung der Grundschulen.

Bemerkenswert ist aber, daß sich auf diesem Kongreß die Einsicht durchsetzte, daß kleine Klassen allein noch keine bessere Schule ausmachen. Ein Teilnehmer fragte, ob denn in diesen kleinen Klassen den Kindern „der alte Mist noch intensiver beigebracht“ werden sollte.

Der Ministerpräsidentenbeschuß über sogenannte Radikale im öffentlichen Dienst fördert ein Klima politischer Disziplinierung, der Angst und Unterwürfigkeit. Er bewirkt, daß Lehrer solche Unterrichtsinhalte meiden, die die Schüler in die Lage versetzen, ihre legitimen Interessen wahrzunehmen und zu vertreten. Er trifft insbesondere Lehrer, die sich für demokratische Lehrinhalte einsetzen. Deshalb muß der Ministerpräsidentenbeschuß aufgehoben werden.

Daß die CDU in jenen Ländern, die sozialdemokratisch regiert werden, Bildungsnotstände demagogisch ausschlachtet, macht ihre eigene Schulpolitik in solchen Ländern wie Bayern oder Schleswig-Holstein zwar nicht besser, müßte der SPD jedoch zu denken geben. Was als kaum ernstgenommener Protest einiger Eltern begann, weitet sich über die ganze Bundesrepublik aus, gewinnt politisches Gewicht, bringt die Bundesregierung und Kabinette der Länder in Verlegenheit: Die Elterninitiative „Aktion kleine Klasse“ nennt die erbärmliche Lage im Bildungswesen der Bundesrepublik beim Namen und stellt ihre Forderungen. Zunächst nur in wenigen Großstädten vertreten und mit den Mißständen an einzelnen Schulen beschäftigt, bilden sich die Elterninitiativen jetzt auch in Mittel- und Kleinstädten. 400 Vertreter aus allen Bundesländern führten vom 4. bis 6. Januar in Hamburg den ersten Elternkongreß durch. Zur Vorbereitung einer zentralen Organisation der mehr als 100 Bürgerinitiativen wurde ein Ausschuß gebildet.

Jürgen Brammer (ed)



Strauß kontra UZ

München. UZ — Einen neuen Termin hat das Landgericht München I im Prozeß anberaumt, den Strauß gegen die UZ angestrengt hatte. Am 14. Februar um 9 Uhr soll nochmals verhandelt werden. Bis dahin will das Gericht die Akten aus den bisherigen fünf Verhandlungen beziehen, die Strauß wegen der Zitierung des bekannten Ausspruchs „wer mich daran hindert, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen“ anstrengte. Strauß verlangt von der UZ einen Widerruf.

Die Antwort von immer mehr Lesern: ein Abonnement oder eine Spende für die UZ. Auch immer mehr Studenten erkennen, daß diese „Zeitung der arbeitenden Menschen“ auch für sie die einzige ist, die wahrheitsgemäß über ihre Lage und ihren Kampf berichtet.

Verstärkter UZ-Verkauf auch an der Uni Münster



MBB-Rüstungskonzern erwartet 66 % mehr Umsatz

Eine Umsatzsteigerung um 66 Prozent auf zwei Milliarden Mark erwartet der Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) bis zum Jahr 1978. In diesem Jahr soll der Umsatz um 10 Prozent erhöht werden. Diese Angaben machte MBB-Chef Ludwig Bölkow in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“. Er teilte zugleich mit, daß gegenwärtig eine „Umstrukturierung“ der 18 000 Arbeiter und Angestellten umfassenden Belegschaft „zu Gunsten der produktiven Arbeitskräfte im Gange“ sei. Im letzten Jahr konnte MBB seinen Umsatz um 40 Millionen Mark auf knapp 1,2 Milliarden Mark steigern.

MBB, „bei den meisten interessanten Projekten der Verkehrs-, Raumfahrt- und Wehrtechnik dabei“ (so das „Handelsblatt“), will bis zum Frühjahr das neue Mehrkampf-Flugzeug MRCA/Panavia fertigstellen, das ab 1976 in die Serienproduktion gehen soll. Das weitere Rüstungsprogramm umfaßt Raketen vom Typ „Milan“ und „Kormoran“ sowie Panzerraketen vom Typ „Hot“ im Rahmen der NATO-Planung. Von der Bundeswehr erhofft der MBB-Chef einen Auftrag über 300 Hubschrauber sowie die Übernahme des „Roland“-Flugabwehrsystems durch die USA. MBB will hier die Lizenzen in die USA verkaufen.

Auch der Flick-, Thyssen- und Quandt-Konzern rechnen mit zusätzlichen Bestellungen in diesem Jahr für die Produktion von Gefechts- und Flugabwehrpanzern. Diese Erwartungen werden hauptsächlich auf die außergewöhnlich hohen Panzer-Verluste der Israelis im letzten Nahost-Krieg zurückgeführt. NATO-Strategen haben in Auswertung dieses Krieges festgestellt, daß insbesondere die Zahl der Panzer, elektronischer Waffensysteme sowie die Kapazitäten für strategische Transporte erhöht werden muß.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet, daß neben dem Nahost-Krieg auch die USA-Aggression gegen die Völker Indochinas ihre Rückwirkungen auf die bundesdeutsche Rüstungsindustrie habe: „Schon heute wird in den Rüstungsunternehmen davon ausgegangen, daß die Lehren der beiden Kriege die Aufgabenstellung der Branche für die nächsten Jahre ganz eindeutig prägen werden. Angesichts der langen Entwicklungszeiträume militärischer Ausrüstungsgüter wird sich das auf die Produktion jedoch erst in einigen Jahren nachhaltig auswirken, auch wenn die Entwicklungsabteilungen schon seit Wochen Erfahrungen aus Nahost in ihre Arbeiten einzubeziehen versuchen. Lediglich da, wo sich als Konsequenz des Nahost-Krieges eine zusätzliche Nachfrage nach bereits entwickelten Geräten und Waffensystemen ergibt, wird die Produktion der Rüstungsindustrie schon in Kürze von dem jüngsten Waffengang zwischen Israelis und Arabern beeinflußt.“



Breites antifaschistisches Bündnis

Zur Vorbereitung der Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand 1933 bis 1945“, die bis zum 31. Januar im Stadtvorordnetensaal des Rathauses der Stadt Offenbach gezeigt werden soll, hat sich ein Kuratorium gebildet, in dem u.a. SPD, DKP, FDP, DGB, VVN, jüdische Gemeinde und Stadtjugendring vertreten sind. Ferner schlossen sich dem Kuratorium Abgeordnete des Bundes- und Landtags sowie des Stadtparlaments an. In einer Erklärung des Kuratoriums heißt es, daß es „nach 1945 in der BRD weitgehend versäumt worden ist, auf den bedeutenden Anteil des antifaschistischen Widerstands der sozialistischen Gruppen einzugehen. Umso notwendiger werde es jetzt, die Geschichte des Widerstandes umfassend darzustellen. Die Ausstellung wurde bislang in acht bundesdeutschen Großstädten gezeigt und von etwa 115 000 Bürgern besucht.“

„Nicht tatenlos zusehen“

Frankfurt. Zu einer Großkundgebung hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die GEW-Mitglieder im gesamten Bereich des Bundesgebietes aufgerufen. Sie wird am 6. Februar in Köln stattfinden und hat zum Ziel, „der am 15. Februar 1974 tagenden Ministerpräsidentenkonferenz unmissverständlich deutlich zu machen, daß die Lehrer einer Blockierung der Bildungsreform der Länder über eine unsachgemäße Besoldungsordnung des Bundes nicht tatenlos zusehen werden“. Hinsichtlich der Berufsverbote beschloß der GEW-Hauptvorstand im Blick auf die ebenfalls im Februar anstehende Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz Gespräche mit dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten zu führen. Kampfmaßnahmen hält die Lehrergewerkschaft derzeit „nicht für erforderlich“.

SDAJ: Bis zum 4. Bundeskongreß 500 Gruppen

Auf einer Pressekonferenz am 8. 1. 1974 in Bonn erläuterte der stellvertretende Bundesvorsitzende der SDAJ, Wolfgang Gehrcke, einige Vorhaben des Verbandes in Vorbereitung und Durchführung des 4. Bundeskongresses der SDAJ, der am 18./19. Mai 1974 in Hannover stattfindet.

Er führte aus, daß die SDAJ die Vorbereitung ihres Kongresses mit einer breit angelegten Kampagne durchführt unter dem Arbeitstitel:

**„Für wirksame
Mitbestimmung der
Jugend, für demokra-
tische Bildung
— gegen
Unternehmerwillkür“**

Die SDAJ bemüht sich in Fragen der Bildungspolitik besonders um das gemeinsame Handeln der Arbeiterjugend, Schüler und Studenten. So unterstützt die SDAJ den Sternmarsch des vds am 24. Januar nach Bonn zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG). Verstärkt wird die SDAJ den Kampf um die Interessen der Schüler für ihre sozialen und demokratischen Rechte führen. Am 16. März wird der Bundesvorstand der SDAJ Schülerforderungen veröffentlichen. In den letzten sechs Monaten sind 22 Schülergruppen korporativ der SDAJ beigetreten, weitere werden bis zum Bundeskongreß folgen.



Vorschlag gewandt, eine breit angelegte Sammlungsaktion unter der Lösung „ein Stundenlohn für die Unidad Popular“ durchzuführen.

Die SDAJ konnte ihre internationalen Beziehungen weiter ausbauen, was in zahlreichen Freundschaftsverträgen und Arbeitsvereinbarungen z. B. mit dem Komsomol und der FDJ Ausdruck findet. Zum Bundeskongreß sind 30 ausländische Jugendverbände eingeladen.

Gemeinsam mit Schülern und Studenten

In ihrem Kampf für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen konzentriert sich die SDAJ neben der Bildungspolitik auf die Freizeitsituation der Jugend. Am 9. März wird sie z. B. gemeinsam mit dem Jugendmagazin „elan“ in Saarbrücken eine Konferenz von Freizeitinitiativen durchführen.



Im Mittelpunkt dieser Kampagne werden u. a. Unterschriftensammlungen auf großformatigen Postkarten, Tribunale gegen einzelne Großkonzerne, Denkmalsenthüllungen und Fegeaktionen durchgeführt. Eine besonders hohe Bedeutung für die Verbreitung der Forderungen kommt den Lehrzeitungen der SDAJ zu, von denen inzwischen 190 Titel mit einer monatlichen Gesamtauflage von 190 000 Exemplaren erscheinen.

Konferenz der Freizeitinitiativen

Nachdem die SDAJ gemeinsam mit dem MSB Spartakus auf dem X. Festival der vietnamesischen Delegation einen Scheck über 100 000 Dollar übergeben hat, sammelt der Verband nunmehr zusammen mit anderen demokratischen Organisationen 250 000 DM für den Wiederaufbau einer Schule in Nam-Ha, DRV.

Diese Beziehungen wird die SDAJ nutzen, um ca. 1000 Jugendliche aus der BRD durch Studiendelegationen und touristische Aufenthalte mit dem Leben der Jugend in den sozialistischen Ländern bekannt zu machen.

Vom 29. Mai bis 5. Juni 1974 wird die SDAJ einige hundert Veranstaltungen unter dem Titel „So lebt die Jugend in der UdSSR“ durchführen, auf denen unter anderem 70 Referenten aus der Sowjetunion auftreten werden.

150 neue Gruppen

Ein großer Erfolg seit dem III. Bundeskongreß ist die organisatorische Stärkung der SDAJ. Zahlreiche neue Mitglieder traten dem Verband in dieser Zeit bei. Bis zum IV. Bundeskongreß wird die SDAJ 150 neue Gruppen gründen, damit wird sie dann 500 Gruppen umfassen.

Ein Studienlohn für Unidad Popular

Als weitere Maßnahme der internationalen Solidarität hat sich die SDAJ an alle Chile-Solidaritätskomitees mit dem



internationales

KP Chile:

„Die überwältigende Mehrheit der Chilenen im Kampf gegen die Tyrannie vereinen“

Am 23. Dezember 1973 wurde eine Erklärung der Kommunistischen Partei Chiles veröffentlicht, die wir hier in Auszügen wiedergeben.

Paris, 23. 12. 1973 (ADN). Die Erklärung der Kommunistischen Partei Chiles hat folgenden Wortlaut:

Der Militärputsch vom 11. September hat in Chile eine Diktatur errichtet, die unsere Heimat mit Blut bedeckt. Die Diktatur verletzt die elementarsten humanistischen Prinzipien und beseitigt die besten demokratischen Traditionen, auf die Chile mit Recht stolz war.

Der Militärputsch hat zur Wiedererrichtung der Herrschaft der typischsten Vertreter des Imperialismus und der Oligarchie geführt.

Die Diktatur ist die Herrschaft der Rechten, ist die Rückkehr zur Vergangenheit, ist die Herrschaft der großen Clans. Die Diktatur wurde mit Gewalt errichtet, nicht auf der Grundlage von Verfassung und Gesetzen, sondern auf der Grundlage der absoluten Macht ausübung, die sich auf die brutale Gewalt der Waffen stützt. Entstanden aus dem Blut von Tausenden Chilenen ist sie schlimmer als die schlimmsten reaktionären Regierungen der Vergangenheit: Sie ist ein faschistisches Regime, das jedwede demokratische Regung abwürgt, das alle fortschrittlichen Parteien verbietet, das die besten Söhne der Arbeiterklasse und des Volkes ermordet, foltert und einkerkert, das deren Organisationen beseitigt, das Haß gegen die Werktätigen sät.

Jedem Chilene sind in der einen oder anderen Weise die begangenen Verbrechen bekannt. Tausende haben die Leichen gesehen an den Ufern des Mapocho-Flusses, am Ufer des Aguada, an den Eisenbahnlinien und in den Kanälen in der Umgebung von Santiago. Jede Familie unseres Volkes hat einen oder mehr Verwandte, die in der einen oder anderen Form unter den Folgen der Unterdrückung zu leiden haben. Zur Schande für Chile sind Fotos um die

Welt gegangen, die Bücherverbrennungen und andere Verbrechen der faschistischen Diktatur zeigen.

Obgleich zum Erfolg des Putsches und zur Errichtung der Junta verschiedene Sektoren beigetragen haben, die sich in Opposition zur Regierung des Genossen Allende befunden hatten — einige davon hatten das bewußt angestrebt, einige andere unbewußt —, haben letzten Endes die allerreaktionärsten Gruppen die Kontrolle über die Macht in die Hände genommen. Der in der Christdemokratischen Partei führende Freiflügel, der an der Verschwörung teilgenommen hatte und vom ersten Moment an die Junta unterstützte, erkennt das in seiner Erklärung vom 27. September an:

„Es ist offensichtlich, daß sie (die Militärs) umgeben sind von den reaktionären Sektoren der Wirtschaft und Politik, teilweise unter dem Deckmantel von Berufsverbänden, wie auch Gruppen von erklärter totalitärer Weltanschauung, die darum bemüht sind, die Regierungspolitik in die Bahnen von regressiven Wirtschaftsmodellen des Kapitalismus und auf eine dauernde Konsolidierung der diktatorischen Regierungsweise zu lenken.“

Die vergangene Zeit verdeutlicht, daß diese Tendenzen sich durchsetzen und enthüllt das düstere Ziel, die gesamte demokratische Struktur zu vernichten. Die Rückkehr zur Wiedererrichtung der Volksmacht soll verhindert werden. Der Befehl zur Verbrennung der Wählerlisten war der letzte Schritt der Faschisten zur Verdeutlichung ihrer Mißachtung gegenüber der Demokratie. Gleichzeitig zeigte das ihre Angst vor jeder Willensäußerung des chilenischen Volkes.

Parallel dazu wird tabula rasa gemacht mit den Errungenschaften und

den Rechten der Werktätigen. Massenentlassungen stoßen Hunderttausende Chilenen ins Elend. Die Arbeitslosenzahl übersteigt 20 Prozent der Arbeitskräfte. Die Preiserhöhungen zerstören den Familienhaushalt von jedem Mann und jeder Frau, die von einem Gehalt



Luis Corvalan, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, von den Faschisten auf die KZ-Insel Dawson verschleppt, verkörpert das kämpfende Volk seiner Heimat. Freiheit für Luis Corvalan und alle anderen chilenischen Patrioten ist eine zentrale Forderung der weltweiten Solidaritätsbewegung für Chile.

leben und von breiten Sektoren der Mittelschichten. Millionen von Chilenen sehen, wie ihr Lebensniveau drastisch heruntergedrückt wird zum Wohle der Reichen. Die Wirtschaftspolitik der Junta dient ausschließlich einer kleinen Schicht von Monopolisten und dient denen, die die Diktatur ausüben. Tatsächlich: Während die Generäle und Admiräle vom Volk verlangen, ohne zu mucken diese Politik des Hungers zu akzeptieren (denn „es ist unmöglich, eine Gesundung der Gesellschaft von 3 Jahren Chaos in wenigen Monaten durchzuführen“), schließen sie sich selber von solchen „Opfern“ aus und bestimmen sich Monatsgehalter von 180 000 Escudos.

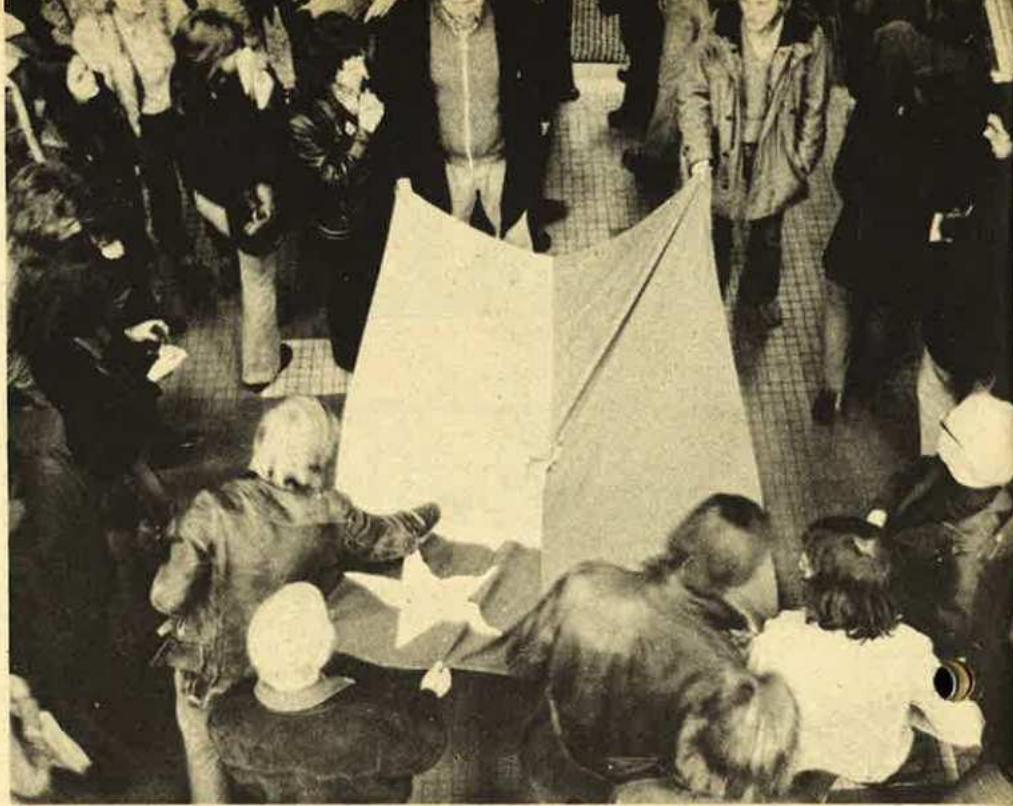
Es gibt einen Sektor unter den herrschenden militärischen und zivilen Kräften, der versucht, eine solche regressiven Orientierung zu vermeiden, der vorziehen würde, eine „Volkspolitik“ mit diesen oder jenen reformistischen Zügen, die in relativ kurzer Zeit die Rückkehr zu gewissen demokratischen Formen erlauben würde. Davon ist die Volksbewegung natürlich ausgeschlossen, aber das würde zumindest die Teilnahme von anderen Sektoren der Bourgeoisie an der Regierung ermöglichen. Aber diese Kräfte haben auf Grundsatzentscheidungen kaum Einfluß. Der Faschismus setzt sich durch und deshalb entfernt sich die Junta immer weiter von den Interessen und Gefühlen der überwiegenden Mehrheit der Chilenen.

Angesichts der offenen Offensive des Faschismus gegen die Heimat, durch welche der Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlungen aufgehalten wurde, welche die grausamste Verfolgung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Sektoren mit sich gebracht hat, welche Millionen von Chilenen zu Elend und Hunger verurteilt, welche dazu geführt hat, daß die Militärs die besten Traditionen Chiles mit Füßen treten, und welche die Herrschaft des Faschismus zu verwetzen sucht, hat jeder ehrliche Chilene die Pflicht, sich den Aktionen anzuschließen, welche Millionen vereinen mit dem Ziel, diesem Alptrum ein Ende zu bereiten.

Eine breite Volkseinheit gegen die Diktatur

Das alles wird ohne Zweifel zu Ende gehen; aber es hängt von dem Willen und der Kampfkraft der Patrioten ab, daß das so schnell wie möglich geschieht und daß die Tyrannie von einer neuen nationalen, demokratischen, pluralistischen Mehrheitsregierung ersetzt wird, die in der Lage ist, die revolutionären Veränderungen durchzuführen, welche das Land benötigt.

Es sind Bedingungen dafür vorhanden, um die überwältigende Mehrheit der Chilenen ohne Sektierertum im Kampf



50 000 DM für Chile Sammelaktion des MSB

Alle Gruppen des MSB Spartakus meldeten gute Erfolge bei der Sammelaktion; vor Weihnachten konnten die ersten 25 000 DM auf das Sonderkonto Erich Wulff des Antimperialistischen Informationsbulletins überwiesen werden.

gegen die Tyrannie zu vereinen, denn der Kampf gegen den Faschismus ist der Kampf zur Verteidigung der wahren Interessen und Gefühle Chiles und der Chilenen.

Die durch den Staatsstreich und die von der Junta angewandte Politik haben eine Situation geschaffen, die die Voraussetzungen und die Notwendigkeit für eine breite soziale und politische Einheit an der Basis zur Rettung Chiles schaffen.

Die Hauptfeinde des chilenischen Volkes, welche den Staatsstreich ausgelöst haben und von der jetzigen Situation profitieren, sind dieselben Feinde der Vergangenheit: der Imperialismus und die monopolistische und Großgrundbesitzer-Oligarchie. Gegen sie muß man die Kräfte vereinen.

Die Arbeiterklasse hat die Fähigkeit, ihre Kraft als Zentrum der Einheit und als Motor revolutionärer Veränderungen zu erneuern, ein Erfordernis der chilenischen Gesellschaft. Einer der Faktoren, der zur Niederlage unseres Volkes führte, mehr noch, der Hauptfaktor war ohne Zweifel die Tatsache, daß es den Feinden gelang, die Arbeiterklasse und die anderen revolutionären Sektoren in der Zeit, die dem Putsch voranging, zu isolieren. Das schuf eine ungünstige Kräftekonstellation für die fortschrittlichen Sektoren, was die Feinde zum Sturz der Volksregierung ausnutzten. Im Kampf gegen die Diktatur kann und muß diese Situation geändert werden. Die Arbeiterklasse muß heute mehr denn je ihre Einheit mit den Bauern stärken. Diese leiden und werden noch mehr leiden unter den Folgen der reaktionären Agrarpolitik. Die Entlassungen in der Landwirtschaft berühren Tausende von Familien, und überall sind die alten Latifundistas dabei, mit Hilfe der Diktatur ihre Herrschaft wieder zu errichten.

Breite Sektoren der Mittelschichten, eingeschlossen das gesamte Kleinbürgertum, haben in diesen Wochen das ganze Gewicht der oligarchischen Politik zu spüren bekommen. Tausende von Facharbeitern sind auf die Straße geworfen worden. Ihnen wird die Arbeitsmöglichkeit verweigert, und man zwingt sie zu ihrem eigenen und zum Schaden Chiles, das Land zu verlassen.

Die Intelligenz im breitesten Sinne dieses Wortes leidet unter der Gewaltsherrschaft des Faschismus und sieht klarer die Identität ihrer Interessen mit denen des Proletariats und des Volkes. Dasselbe geschieht mit breiten Sektoren der Jugend.

Damit sind objektiv Bedingungen für eine sehr breite Einheitsfront geschaffen worden.

Auf politischem Gebiet bestätigt diese Situation die Gültigkeit der Unidad Popular als einheitliche Ausdrucksform des Volkes. Aber gleichzeitig erfordert das, weiterzugehen in Richtung auf eine Aktionseinheit und auf einen Zusammenschluß mit Sektoren des Volkes, die nicht zur Volksregierung gestanden haben. Die Trennungslinie zwischen dem Volk und seinen Feinden darf man nicht mit dem Blick in die Vergangenheit, sondern mit dem Blick in die Zukunft ziehen. Die entscheidende Trennungslinie ist nicht die, die Regierung und Opposition vor dem Staatsstreich trennte, sondern ist jene, die die Faschisten und die Usurpatoren der Regierungsmacht von denen trennt, die unter den Folgen der reaktionären Politik zu leiden haben, denen, die für die demokratische Erneuerung sind, für fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen und für die nationale Unabhängigkeit. Diese Einheit schließt zum Beispiel die Arbeit mit Christdemokratischen Sektoren ein, die sich gegen den Staatsstreich ausgesprochen haben, mit unabhängigen Sektoren, die mit Schrecken sich davon überzeugt haben, was der Faschismus bedeutet. Diese Kräfte müssen als Gleiche behandelt werden.

Die Einheit wird in erster Linie auf der Grundlage der konkreten Probleme, die die Massen berühren, und auch im Dialog mit den Persönlichkeiten, die zu ihm bereit sind, errichtet werden.

Eine richtige Führung des Massenkampfes

Der Erfolg der Arbeiterklasse in ihren Bemühungen um die Verwandlung in das Zentrum der Einheit des ganzen Volkes, in seinem Kampf gegen die Diktatur, hängt in entscheidendem Maße von der festen Anwendung einer prinzipiellen Politik ab, die fähig ist, Versöhnertum zu vermeiden und gleichzeitig dem Extremismus aus dem Wege zu gehen. Dieser Erfolg wird erreicht werden vor allem durch die Weiterentwicklung auf höherem Niveau der Einheit von Sozialisten und Kommunisten, der Unidad Popular und der Einheit aller demokratischen Kräfte.

Die durch den faschistischen Staatsstreich entstandenen Bedingungen für den revolutionären Kampf sind hart und schwer. Die jetzige Situation wird jedoch nicht ewig so sein. Es ist klar, daß die einzige solide Grundlage für die Entwicklung des revolutionären Gegenangriffs die Organisation, die Einheit und der Kampf der Volksmassen und das Wachstum ihres politischen Bewußtseins sind. Die Kampfformen müssen ausgehend von dem Grundsatz bestimmt werden, daß es notwendig ist, alle demokratischen Kräfte gegen den Faschismus zu vereinen. Die Kampffor-

men müssen in jedem Moment dem von den Massen erreichten Bewußtseinstand entsprechen, müssen die jeweils existierende reale Kräftekonstellation berücksichtigen und die Notwendigkeit, daß jede Aktion das Kräfteverhältnis zugunsten des Volkes verändert muß.

Diese Grundsätze, die den Erfolg der Revolution bestimmen, machen deutlich, daß der Weg des individuellen Terrors oder des „Putsches“ von der Volksbewegung vermieden werden muß. Die Reaktion hofft, daß das Volk sich zu dieser Art Aktionen hinreißen läßt: Damit würden sie eine Rechtfertigung für ihre Terrorpolitik erhalten, die einzige Grundlage ihrer Macht. In der Vergangenheit haben der Extremismus und die Provokation den Volksfeinden bedeutende Hilfe geleistet. Und heute ist es ähnlich, abenteuerliche Aktionen sind das, was der Faschist Leigh möchte, um sein Spiel spielen zu können.

Die Volksbewegung muß die kleinstadtlichen Konzeptionen von den „äußeren Impulsen“ beseitigen, welche die Massen angeblich brauchten, um sich in Bewegung zu setzen und den Kampf zu beginnen. Die wahre Massenbewegung, die fähig ist, eine revolutionäre Situation zu schaffen, ist die, die von den konkreten Problemen ausgeht, vor welchen das Volk steht. Die Kampfformen und die Lösungen müssen sich mit den taktischen Zielen der Volksbewegung in jeder Etappe ihres Prozesses der Wiedererstehung eng verbinden. Es ist notwendig, zu unterscheiden zwischen Lösungen strategischen und taktischen Charakters, zwischen Lösungen von Agitationscharakter und Lösungen der Aktion, wobei ihr enger Zusammenhang beachtet werden muß, um eine Verweichung zu vermeiden.

Wenn wir sagen, niedert mit der Diktatur, dann drücken wir ein allgemeines Gefühl aus, und es ist korrekt vom Standpunkt einer agitatorischen Lösung aus, aber offensichtlich unverwendbar heute als Lösung der direkten Aktion. Und deshalb als Lösung allein nicht in der Lage, die Mehrheit in einer Massenaktion zur Verwirklichung dieses Ziels zu vereinen. Wenn wir sagen, Schluß mit dem Zustand des inneren Krieges, so ist das etwas anderes, nämlich eine agitatorische Lösung, die in der Lage ist, Massenaktionen vorzubereiten, die wirklich die Mehrheit vereinen und in ihrer Verwirklichung helfen würden, minimale demokratische Garantien zu sichern, und damit beitragen würden, den Kampf des Volkes weiterzuentwickeln zur endgültigen Beseitigung der Diktatur.

In diesem selben Sinne sollten wir auf keinen Fall von Seiten der Volksbewegung aus die Formen, die der Kampf gegen die Diktatur und für eine neue Regierung in einer zukünftigen Phase annehmen wird, in Dogmen zwingen. In der Linken gibt es Genossen, die schon behaupten, daß der Bürgerkrieg für die Erreichung der demokratischen und revolutionären Wiederherstellung unvermeidlich ist. Es kann tatsächlich geschehen, daß die Faschisten versuchen

werden, um diesen Preis das chilenische Volk zu fesseln. Aber es ist zu früh, das jetzt zu diskutieren.

Wenn die demokratischen Wege verdeckt sind, ist der Bürgerkrieg nicht in jedem Fall der einzige Ausweg für das Volk. Ein politischer Generalstreik, der von der überwiegenden Mehrheit des Landes unterstützt wird, kann denen, die reaktionäre Gewalt entfesseln wollen, die Hände binden. In jedem Fall bedeutet revolutionär sein, von dem realen Kampf der Massen auszugehen, bereit zu sein, den wechselnden politischen Situationen gegenüberzutreten, ohne zu versuchen, dem Leben Schemata aufzuzwingen und vor allem ohne die Trennung der Revolutionären von der konkreten, täglichen, geduldigen Arbeit mit Tausenden und Tausenden von Werktätern, einfachen Menschen, Frauen und Jugendlichen. Das ist der Schlüssel zum Erfolg eines jeden Kampfes.

Die Organisation der Partei und der Volksparteien

Die entscheidende Voraussetzung für die demokratische Wiederherstellung und für die Organisation und die entsprechende Führung des Massenkampfes ist das Funktionieren der Partei. Die Unterdrückung hat natürlich ihrer Struktur geschadet. Die allererste der Aufgaben ist in dem gegenwärtigen Moment, die Organisation der Partei in jedem Bezirk, jedem Betrieb, jedem Wohngebiet, jeder Schule, jedem Landgut und überall dort, wo es Kommunisten gibt, in Gang zu bringen.

Wir müssen auch beitragen zur Reorganisierung der anderen Parteien der Unidad Popular, wobei in der Arbeit die Schwierigkeiten der Vergangenheit überwunden werden müssen.

Der revolutionäre Kampf erfordert die Existenz einer organisierten Vorhut. Die Kommunistische Partei und der ruhmreiche Jugendverband werden standhalten und das Banner des Kampfes in ihren Händen behalten.

Kommunistische Partei Chiles

Der Terror der Saigonner Marionetten geht weiter

Am 27. Januar 1973, vor einem Jahr, hat das vietnamesische Volk mit dem Abschluß des Pariser „Abkommens über die Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“ einen großen Erfolg in seinem Kampf um Frieden und Unabhängigkeit errungen, hat dem US-Imperialismus dieses Abkommen aufgezwungen. Die Frage, wer in solcher Lage ein Interesse an der Mißachtung dieses Abkommens hat, beantwortet sich von selbst. Die internationale Solidaritätsbewegung hat entscheidend zum Erringen des Pariser Abkommens beigetragen; ihre Aufgabe bleibt heute, den Kampf für seine Verwirklichung und strikte Einhaltung zu verstärken.

„Die Armee Thieus begnügt sich nicht mehr mit Operationen am Rand der befreiten Gebiete. Sie unternimmt die systematische Zerstörung ganzer Regionen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt Saigon 7-Tonnen-Bomben ein, chemische Kampfstoffe, Panzer, Bulldozer, um Dörfer niederzuwalzen und die Bevölkerung zu massakrieren“, erklärte unlängst Nguyen Van Thien, der als stellvertretender Delegationsleiter der Revolutionsregierung an den Pariser Verhandlungen teilgenommen hatte.

Schon bevor das Saigonner Regime die Lage in Südvietnam weiter verschärfte, hatte es sich zahlreicher Verstöße gegen das Pariser Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam schuldig gemacht. Nach Angaben eines Sprechers des Außenministeriums der RSV wurden in der Zeit vom 28. Januar bis zum 11. Oktober 1973 diese Vereinbarungen 253 296 mal verletzt. Darunter fallen über 32 000 Operationen zur Einnahme befreiter Gebiete sowie mehr als 176 000 Polizeioperationen, bei denen etwa 30 000 Personen festgenommen wurden. Ziel des Polizeiterrors ist es, die sogenannte dritte Kraft, die neben der RSV und der Saigonner Verwaltung im künftigen Rat der Nationalen Versöhnung und Eintracht vertreten sein soll, zu eliminieren, obwohl sich Saigon nochmals im Gemeinsamen Kommuniqué über die Pariser Abkommen vom 13. Juni 1973 zur Bildung dieses Rates verpflichtet hatte. Welche Position die Thieu-Verwaltung zu dem Pariser Abkommen und dem Gemeinsamen Kommuniqué bezieht, geht auch aus der Tatsache hervor, daß sie als staatsfeindliche Papiere betrachtet werden und weder die Armee noch die Bevölkerung im Saigonner Machtbereich etwas von ihrem Wortlaut offiziell erfahren haben.

In einem Leitartikel fragte unlängst die in Hanoi erscheinende Zeitung „Nhan Dan“: „Weshalb dröhnen in Südvietnam noch immer Kanonen? Weshalb werden immer noch Tausende von Personen getötet und Hunderttausende gezwun-

250 000 DM
für eine
Schule in
Nam Ha!

gen, in Lagern zu bleiben? Warum werden Hunderttausende politische Häftlinge noch nicht freigelassen? All dies entspringt der Politik Thieus, der sich den Pariser Abkommen widersetzt. Dabei ist klar, daß Thieu solche Dinge nicht ohne amerikanische Unterstützung tun könnte.“ In diesem Zusammenhang ist ein Bericht des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek“ sehr aufschlußreich, das in seiner Ausgabe vom 12. November 73 schreibt: „Ron Moreau, der Saigonner Korrespondent von „Newsweek“, und der Pentagon-Korrespondent Lloyd Norman holten sich in der vergangenen Woche beide eine Abfuhr bei ihren Bemühungen, auf offiziellem Wege herauszufinden, was die Regierung Thieu seit dem Waffenstillstand von den USA er-

halten hat. Doch Moreau berichtete, daß die südvietnamesischen Arsenale zum Bersten voll sind...“ Die „Frankfurter Allgemeine“ nennt in einem Korrespondentenbericht aus Saigon „Vorräte von Rüstungsgütern im Werte von 5 Milliarden Dollar“. Die USA unterhalten gegenwärtig über 24 000 als Zivilpersonen getarnte Militärangehörige in Südvietnam, und sie bewilligten Saigon für das Finanzjahr 1973/74 eine Militärhilfe von über 3 Milliarden Dollar. In einer Erklärung der Regierung der DRV vom 10. November 1973 wird festgestellt: „Zur gleichen Zeit (während der verstärkten Anschläge Saigons gegen die RSV-Gebiete — die Red.) entsanden die USA, unter Verletzung des Luftraumes der Demokratischen Republik Vietnam, Aufklärungsflugzeuge, drohten wiederholt mit der Aufnahme der Bombardierung Nordviетnams und lehnen es weiterhin ab, ihren Verpflichtungen bei der Heilung der Kriegswunden und beim Wiederaufbau in der Demokratischen Republik Vietnam nachzukommen.“

Angesichts dieser Lage erreichte die Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) in Frankfurt folgendes Telegramm aus Hanoi.

Hanoi, den 5. 1. 74

Anlässlich des ersten Jahrestages des Pariser Vietnamabkommens hoffen wir, daß Ihr in verschiedenen Formen eine Solidaritätskampagne mit dem vietnamesischen Volk entwickelt und dabei an die USA die Aufforderung richtet, ihr militärisches Engagement und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams zu beenden. stop. Verlangt von der Saigonner Verwaltung die Beendigung ihrer Landraubaktionen, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Gewährung der demokratischen Freiheiten. stop. Herzlichste Grüße, Vietnamesisches Friedenskomitee, DRV.

Der Kampf um die strikte Einhaltung und Verwirklichung der Pariser Verträge muß nach wie vor der Schwerpunkt der politischen Unterstützung des vietnamesischen Volkes sein. Nixon und sein Komplize Thieu müssen gezwungen werden, alle Bestimmungen des Abkommens, das den Frieden und die Unabhängigkeit für Vietnam völkerrechtlich festlegt, genau zu respektieren und einzuhalten. Von der Bundesregierung



- Das ist das aggressive, brutale Wesen des Imperialismus
- Deshalb braucht Vietnam Wachsamkeit und Solidarität
- Nur strikte Einhaltung des Abkommens bewahrt den Frieden



fordern wir die unverzügliche Freigabe der Gelder für Vietnam ohne jegliche Vorbedingung. Bis jetzt weigert Bonn sich hartnäckig, die im Haushalt festgelegten Gelder an die DRV auszugeben, weil 1. die BRD nicht die DRV diplomatisch anerkennt, weil 2. angeblich kein Träger in der DRV vorhanden sei und weil 3. in einem Land, welches Bonner Hilfsgelder erhalten will, kein Krieg stattfinden darf.

Diese Begründung ist eine Unverschämtheit, sie verhöhnt den heldhaften Kampf und die Leiden des vietnamesischen Volkes.

Südvietnamesische Studenten, die für die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens eingetreten sind, wurden in letzter Zeit durch die Thieu-Botschaft in Bonn aufgefordert, nach Südvietnam zurückzukehren. Wiederholt haben sich die Bonner Behörden in solchen Fällen mit Ausweisbefehlen direkt zu Handlangern des Saigon-Terror-Regimes gemacht.

Wir fordern von der SPD/FDP-Regierung:

- Sofortige diplomatische Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnam!!
- Sofortige diplomatische Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, die heute bereits von nahezu 40 Staaten anerkannt wird und auf der Konferenz der Blockfreien, in Algier als einzige legitime Vertretung Südvietnams zugelassen wurde!!
- Sofortige Freigabe der Gelder für den Wiederaufbau in Vietnam!!!
- Keinen Pfennig für das korrupte Thieu-Regime!!!
- Gewährung politischen Asyls für die südvietnamesischen Studenten in der BRD!

Für die materielle Solidarität steht eine große Aufgabe vor uns: Eine Delegation der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität, über deren Reise in die Demokratische Republik Vietnam wir bereits in rote blätter 14 berichtet haben, hat sich gegenüber den vietnamesischen Freunden und Genossen verpflichtet, 250 000 DM für den Wiederaufbau einer zerstörten Schule im Bezirk Nam Ha zu sammeln. Bis Oktober 1974, so lautet das Versprechen, ist das Geld zusammengekommen. Ein realistisches Ziel, denn:

**Vietnam
bleibt
unsere
Sache!**

Abkommen über die Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens in Vietnam (Auszüge)

Artikel 3: Die Parteien verpflichten sich, den Waffenstillstand einzuhalten und einen dauerhaften und stabilen Frieden zu sichern.

Mit Inkrafttreten des Waffenstillstandes gilt folgendes:

a) Die Truppen der Vereinigten Staaten und der mit den Vereinigten Staaten und der Republik Vietnam verbündeten anderen Länder werden bis zur Realisierung des Planes für den Truppenabzug dort bleiben, wo sie sich zur Zeit befinden. Die in Artikel 16 beschriebene vierseitige gemeinsame Militärikommission wird die Modalitäten festlegen.

b) Die Streitkräfte der beiden südvietnamesischen Parteien werden dort bleiben, wo sie sich zur Zeit befinden. Die in Artikel 17 beschriebene aus zwei Parteien bestehende gemeinsame Militärikommission wird die von jeder der beiden Seiten kontrollierten Gebiete und die Modalitäten der Stationierung festlegen.

c) Die regulären Streitkräfte aller Waffengattungen und Truppenteile sowie die irregulären Streitkräfte der Parteien in Südvietnam werden alle Kampfhandlungen gegeneinander einstellen und sich strikt an die folgenden Abmachungen halten:

- Alle Gewaltakte auf dem Boden, in der Luft und auf See sind verboten;
- alle feindseligen Handlungen, Terrorakte und Vergeltungsmaß-

nahmen beider Seiten werden untersagt.

Artikel 4: Die Vereinigten Staaten werden ihr militärisches Engagement nicht fortsetzen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einmischen.

Artikel 5: Innerhalb von sechzig Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens werden alle Truppen, Militärberater und das militärische Personal einschließlich des technischen Militärpersonals und des im Zusammenhang mit dem Befriedungsprogramm tätigen Militärpersonals sowie Waffen, Munition und Kriegsmaterial der Vereinigten Staaten und der anderen in Artikel 3a erwähnten Länder aus Südvietnam abgezogen. Die Berater der oben erwähnten Länder bei allen paramilitärischen Organisationen und bei den Polizeitruppen werden ebenfalls innerhalb desselben Zeitraumes abgezogen.

Artikel 6: Die Auflösung aller Militärstützpunkte der USA und der anderen in Artikel 3a erwähnten Länder in Südvietnam wird innerhalb von sechzig Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens abgeschlossen.

Artikel 7: Vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zu der in den Artikeln 9b und 14 dieses Abkommens vorgesehenen Bildung der Regierung werden die beiden südvietnamesischen Parteien nicht zulassen,

dass Truppen, Militärberater und Militärpersönal einschließlich technischen Militärpersönals, Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietnam gebracht werden.

Die beiden südvietnamesischen Parteien sind befugt, von Zeit zu Zeit Waffen, Munition und Kriegsmaterial, die nach dem Waffenstillstand zerstört, beschädigt, verschlossen oder verbraucht wurden, auf der Grundlage gleicher Quantität, gleicher Merkmale und Eigenschaften unter der Aufsicht der gemeinsamen Militärikommission der beiden südvietnamesischen Parteien und der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission zu ersetzen.

Artikel 11: Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die beiden südvietnamesischen Parteien

- nationale Versöhnung und Eintracht herbeiführen, dem Haß und der Feindschaft ein Ende bereiten und alle Repressionen und Akte der Diskriminierung gegen Einzelpersonen oder Organisationen verbieten, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben.
- die demokratischen Freiheiten des Volkes garantieren: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Organisation, Freiheit der politischen Aktivitäten, Glaubensfreiheit, Bewegungsfreiheit, freie Wahl des Wohnsitzes, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Recht auf Eigentum und Recht auf freie Unternehmensbetätigung.

Internationale Solidarität mit Kambodscha

90% des Landes sind befreit

„Die Sache des kambodschanischen Volkes ist die Sache aller Völker. Indem es wie andere Völker für seine eigene Freiheit kämpft, kämpft es für die Freiheit aller.“

Dies ist nicht nur eine Feststellung. Es ist ein dringender Appell an die Solidarität der Weltöffentlichkeit mit dem gegen den US-Imperialismus kämpfenden Volk von Kambodscha. Der Appell geht von der Internationalen Konferenz für Kambodscha aus, die Anfang Dezember 1973 in Paris getagt hat. 300 Delegierte aus 53 Ländern, Vertreter nationaler und internationaler Organisationen und der verschiedensten politischen, weltanschaulichen und religiösen Richtungen hatten sich in derjenigen Stadt versammelt, in der vor nunmehr fast einem Jahr das historische Waffenstillstandsabkommen über Vietnam unterzeichnet worden ist. Das Welttreffen Ende Dezember war, wenn man so will, eine Premiere: Es war die erste Konferenz dieser Art, dieser politischen Breite, dieser weltweiten Repräsentanz und Bedeutung, die sich speziell mit Kambodscha beschäftigte.

Noch nie konnte so sichtbar demonstriert werden, wie einmütig die Friedenskräfte der ganzen Welt, — die sozialistischen Länder, die antialperialistischen Kämpfer aus Asien, Afrika, Lateinamerika, und die demokratische Bewegung in den kapitalistischen Ländern —, die gerechte Sache des kambodschanischen Volkes unterstützen.

Angesichts der nach wie vor zugesetzten Lage in Kambodscha ist dies auch dringend erforderlich. Der US-Imperialismus hat sich entgegen allen Beteuerungen der Nixon-Regierung noch längst nicht aus diesem Land zurückgezogen. Wie Prinz Norodom Sihanouk, Vorsitzender der Vereinigten Nationalen Front Kambodschas (F. U. N. C.) und als Leiter der Königlichen Regierung der Nationalen Vereinigung (G. R. U. N. C.) das legitime Staatsoberhaupt Kambodschas, in seiner Grußbotschaft an die Konferenz hervorhob, verletzen die USA — ebenso wie in Vietnam — eklatant das Pariser Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1973, dessen Art. 20 ausdrücklich den Rückzug aller ausländischen Truppen, Militärberater und Waffen aus Kambodscha und Laos vorsieht.



Von den Befreiungskräften eroberte Panzer der Lon-Nol-Truppen US-amerikanischer Herkunft.

In bürgerlichen Zeitungen wird häufig die Behauptung aufgestellt, in Kambodscha kämpften in erster Linie vietnamesische Truppen, nämlich solche aus der DRV, gegen das Lon Nol-Regime. Sihanouk wies in seinem Grußschreiben derartige Meldungen entschieden zurück. „Ich kann kategorisch versichern, daß keine einzige vietnamesische Einheit bei uns operiert oder uns in unserem bewaffneten Kampf unterstützt.“

Demgegenüber unterhält die US-Regierung in Kambodscha Hunderte militärischer Berater für die niemanden als sich selbst repräsentierende Gruppe um Lon Nol in Phnom Penh und führt in großen Mengen Kriegsmaterial ein. Auch nach dem offiziellen Bombenstopp im August 1973 werden von US-Flugzeugen Aufklärungsflüge durchgeführt und immer wieder Angriffe gegen befreite Gebiete geflogen. Die in Thailand stationierte Bomberflotte ist von Washington in Bereitschaft versetzt worden, im Falle einer Offensive der kambodschanischen Befreiungsstreitkräfte auf Phnom Penh Kambodscha wieder massiv und offen anzugreifen.

Der US-Kongress hat dieser Politik Nixons bereits weitere Unterstützung gegeben, indem er für 1974 eine Verdopplung der militärischen Hilfe für Lon Nol auf 350 Mill. Dollar bewilligte.

Angesichts dieser fortgesetzten imperialistischen Anschläge verstärkt das kambodschanische Volk seine militärischen, politischen und diplomatischen Anstrengungen, den Aggressor und seine Stellhalter in Phnom Penh endgültig zu schlagen. In ihrem heldenhaften Kampf gegen den brutalsten Gegner erringen die kambodschanischen Patrioten immer größere Siege. Heute sind 90 Prozent des Territoriums Kambodschas befreit, und in diesen Gebieten leben 80 Prozent der Bevölkerung des Landes.

Von großer Bedeutung für diese siegreiche Entwicklung des kambodschanischen Befreiungskampfes ist die politische Organisation des Kampfes durch die nationale Befreiungsfront F. U. N. C., die alle patriotischen Kräfte des Landes zusammenschließt. Thounn Prasith, Leiter der Delegation von F. U. N. C. und G. R. U. N. C. auf der Konferenz in Paris, wies darauf hin, daß die

F. U. N. C. auf breitesten politischer Basis Arbeiter, Bauern, die nationale Bourgeoisie, das Kleinbürgertum, Intellektuelle, buddhistische Mönche und die patriotischen Mitglieder der königlichen Familie, wie Prinz Sihanouk, vereinigt.

Der unter der Leitung des F. U. N. C. geführte Kampf des kambodschanischen Volkes ist auch auf diplomatischer Ebene immer erfolgreicher. Die königliche Regierung der nationalen Vereinigung (G. R. U. N. C.) ist mittlerweile von fast 60 Staaten, darunter den Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft, als legitime Regierung Kambodschas anerkannt.

Völlig unmißverständlich betonte der sowjetische Delegierte auf der Konferenz: „Die G. R. U. N. C. ist die legitime Regierung Kambodschas. Die UdSSR und weitere sozialistische Länder beteiligen sich aktiv am Kampf für ihre Wiedereinsetzung in ihre legitimen Rechte in der UNO.“

Imperialistische Intrigen verhinderten allerdings, daß ein derartiger Beschuß auf der jüngsten UN-Vollversammlung verfaßt werden konnte. Den USA, unterstützt von der BRD und anderen NATO-Staaten, gelang es, mit der hauchdünnen Mehrheit von 52 zu 50 Stimmen den CIA-Regime von Lon Nol seinen Platz in der UNO vorläufig zu retten und die Regierung der Nationalen Vereinigung mit Prinz Sihanouk als Staatschef aus der Weltorganisation herauszuhalten.

Größtmögliche politische Breite der Befreiungsbewegung in Kambodscha auf der Basis eines konsequenten antiimperialistischen Programms, „vielgestaltige Kampfführung“ (Prasith), also die Kombination des bewaffneten mit dem politischen und diplomatischen Kampf, und dies beides gestützt auf die enge Kampfgemeinschaft mit den anderen beiden indochinesischen Brudervölkern und die gesamte internationale antiimperialistische Solidarität: Das ist der Weg, auf dem die bisherigen Erfolge des kambodschanischen Volkes errungen werden konnten. Hier liegt auch der Schlüssel für den engültigen Sieg. Gerade auf die Bedeutung der internationalen Solidarität wurde auf der Konferenz in Paris immer wieder hingewiesen. So führte beispielsweise Alexander Dzassochow, Generalsekretär des Afro-Asiatischen-Solidaritätskomitees der Sowjetunion in seinem Beitrag aus:

„Als die aggressiven imperialistischen Kräfte ihre unverhüllte militärische Intervention auf Kambodscha ausgedehnt hatten, hörte man auf der ganzen Erde den Widerhall der Erklärung der sowjetischen Regierung, die hervorhob, daß die Ausdehnung der US-Aggression in Indochina die Sicherung und die Verstärkung der Vereinigung und des Zusammenhalts aller sozialistischen, antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte im Kampf gegen den Aggressor noch gebieterischer erforderlich macht.“

Und der sowjetische Delegierte fuhr fort: „Wir freuen uns über die enormen Erfolge der kambodschanischen Patrio-

ten. Aber wir sind uns darüber klar, daß der Kampf noch nicht beendet ist und, obwohl die Weltmeinung die amerikanische Führung zur Beendigung der Bombardements auf Kambodscha gezwungen hat, daß die Vercinigten Staaten ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes fortsetzen und nach wie vor das volksfeindliche Regime von Phnom Penh militärisch und wirtschaftlich unterstützen, um auf diese Weise Hindernisse auf dem Weg der völligen Befreiung des Landes zu errichten. Das sowjetische Volk ist davon überzeugt, daß der mutige Kampf des kambodschanischen Volkes, gestützt auf alle friedliebenden progressiven Kräfte, vom Sieg gekrönt

machtvolle Unterstützung des gerechten Kampfes des Khmer-Volkes für die nationale Rettung und die vollständige Befreiung seines Landes zu danken."

Ganz auf die Verstärkung des politischen Drucks auf internationaler Ebene ausgerichtet waren deshalb auch die Aufgaben, die Sihanouk in seinem Grußschreiben der Internationalen Kambodscha-Konferenz als Zielsetzungen vorschlug. Der politische Druck auf die Führung der USA und anderer Länder muß verstärkt werden, so schrieb Sihanouk, mit dem Ziel, „auf der einen Seite der Regierung in Washington die Mittel zu nehmen, weiterhin Geist und Buchstaben des Artikels

— Sofortiger Rückzug aller militärischer Berater und Beendigung der militärischen Hilfe für die Lon Nol-Clique;

— de jure-Anerkennung der GRUNC als einzige legitime Regierung Kambodschas und Abbruch der Beziehungen zum CIA-Regime Lon Nol's durch alle Regierungen, soweit sie es nicht schon getan haben;

— Respektierung der nationalen Rechte des kambodschanischen Volkes entsprechend der Fünf-Punkte-Erklärung Norodom Sihanouks vom 23.



Brutal geht die Polizei des Lon-Nol-Regimes gegen patriotische Studenten in Phnom-Penh vor.

sein wird. Der vor kurzem in Moskau durchgeführte Weltkongress der Friedenskräfte demonstrierte überzeugend die ständig wachsende Solidarität mit Kambodscha. Im Namen ihrer Völker haben die Repräsentanten der 142 Länder ihre Sympathie mit den kambodschanischen Patrioten verkündet und die Ziele unterstützt, für die die F. U. N. C. und die G. R. U. N. C. kämpfen".

Diese Einschätzung der hervorragenden Bedeutung des Weltkongresses der Friedenskräfte für den Kampf des kambodschanischen Volkes war bereits vor Beginn der Pariser Kambodscha-Konferenz aus berufenem Munde bekräftigt worden. Norodom Sihanouk hatte sich schriftlich an Romesh Chandra, den Präsidenten des Weltfriedensrates gewandt, um ihm seine „besten Glückwünsche zu dem vollen und großartigen Erfolg des Weltkongresses der Friedenskräfte“ auszusprechen und „dem Weltfriedensrat für seine fortgesetzte und

20 des Pariser Abkommens v. 27. Januar 1973 zu verletzen und auf der anderen Seite das antinationale und volksfeindliche Regime von Lon Nol auf der internationalen Ebene so weit wie möglich zu isolieren, so daß Präsident Nixon und sein Protegé Lon Nol schließlich gezwungen sein werden, darauf zu verzichten, Kambodscha und dem kambodschanischen Volk diesen sinnlosen Krieg der Zerstörung und des Völkermords aufzuzwingen.“ Die einstimmig gefassten Beschlüsse der Internationalen Kambodscha-Konferenz in Paris, die Deklaration und das Aktionsprogramm dieses Weltforums entsprachen völlig den Hinweisen Sihanouks.

Die Konferenz entwickelte 4 fundamentale Forderungen und Kampfaufgaben der internationalen Solidaritätsbewegung mit Kambodscha:

— Sofortige und völlige Beendigung der Aggressionshandlungen der USA in Kambodscha;

März 1970 und dem politischen Programm der F. U. N. C.

Die Pariser Kambodscha-Konferenz widerspiegelte die wachsende militärische, politische und diplomatische Stärke der Volksbefreiungsstreitkräfte Kambodschas. Sie war eine überzeugende Demonstration der engen Kampfgemeinschaft der drei indochinesischen Brudervölker gegen den Imperialismus. Sie entwickelte eine gemeinsame Aktionsplattform aller antiimperialistischen Kräfte der Welt für die Unterstützung des kambodschanischen Befreiungskampfes.

Gabriele Sprigath, die als Vertreterin der Initiative Internationale Vietnam-solidarität auf der Konferenz sprach, vertrat die Auffassung: „Diese Konferenz gibt uns, den fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik, wichtige Impulse für die noch stärkere Unterstützung des Kampfes des Volkes von Kambodscha, des Kampfes aller indochinesischen Völker!“

Dieser Meinung, diesem Appell kann man nur zustimmen.

Kein Verkaufsschlager auf dem Buchmarkt und kein Weißmacher unter den Reinigungsmitteln wurde mit einem solchen Aufwand an Rühr- und Werbetexten hochgejubelt, wie Solschenizyns „Archipel GULAG“. Da wird von Vergangenheitsbewältigung gesprochen, von geschichtlicher Wahrheit und von Moral — fürwahr große Versprechen. Ist zu erwarten, daß auch nur eines von ihnen erfüllt wird?

Geschichte der Menschheit - neugefaßt

von A. Solschenizyn

Von Hannes Stütz, Mitglied des Partivorstandes der DKP

Solschenizyns Rückblick auf die Vergangenheit ist düster, schwarz in schwarz, jedenfalls von heute bis zum Jahre 1917: Es gibt dafür bei ihm ein einziges, immer wiederkehrendes Bild, die Kloake. Erst hinter 1917 zurück wird es lichter am Horizont: Das zaristische Regime erscheint Solschenizyn „liberal“. Daß die Welt aus dieser Epoche die Bedeutung der russischen Wörter „Knute“ und „Program“ kennt und sie in alle Sprachen übernommen hat, daß Zarismus gleichbedeutend geworden ist mit äußerster Stumpfheit und extremster Brutalität — davon will Solschenizyn nichts wissen. Daß es gerade diese ungänglichen Verhältnisse waren, gegen die das russische Volk 1905 aufsteht und die es dann in den zwei Revolutionen des Februar und des Oktober 1917 ein für allemal besiegt — das darf in seinem Weltbild nicht vorkommen.

Die Oktoberrevolution hat zum erstenmal die Macht der überwiegenden Mehrheit gegen eine kleine Minderheit hergestellt und damit reale Demokratie verwirklicht. Dieses weltgeschichtliche Beispiel und diese Hoffnung in den Augen der arbeitenden Menschen zu diskreditieren und sie damit ihrer eigenen Zukunft zu berauben, die nur eine sozialistische sein kann — das ist Solschenizyns Mission. Von daher bezieht er seine Methode, und das können darum nur die Mittel der Lüge, der Fälschung und der Verleumdung sein.

Bet Solschenizyn findet sich, von bürgerlichen Kommenta-

toren beifällig vermerkt, nichts über eine demokratische Tradition Rußlands. Das Zarenhaus, die adeligen Großgrundbesitzerfamilien, denen er selbst entstammt, hatten sie freilich tatsächlich nicht. Und die Kapitalistenklasse zog es unter dem Schock von 1905 vor, bedingungslos vor der Aristokratie zu kuscheln. Im Aufbegehren dagegen aber schufen und bewahrten die Massen des russischen Reiches große und beispielhafte demokratische Traditionen, allen voran die Sowjets als Vertretungen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, als Führungs- und Machtorgane der Millionenbewegung, die schließlich den neuen Staat, die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtete.

Solschenizyn ist für die „Vertreter des schwerstbegüterten Standes“ engagiert, für die Arbeiter zeigt er wenig Interesse. Ihre Vertreter erscheinen höchstens einmal als „grauärtige Arbeiterklasse“, die den „roten Terror“ bekämpft, ja nach ihm schreit. Das Wesen ihrer Revolution kann Solschenizyn nicht begreifen; versteht er doch nicht einmal den Unterschied zwischen Arbeit und kapitalistischer Lohnarbeit. Lohnarbeit erscheint ihm „gerecht“, sobald der Ausbeuter den Ausgebeuteten dabei nicht zusätzlich „übers Ohr hauen“ und auch noch um seinesvertraglichen Rechte prellen kann. Von den Gewerkschaften ist nur die Rede, um den Bolschewiki zu unterschieben, sie hätten sie für einen Tummelplatz von „Ungeziefer“ gehalten. Daß eben

diese Bolschewiki im Jahre 1917 den Aufbau legaler Gewerkschaften zu einer ihrer Hauptaufgaben machten und sie erfolgreich lösten — davon kein Wort. Auch daß sie dann in der Folgezeit in einer von Reglementierung und Repression völlig freien Diskussion von unten bis oben die neue Frage des Verhältnisses dieser Gewerkschaften zum sozialistischen Staat klärten und im Sinne der besonderen gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter beantworteten — von all dem kein Wort.

Schon sehr viel redseliger wird Solschenizyn, wenn er auf die Bauernschaft zu sprechen kommt. Da droht es nur so vom „Vielmillionenstrom der liquidierten Kulaken“ — „wie im Blutrausch“ — „zur selben gemeinsamen Vernichtung“. Schon diese Wortwahl steht im Dienst des infamen Schlusses, hier sei die faschistische Judenvernichtung vorgebildet. Solschenizyn widerspricht sich hier selbst, wenn er gleich nach dem unterstellten Massenmord von „Massenverschiebung“ spricht. „Verschiebung“ war es tatsächlich: Durch die Ausweisung der Kulaken und ihrer Familien aus den Gebieten des Landes, die sie bis dahin unter ihrer Fuchtel hielten, wurde das Kulakentum als Ausbeuterklasse ausgeschaltet. Es war fortan in der Sowjetunion nicht mehr möglich, fremde Arbeitskraft auszubeuten, arbeitsloses Einkommen aus Pacht und Zins zu kassieren, durch Verweigerung der Getreideablieferung die städti-

sche Bevölkerung zu quälen und den Staat zu erpressen. Was damit aus dem Dorf verschwand, war nicht das gute „Wesen des Dorfes“, wie Solschenizyn es sieht, sondern jene „freie Unternehmerinitiative“, die zu neuer Fron und altem Hungerleid geführt hatte, und zwar am schlimmsten für die Familien der Muschiks, die im Bürgerkrieg in der Roten Armee gekämpft hatten und nun von den Kulaken wieder zur Dorfarmut — Mitte der zwanziger Jahre bereits 50 Prozent der Landbevölkerung — deklassiert wurden. Das mußte aufhören, und erst von da an konnte, gewiß unter enormen Schwierigkeiten und Opfern, ein sozialistisches Dorf entstehen, wo der Bauer im eigenen und im gesamtgesellschaftlichen Interesse jene Eigenschaften entwickelt, die Solschenizyn nur den Kulaken und ihren Gefolgsleuten zugesteht: nämlich Energie, flinken Verstand und Fleiß. Aber das zählt für Solschenizyn schon nicht mehr.

Er muß weiter, zum nächsten Lieblingsthema: Intelligenz. Und hier geht Solschenizyn in die Vollen: Bei ihm hat die Revolution schlicht und einfach alles liquidiert, „alle akademischen Kreise, alles rund um die Universitäten. Künstler, Schriftsteller und was es an Ingenieuren gab“. Die läßt er schon auf den ersten Seiten seines Textes zweimal und jedesmal ohne Rest in der „Kloake“ verschwinden. Danach verstehe einer, wer in diesem Land noch fähig war, den Analphabetismus zu beseitigen, Schulen und Hochschulen aufzubauen, den ersten Fünfjahrsplan zu entwerfen und seine Verwirklichung in vier Jahren zu leiten, den Energiegiganten am Dnjepr, die Hochöfen von Magnitogorsk zu konstruieren und inaugurationszusetzen. Die Sozialistische Oktoberrevolution hat hier in der Tat Wunder bewirkt, natürliche Wunder der schöpferischen Kraft des Volkes. Um übernatürliche Wunder müßte es sich handeln, wäre die Geschichte nach Solschenizyns Terrorschema verlaufen.

Die Wirklichkeit aber war bestimmt vom Bündnis der Arbeiter und Bauern mit den Wissenschaftlern, den Ingenieuren, den Lehrern. Lenin sah die Notwendigkeit und die große Chance zur Gewinnung der alten Intelligenz darin, daß erst der Sozialismus es möglich macht, ihre besten Ideen zu verwirklichen und ihr Wissen für die Menschen

fruchtbar zu machen. So wurden die bedeutendsten Wissenschaftler des Landes, wie Timirjasew, Pawlow, Ziolkowski Weggefährten der Bolschewiki. So fratern. auch in der Kunst: neben die laut Solschenizyn „extremen Schriftsteller“ — von extremer Qualität wie Gorki und Majakowski — die Dichter bürgerlicher Herkunft, wie Alexander Blok, der von Anfang an die Oktoberrevolution begrüßte, und dann die ganze große Garde der Sowjetliteratur mit Fedin, Scholochow, Katajew, Alexej Tolstoi.

ten? Und warum hetzt er gegen den bei ihm (und wohl auch bei F.J. Strauß) „extremen“ Majakowski als „Einpeitscher von Gewalttat“, nur weil dieser dazu aufrief, fertigzuwerden mit der gentfesselten Meute? Das war doch die Meute, die schon anfangs der zwanziger Jahre die Morde an Rathenau und an dem sowjetischen Vertreter auf der Konferenz in Lausanne als Anschlag gegen jede Koexistenzpolitik organisiert hatte. Nur startete sie, nachdem immer mehr Länder diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion

doch erwies sich trotz aller Verstöße, ungesetzlicher Übergriffe und sogar Verbrechen die sozialistische Grundstruktur als stärker, als bestimmd. Das Sowjetvolk hat unter dem Oberbefehl Stalins den faschistischen Angriff zerstossen. Es hat unter Führung der KPdSU sein vom Krieg verwüstetes Land wieder aufgebaut und es zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik gemacht, der den Imperialismus heute zu der Hintertreppenpolitik zwingt, auf solche unglücklichen Existenzien wie Soischenizyn zurückzu-

Aber er ist doch, so hören wir, ein Moralist, vielleicht etwas weltfremd, aber doch beinahe so etwas wie ein Heiliger der Moral. — Was ist denn das für eine Moral, die einen in unserer Gegenwart so provozierend schweigen lässt zum Völkermord des US-Imperialismus in Vietnam, zu den Massakern in Chile, zum Terror der griechischen Obristen? Solschenizyn ist da konsequent. Für ihn war eben auch Hitler ein Mann, unter dem sichs leben ließ — von einem Kommunisten jedenfalls weiß er das sogar mit Vor- und Zuname. „Die Gestapo versuchte trotz allem, die Wahrheit zu finden“, schreibt Solschenizyn. Und auch seine Erinnerungen an die im Dienste Hitlers stehende faschistische Wlassow-Bande erwecken in ihm Gefühle der Sympathie und der Solidarität.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die KPdSU bricht das amtliche Schweigen über „Archipel GULag“

Prawda spricht über Solschenizyn ihr Verdammungsurteil

Die „Freude“ bei den Naturphilosophen Schelling und Hegel als Vorbild an Heimat und Volk beschreibt und die entsprechenden Begriffe sowie „alle schlichten Menschen auf der Welt“ zur Akkorde von literaturwissenschaftlichen Zwei Wochen als Vertiefungslektion der

Der Vortrag des Dr. Paul Bartsch und der Vortrag des Herrn von Westenholz waren ebenso sehr wie die Vorträge des Herrn Schröder und des Herrn Dr. H. L. Körber sehr interessant. Der Vortrag des Herrn Dr. H. L. Körber über die Entwicklung der Deutschen Sprache war jedoch wahrscheinlich der interessanteste. Er war sehr gut besucht und erhielt viel Applaus.

Dieser Tag war auch für interessante Abende verhältnismäßig langsam. Am Abend fand eine Feier statt, die von den Freunden der Universität und dem Deutschen Reich ausgerichtet wurde.

Am nächsten Morgen fand ein Vortrag über die Entwicklung der Deutschen Sprache statt, der von dem Herrn Dr. H. L. Körber gehalten wurde.

Am Nachmittag fand ein Vortrag über die Entwicklung der Deutschen Sprache statt, der von dem Herrn Dr. H. L. Körber gehalten wurde.

Am Abend fand eine Feier statt, die von den Freunden der Universität und dem Deutschen Reich ausgerichtet wurde.

Autoren: Behnke/Hayes-Wiechers „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“ (1990).
Nicht nur die sozialen Kosten in den Betrieben, sondern auch die sozialen Kosten im Lande sich erhöhen, keine Ausköpfung mehr für die Sozialversicherungen. Die Sozialversicherungen müssen auf andere Weise finanziert werden. Es ist eine soziale Katastrophe, wenn es in Zukunft nicht mehr genug Arbeitsplätze gibt.

Wie ein großer Aufzug auf einer prächtigen Freitreppe ist der Palast von Sadat in Kairo aufgebaut. Der Eingangsbereich ist mit einem breiten Treppenhaus ausgestattet, das zu einer großen Halle führt. In dieser Halle befindet sich ein großer Tisch, um den sich die Gäste versammeln. Die Wände sind mit reichen Verzierungen und Mosaiken geschmückt. Ein großer Kronleuchter hängt über dem Tisch. Die Möbel sind ebenfalls sehr prächtig und ausladend. Die gesamte Einrichtung ist in einem warmen, goldenen Farbton gehalten.



**Der SPIEGEL druckt
beschlagnahmte Manuskript**

Keines von allen Resultaten ihrer materiellen und geistigen Aufbauarbeit wurde der Sowjetmacht geschenkt. Jeder Schritt nach vorn, jedes Stück Brot und jede Maschine mehr, jede Schule und jedes Buch mehr waren im Kampf errungen — gegen die Rückständigkeit, gegen die weißgardistischen Bürgerkriegsarmee (die Stichwortgeber Solschenizyns), gegen die Intervention der imperialistischen Staaten (von der Solschenizyn übrigens kein Wort sagt!!), gegen den Klassenfeind im Innern und gegen die damals noch fast weltweite aggressive antikommunistische Politik des Imperialismus.

In diesem Kampf auf Leben und Tod schuf sich die neue Macht auch ihre neue Gesetzlichkeit. Bedauert es Solschenizyn eigentlich, daß sie nicht noch 1922 den alten zaristischen Strafkodex anwendete, mit allen ausgefeilten Vorschriften für das gesetzliche Hängen und Würgen von Arbeitern, Bauern und Studenten?

aufgenommen, hatten, eine neue Kette friedensgefährlicher Provokationen gegen die Vertretungen der UdSSR in London, in Shanghai bis hin zum Diplomatenmord in Warschau. Wer das verschweigt, ergreift heute wie damals Partei gegen den Frieden, für den Krieg.

greifen, und sie der Öffentlichkeit der kapitalistischen Welt als Sensation zu präsentieren. Schließlich war es die KPdSU, die die Kraft zur Überwindung des Personenkults und seiner Folgen gefunden und sichere Garantien dafür geschaffen hat, daß sich die Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Leninschen Prinzipien in der Arbeit der Partei und des Staates niemals mehr wiederholen können.

Auch zu dieser Entwicklung, die begleitet wurde vom solidarischen Interesse der fortschrittlichen Kräfte in aller Welt, haben die besten Wissenschaftler und Künstler der Sowjetunion aktiv beigetragen. Zunächst schien auch der Schriftsteller Solschenizyn an dieser Arbeit teilnehmen zu wollen. Nun aber ist klar: Mit Bewältigung der Vergangenheit im Interesse der Zukunft hat er nichts im Sinn. Mit allem, was Humanismus heißt, hat er endgültig nichts gemein. Was könnten die Humanisten da noch mit Solschenizyn gemein haben?

In Erfüllung dieses Klassen-
auftrags geht Solschenizyn al-
lerdings mit seinem neuesten
Buch so weit, daß sich selbst
Gegner des Sozialismus, die
ihre fünf Sinne noch einiger-
maßen beisammen haben, fra-
gen, wohin das führen soll.
Joachim Fest meint in der
FAZ, Solschenizyn verbreite
Irritation — auch im Westen —
weil er nicht nach den Kon-
sequenzen seiner Argumentation
frage. Augstein spricht in

seiner Einleitung zu demselben Text, mit dem der „Spiegel“ sein Spitzengeschäft in Antikommunismus abwickelt, von Solschenizyns „Aussteigen aus der Politik“. In diese „Politik“ einsteigen — was könnte das in der Tat anderes bedeuten, als in den siebziger Jahren dort weiterzumachen, wo Hitler 1945 aufhören mußte, am Ende der Wahnvorstellung von der Sowjetunion als „Koloss auf tönernen Füßen“, den man nur stoßen müsse (und das heißt mit Georg Leber, erst mal kräftig weiterzurüsten), um die richtige Aus-

gangsposition für den Zusammenbruch der UdSSR herbeizuführen. Wer das heute nicht mehr glaubt, und das ist inzwischen schon die tonangebende Mehrheit, wird von der Springer-„Welt“ sogleich gerüffelt: Solcher „Kleinmut“ sei typisch für „Realpolitiker“. Meint Günter Zehn. Für ihn ist der Solschenizyn-Text heute „ein Werk der Hoffnung“, und morgen soll er „ein Hauptbuch der nationalen Wiedergeburt“ werden. Das hatten wir doch schon, 1933, 1939, und besonders intensiv, 1941.

Und wie als Verhöhung der fortschrittlichen Menschheit schreibt Solschenizyn über die Niederschlagung des Faschismus, errungen unter unsäglichen menschlichen, materiellen und moralischen Opfern der Sowjetunion und der Völker der Welt: „Das war nicht unser Sieg, das war nicht unser Frühling“.

So steht das gefährliche Spektakel um den reaktionären Mystiker Solschenizyn in der imperialistischen Tradition

von kaltem Krieg und psychologischer Kriegsvorbereitung. Waffen-SS, Neonazis und Rüstungskonzerne können sich die Hände reiben. Sie sind die einzigen Nutznießer des „Archipels Solschenizyn“. Kein humanistisch denkender Bürger unseres Landes möge sich der Täuschung hingeben, hier würde auch nur im geringsten von seinen Interessen gehandelt. Im Gegenteil — sie stehen auf dem Spiel.

Oskar Neumann

„Nicht Götter brennen die Tontöpfe“

Es waren Tage voll unvorstellbarer Schwierigkeiten, als Lenin im Januar 1918 die Frage beantwortete: „Wie soll man den Wettbewerb organisieren?“ Bei den ersten Zeilen schon muß er was geahnt haben von den immer wiederkehrenden Kampagnen, mit denen ein wohlmeinender Imperialismus seither die „Natur des Menschen“ vor den schlimmen Folgen des Sozialismus zu bewahren trachtet: „Die bürgerlichen Schriftsteller schrieben und schreiben ganze Berge von Papier voll, um die Konkurrenz, den privaten Unternehmungsgeist und sonstige prächtige Tendenzen und Reize der Kapitalisten und der kapitalistischen Ordnung zu vervielfachen. Den Sozialisten wurde vorgeworfen, sie wollten die Bedeutung dieser Tugenden nicht erkennen...“ Lenin, in der jüngsten dieser Kampagnen von Solschenizyn als Erzvater des „roten Terrors“ und damit Zerstörer von „Energie, flinkem Verstand und Fleiß“ vorgeführt, antwortet darauf

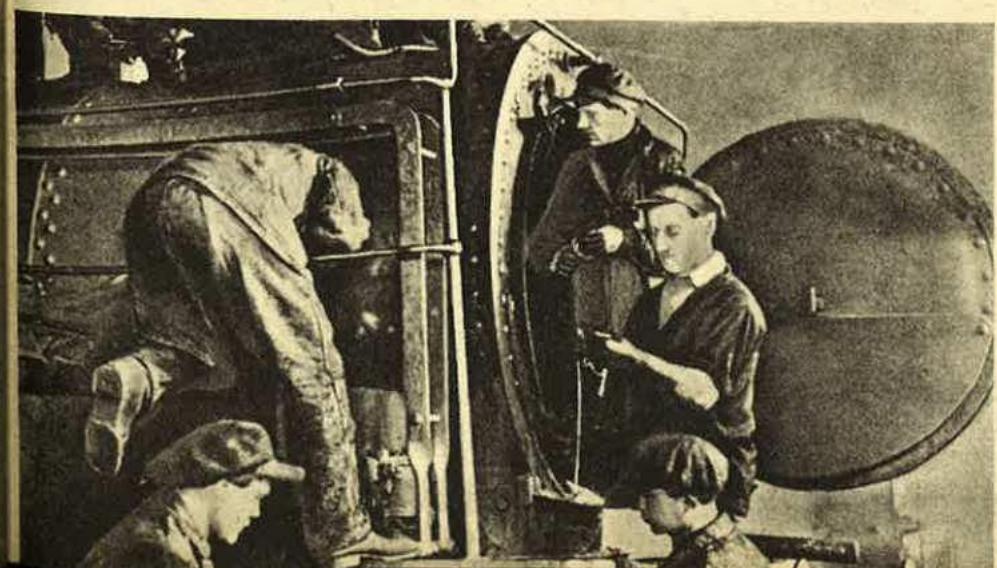
ganz direkt: Es geht ihm um eben diese Tugenden „des Unternehmungsgeistes, der Energie und der kühnen Initiative“, nun aber, befreit von der bisherigen brutalen Unterdrückung, zum erstenmal für die „gigantische Mehrheit der Bevölkerung, von 99 Prozent der Werk-tätigen“.

Freut sich der Moralist Solschenizyn über diese große humanistische Vision vom Arbeitssmann, der sich jetzt endlich den Rücken ein wenig geradebiegen, sich aufrichten, sich als Mensch fühlen und für sich selbst arbeiten kann, und zwar mit der Aussicht zu arbeiten, gestützt auf alle Errungenschaften der modernen Technik und Kultur? Nichts davon interessiert einen Solschenizyn. Die Seinen waren halt keine Arbeitsmänner, die hatten schon 1914 ihren Rolls-Royce (ganz wörtlich zu nehmen!), und ihren Nachfahren kratzt folgerichtig bis heute an der ganzen Sache nur eines: Lenins Feststellung, diese in der

Geschichte der Menschheit gewaltigste Ablösung der unfreien Arbeit durch die Arbeit für sich selbst kann nicht vor sich gehen „ohne Reibungen, Schwierigkeiten, Konflikte, nicht ohne Gewaltanwendung gegenüber den eingefleischten Schmarotzern und ihrem Anhang“.

Die Jahrhunderte der brutalsten Gewalt gegen Bauern, Arbeiter, Studenten unter der Knute und dem Galgen der zaristischen Selbstherrschaft, das findet Solschenizyn „liberal“. Aber jetzt, da Lenin zunächst einmal „Kontrolle über die Reichen, die Gauner, die Müßiggänger und Rowdys“ und nötigenfalls auch das Vorgehen der Staatsmacht gegen sie verlangt, da heult der Moralist. Und weil da einige Male auch von den Kostgängern der Reichen, den bürgerlichen Intellektuellen, die Rede ist, will er uns weismachen, denen sei die Revolution unterschiedslos ans Leder und gar ans Leben gegangen — „alle akademischen Kreise, alles rund um die Universitäten, Künstler, Schriftsteller und was es an Ingenieuren gab“. Lenin appellierte gegen solchen Schematismus an die Menschenkenntnis; galt es doch zu unterscheiden zwischen intellektuellen Schmarotzern und „dem notwendigen Ratschlag des gebildeten Menschen“, der allerdings ergänzt werden sollte durch „die notwendige Kontrolle des einfachen Arbeiters und Bauern“ — nicht gegen die Intelligenz, sondern gegen Schlampelei und nervöse Hast, die sich wiederum nicht aus der schlechten Natur der Gebildeten und noch weniger aus Böswilligkeit erklären, sondern aus „ihren Arbeitsverhältnissen, ihrer Übermüdung, der anomalen Trennung der geistigen Arbeiter von der körperlichen“. So sagt Lenin.

Aber auch das alles interessiert Solschenizyn nicht. In dem ganzen langen Text vermag er wohl nur einen Halbsatz auf sich zu beziehen, dort, wo von „Tagedieben und Hysterikern unter der Intelligenz“ die Rede ist. Selbst unter den Typen sieht Lenin noch eine ganze Menge, die der Besserung fähig sind. Aber das gilt kaum für solche, die sich in ihrer Hysterie obendrein noch für olympische Götter halten. So einen muß es bis ins Mark treffen, wie recht die Sozialisten mit ihrer Überzeugung haben: „Nicht Götter brennen die Tontöpfe“.



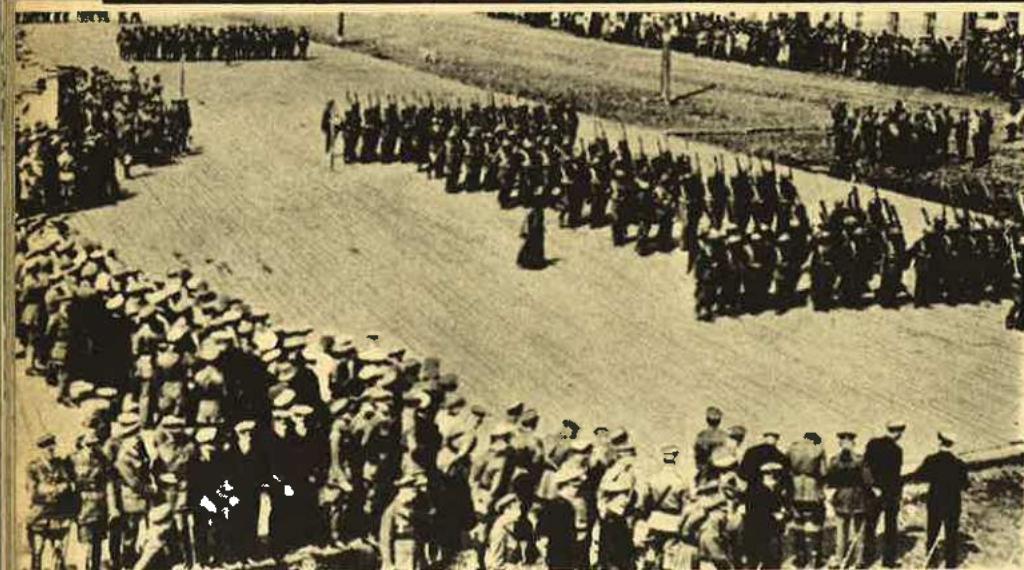
Die Lügen des Solschenizyn über Intervention weißen Terror und die Leistung des Sowjetvolks

Schwerste Verleumdung der Völker der Sowjetunion

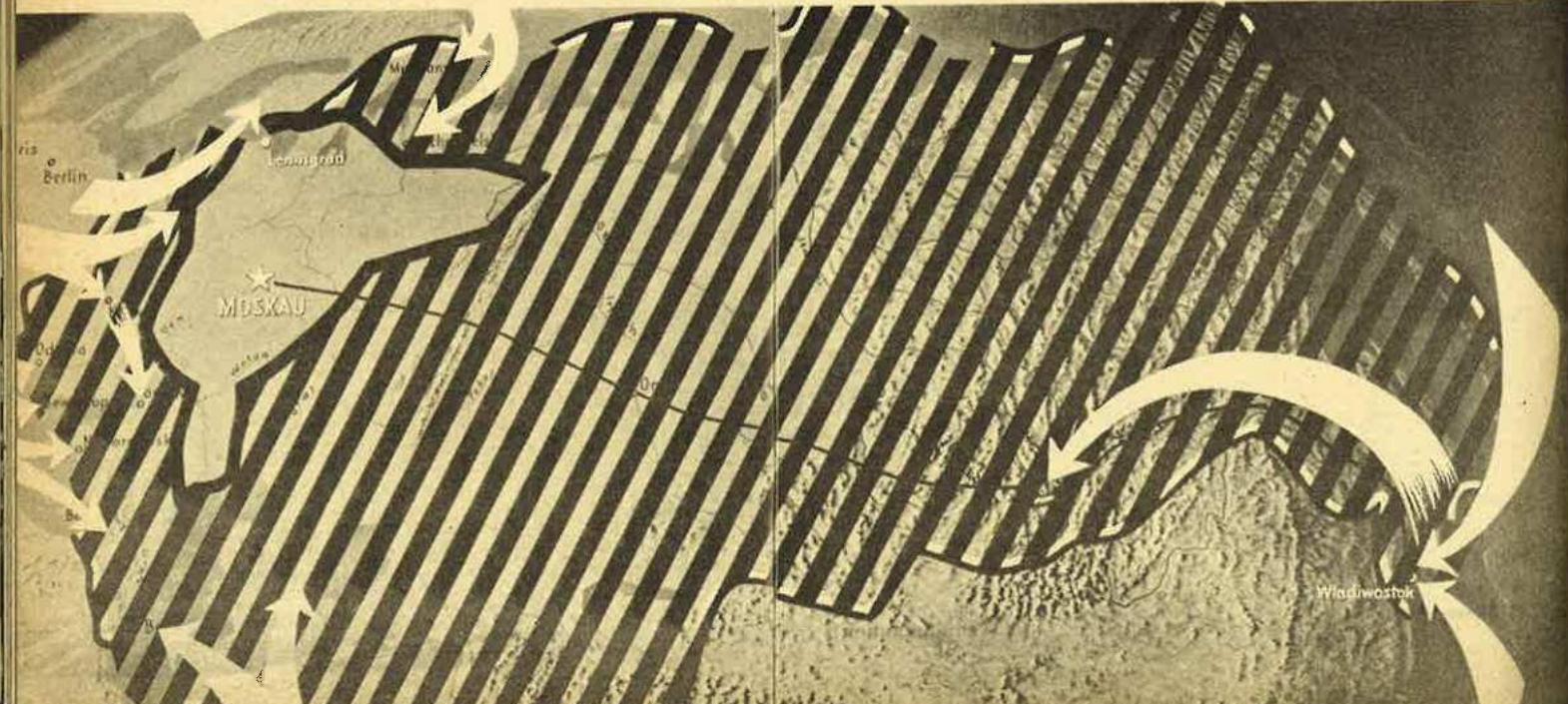
Solschenizyn zeigt uns, wie man mit Auslassungen und Verfälschungen die geschichtliche Wahrheit um 180 Grad verdrehen kann. Von welcher Zeit spricht Solschenizyn überhaupt? Wir haben versucht, diese Zeit mit ein paar Fotos und kurzen Texten, die wir Solschenizyns Lügen gegenüberstellen, zu dokumentieren.

Nur zweimal taucht bei Solschenizyn der Begriff „Bürgerkrieg“ auf. Der unbefangene Leser erfährt aber nur etwas über bolschewistischen „Terror“ über Verschärfung der Repression. Das russische Volk? Es „duldet“ das Wüten der Bolschewiki. Wie war es wirklich?

Englische Truppenparade
in Archangelsk



Von allen Seiten fielen die imperialistischen Großmächte über die junge Sowjetunion her. Sie und die Konterrevolution konnten vierzehn Fünfzehntel des Landes besetzen. Dennoch gelang es dem Volk, sie wieder zu vertreiben.



Die größte Hoffnung setzten die Interventen zunächst auf Admiral Koltschak. Nach dem Sturz seines obersten Kriegsherrn saß er unbehelligt in Petrograd. Seine Wohnung wurde zu einem Zentrum der monarchistischen Verschwörer. Das ging aber nur so lange, bis — wie Awalow in seinem Buch „Im Kampf gegen den Bolschewismus“ mitteilt: „... die revolutionären Kreise beschlossen, diese Arbeit zunichte zu machen“. Awalow war zwar der Meinung, es gäbe eine Reihe von Möglichkeiten, sich der drohenden Verhaftung zu entziehen — offenes Vorgehen oder Untertauchen in einer Fronttruppe —, aber ... der Admiral war nicht für ein offenes Vorgehen. Er nahm infolgedessen den Vorschlag der Amerikaner an, in ihre Dienste zu treten, und fuhr nach Amerika.“

Nach einem reichlichen Jahr, im Herbst 1918, kehrte er aus den USA zurück. Unter dem Schutz der alliierten Truppen machte er sich zum „Obersten Re-

„Millionen russischer Bauern, die vor einem Jahr noch ohne jedes Bewußtsein die Gotteswelt betrachteten ..., die vor den Lasten des Bolschewismus verzögten und beim ersten Aufruf zum Kampf davonliefen — die Bauern haben seitdem unerhört schwere und blutige Erfahrungen ... gemacht, und aus diesen Erfahrungen haben sie viel gelernt. Wir sind unermesslich stark geworden, weil Millionen gelernt haben zu verstehen, was Koltschak bedeutet; die Millionen Bauern Sibiriens sind zum Bolschewismus gekommen — dort erwartet jeder die Bolschewiki — nicht auf Grund unserer Propaganda und unserer Lehren, sondern auf Grund der eigenen Erfahrung.“ (Lenin)

en unterstützte der russische Bauer in den Gebieten, wo die Weißen und die Interventen herrschten?

Ein Bericht aus Sibirien gibt Aufschluß. Der Kommandeur einer Partisanenabteilung, Ijuchow, erzählt: „Während die Konterrevolution ihre Macht mit Feuer und Schwert errichtete, begann die Bauernschaft langsam den wirklichen Sinn der sich abspielenden Ereignisse zu ahnen. Der Bauer horchte auf und schaute zunächst dem Treiben der neuen Machthaber zu. Unter Kolbenschlägen und den Hieben der Nagaika begriff er aber bald den wahren Wert des weißen Regimes.“

Die Herrschaft der Weißen erwies sich als ein probates Mittel, um bereits nach einigen Monaten eine Revolutionierung des Dorfes herbeizuführen.“

Über die Partisanenbewegung der Bauern aus dem Gebiet von Irkutsk berichtet Ijuchow: „Im Oktober nahm die Partisanenbewegung dann einen Massencharakter an. Die Bevölkerung der Irkutsker Dörfer ging mit den Partisanen. Siebzigjährige Greise erhoben

genteen Russlands“, Omsk zu seiner Hauptstadt und das Gebäude der Eisenbahnverwaltung zu seinem Regierungssitz.

Während Winston Churchill im englischen Unterhaus stolz von der Regierungsbank herab erklärte: „Wir haben die Koltschak-Diktatur ins Leben gerufen“, errichtete Koltschak ein unvorstellbares Schreckensregiment. Verhaftungen, Erschießungen, Prügelstrafen, Exzesse betrunkenen Offiziere und Strafexpeditionen gegen Dörfer waren an der Tagesordnung. In den Städten rrichtete sich der Terror der Weißen vor allem gegen die Arbeiter.

Wer unter verdächtigen Umständen angetroffen wurde, mußte seine Hände ausgestreckt vorzeigen. Kamen schwere, schwielige Arbeitshände zum Vorschein, wurde der Betreffende ohne ein weiteres Wort an die Wand gestellt. Wer Arbeiter war, war auch Bolschewik. Die Hände galten als Parteibuch. Der Greuel der Koltschakbanden kannte keine Grenzen.



Koltschak



Besser als Worte zeigt dieses Bilddokument:

Rote Armee und Volk sind eine Einheit. — Frauen sind aus dem Dorf gekommen. Haben den Rotarmisten Speck, Brot und Milch in die Stellung gebracht. Haben den fremden Soldaten ihre Kinder in die Arme gegeben!



sich gegen Koltschak. Es bildete sich eine besondere Kompanie von älteren Leuten, die den Namen „Silberne Kompanie“ erhielt. Diesen Namen trugen ihr die silbergrauen Köpfe und Bärte der Irkutsker Bauern ein.“

Die Bauern entschieden sich für die Bolschewiki.

Im Kampfe an der Seite der Arbeiter bekräftigten sie ihr Bündnis.

Im Frühjahr 1918 umfaßte die Rote Armee eine Million Soldaten. Im Winter 1918 waren es schon drei Millionen. Am Ende des Krieges zählte sie nicht weniger als fünf Millionen Mann, mehr als vier Millionen davon waren Bauern!

„Im Sommer 1921 wurde das Hilfskomitee für die Hungernden verhaftet, das versuchte, die auf Russland einstürmende ungeheure Hungersnot einzudämmen. Es waren, so stellte sich heraus, die nahrungsspendenden Hände nicht von jener Art Hände, welchen man erlauben durfte, den Hungernden Essen zu bringen.“

So frech lügen kann man allerdings nur von einem Publikum, auf dessen geschichtliche Unkenntnis man spekuliert. Die Ernährungshilfe aus dem Ausland wurde von Herbert Hoover geleitet, der uns in dankenswerter Offenheit seine Haltung zur Sowjetunion überlieferte:

Im August 1931 hatte er ein längeres Gespräch mit dem Sekretär der „People's Lobby“, Benjamin C. Marsh. In diesem Gespräch äußerte Hoover:

„Um die Wahrheit zu sagen, Marsh, es ist das Ziel meines Lebens, Sowjetrußland auszulöschen (to crush out).“

Marsh fragte darauf Hoover: „Auch wenn Sie Frauen und Kinder verhungern lassen?“

Hoover sagte:
„Ja!“

Kein Wunder also, daß diese „Hilfsorganisation“ nur ein Ziel kannte: Vernichtung der Sowjetmacht.

Das waren also die Barmherzigen Brüder, die der sowjetischen „Willkür“ zum Opfer fielen!

Für die nächsten Tage ein viertel Pfund Brot! Dann — ein halbes Pfund.

Mit diesem halben Pfund Brot, über das der Anschlag informierte, war allerdings nur zu rechnen — das wußte jeder —, wenn der Getreidetransport funktionierte, wenn Züge in die Städte kamen, wenn die Arbeiter beschädigte Lokomotiven, Wagons und Schienenwege reparierten, wenn die Arbeiter zu essen hatten. Ein tödlicher Kreislauf!

In dieser Situation bewies die Arbeiterklasse ihre unerschöpfliche Kraft.

Ways of the World

A CHAMPION OF THE UN-EMPLOYED: Curious Story About President Hoover, Appeal for a Special Session of Congress, Putting Responsibility Where It Should Be.

BY JOHN D. BARRY

Every evening but Saturday at 8:45, over KTYA, Mr. Barry gives a 15-minute talk on World Events.

PRESIDENT HOOVER I know very well. One day, at the Department of Commerce, I had an intimate talk with him. The subject of Russia came up. Hoover said: To tell the truth, Marsh, the ambition of my life is to crush out Soviet Russia.

I said: Even if you starve the women and children?

Hoover said, "Yes."

This statement was made by Benjamin C. Marsh, secretary of the People's Lobby in Washington, closely associated with the president of the People's Lobby, Prof. John Dewey, greatly admired and loved throughout the country.

Marsh came to San Francisco in a hurry and went out in a hurry to keep lecture engagements elsewhere. In the address where he used the story about Hoover he gave me the impression that he was saying things he'd repeatedly said before and was likely to say again. By now he'd probably spread the report over a large part of the country.



BARRY

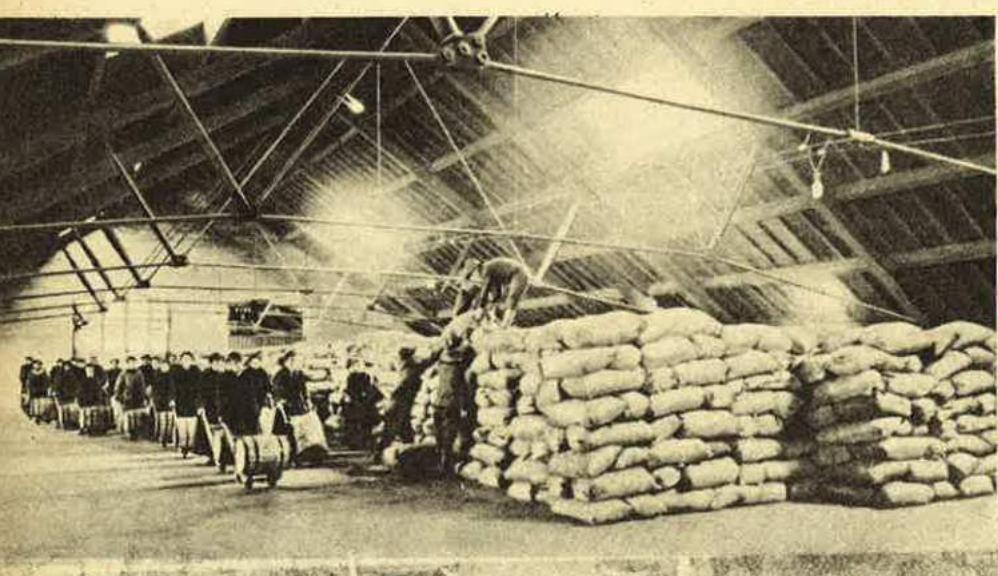
San Francisco News,
13. August 1931

In seinen für die Öffentlichkeit bestimmten Memoiren schrieb Hoover:

„Meine Mission hatte das überragende Ziel, die Flut menschlichen Elends abzudämmen, Millionen von Menschen vor dem Hungertod zu retten.“

In einem für die Mitglieder der amerikanischen Delegation in Paris bestimmten Geheimschreiben äußerte sich der selbe Hoover ganz anders: „Das ganze Problem des Kampfes gegen Sowjetrußland konzentriert sich auf die Lieferung von immer mehr Lebensmitteln — an die Nachbarländer Sowjetrußlands.“ Wie es Hoover beschrieb, geschah es. So heißt es in dem Bulletin Nr. 8 der „American Relief Administration“: „Die ARA-Hilfe ist immer dem Vordringen bzw. den Niederlagen der gegen die Bolschewisten gerichteten Kräfte gefolgt. Vom Beginn der Hilfsaktion im April 1919 hat sich das Operationsfeld entweder erweitert oder verkleinert, so wie Rodsjankos und Judenitschs Leute vorrückten oder zurückwichen.“

Herbert Hoover war Fourier und oberster Küchenchef der konterrevolutionären Truppen!





Vom schweren Anfang

Das schwerste sei der Anfang — bei der Aufzählung der bolschewistischen „Terroraktionen“ so schreibt Solschenizyn. In der Tat, den Terror, die Morde, den Krieg der Konterrevolution — nachdem die proletarische Revolution schon besiegt hatte — den Bolschewiki anzulasten ist sehr schwer.

Schwer ist der Anfang wirklich — für das Volk.

Die russische Erde war frei. Die Arbeiter und Bauern hatten Wunder an Tapferkeit und Opferbereitschaft vollbracht, nun waren sie wirklich die Herren ihres Landes.

Aber wie sah dieses Land aus?

Millionen Menschen waren gefallen, verhungert, von Seuchen dahingerafft.

Viele dieser Toten waren als Angehörige der örtlichen Sowjets von den Weißgardisten gefoltert und „liquidiert“ worden. Viele waren als Rotarmisten oder als Partisanen gefallen, waren als Organisatoren des Widerstandes im Hinterlande gefasst und erschlagen worden. Endlos die Listen der Toten, endlos die Reihen der Gräber. Den größten Blutzoll hatten die Kommunisten gezahlt. 180 000 Parteimitglieder hatte es am 1. Oktober 1918 in der Roten Armee gegeben — 50 000 von ihnen erlebten den Sieg nicht mehr.

Odessa trägt seine Opfer der Intervention — geborgen aus Massengräbern und Gefängniskellern — zu Grabe



Millionen Obdachlose ...



Besonders schlimm dran war die russische Intelligenz, insbesondere die Ingenieure, die Solschenizyn in übertriebener Gründlichkeit gleich zweimal „Ausrotten“ läßt:

„So ward binnen weniger Jahre dem alten Ingenieurskader das Lebenslicht ausgeblasen — dem Stolz unseres Landes, den Lieblingsgestalten unserer Schriftsteller Garin-Michailowski und Samjatin.“

Doch lesen wir, was ein Ingenieur schreibt, der die Verhältnisse im zaristischen Rußland, unter der Herrschaft ausländischen Kapitals kennengelernt hat:

Die ausländischen Kapitalisten, die wie „Waräger“ übers Land gekommen waren, raubten nicht nur die russischen Rohstofflager aus und verwandelten ihre Ausbeute mit Hilfe billiger russischer Arbeitskräfte in Kupfer- und Goldbarren, in Profilstähle, Gußeisen und Maschinen, in Erdölprodukte, Textilien oder Holzwaren, sie knebelten zugleich auch die schöpferischen Kräfte des Volkes und hielten seine Intelligenz nieder.

Nach der Oktoberrevolution zogen die ausländischen Kapitalisten ihre Ingenieure und Techniker aus Rußland ab. Sollten die Arbeiter nur sehen, was ihnen ihre Revolution einbringen würde! Immer, zu allen Zeiten, das zeigt auch die Geschichte Rußlands, interessierte

Feinde im eigenen Land

Zu den objektiven Schwierigkeiten, die sich aus dem Aufbau und der Beseitigung der schrecklichen Vergangenheit ergaben, kam die Tätigkeit der Trotzkisten hinzu, die behaupteten, daß der Sozialismus in Rußland überhaupt nicht aufzubauen wäre, weil die Rückständigkeit viel zu groß sei.

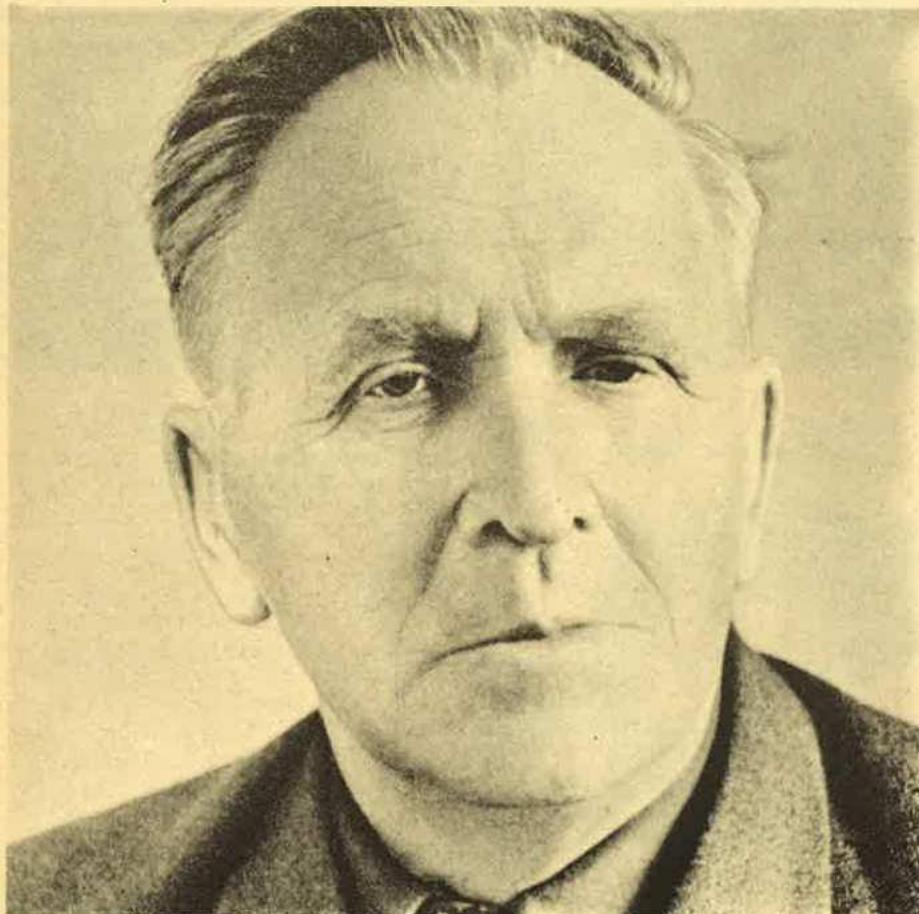
Iwan Pawlowitsch Bardin beschrieb einen Anschlag, den die Trotzkisten gegen sein Hüttenwerk führten.

Eine von Trotzki gesandte Kommission besichtigte Ende 1922 die Hüttenwerke in Jenakijewo. „Dieser Kommission gehörten einige alte Fachleute an, denen das Schicksal der Sowjetunion gleichgültig war. In ihrem tiefsten Innern sehnten sich diese alten Männlein nach den ehemaligen Herrn.“

Und diese Kommission verfügte die Schließung der Werke.

„Ich war erschlagen, vernichtet. Welch eine Ungerechtigkeit! Welch ein unerhörtes Verhalten. Ich protestierte: Es gehe nicht an, einen lebendigen, täglichen Betrieb zu vernichten. Man müsse ihm die Möglichkeit verschaffen, sich zu entwickeln. Aber alles war vergabens. Ich konnte damals nicht wissen, daß das die Schädigungspolitik der Ingenieure, die der Kommission angehörten, daß dies die Aufgabe war, die Trotzki ihnen gestellt hatte. An einem sonnigen Maitag des Jahres 1923 wurden sämtliche Öfen und Kessel ausgelöscht. Die Werke waren tot.“

Bis dahin war Bardin, wie vielen anderen, der Kampf der Partei Lenins gegen Trotzki als ein Kampf abstrakten Charakters erschienen. Nun wußte er, von welcher praktischer Bedeutung dieser Kampf für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft und für die Errichtung des Sozialismus war.



„Unter den Leitern der Werkabteilungen war ich der einzige Russe, und man behandelte mich, den Fremdling, mit Mißtrauen. Sämtliche Fragen wurden hinter meinem Rücken entschieden. Ich sah und begriff nur zu gut, daß man mich brauchte, duldet und mir Honig ums Maul schmierte. Aber es brauchte sich bloß ein Passender unter den Ihren zu finden, und schon würde man mich als ungeeignet, als überflüssig betrachten. Ich fühlte nur zu sehr die ganze erniedrigende Schwäche unserer Position. Und ich dachte: Wann endlich wird Rußland die verfluchten Waräger los sein, und wann endlich wird ein russischer Ingenieur seine schöpferischen Kräfte frei entfalten dürfen?“

die Herren des Kapitals nur ihr Gewinn. Immer und überall übten sie grausamen Terror, wenn dieser Gewinn in Gefahr geriet, wenn die Unterkachten aufbegehrten.

Ein Beispiel brutalster kolonialer Ausbeutung und hemmungslosen Terrors sind die Ereignisse des Jahres 1912 auf den Goldfeldern an der Lena in Ostsibirien.

★

Sabotage, Feinde in der Partei? Dummes Gerede, um die eigenen Fehler zu vertuschen, wenn man Solschenizyn glauben will. Was sagt jemand dazu, der die damalige schwere Zeit des Aufbaus aktiv miterlebt hat?

I. P. Bardin. Er erbaute später das Kusnezker Hüttenwerk und projektierte die Kombinate von Magnitogorsk, Nowotagil, Saporostal und Asowstal.

★

Solschenizyn schreibt über die Verfolgung ganzer Volksstämme: der Mussatisten in Aserbidschan, die Daschnakken in Armenien, die georgischen Menschewiki etc. Auch hier spekuliert er wieder auf die Unwissenheit der Leser. Natürlich siegte die Revolution auch in den asiatischen Gebieten des Zarenreichs nicht kampflos. Was Solschenizyn uns hier als Volksstämme verkauft, waren tatsächlich politische Strömungen, die sich auf Seiten der Konterrevolution schlügen. Tatsächlich brachte die Revolution für die vom russischen Zaren niedergehalteten Völker oft noch größeren Fortschritt als in Rußland selbst:

Am Sonnabend, dem 5. April 1919 — zwei Tage nachdem Lenin in der Sitzung des Stadtsowjets die Moskauer Arbeiter aufgefordert hatte, dem zerstörten Transportwesen zu helfen — fand im Moskauer Depot der Eisenbahnlinie Moskau — Kasan eine Zusammenkunft der Parteizelle statt (Siehe nebenstehendes Bild).

Der Parteisekretär der Zelle, der Schlosser I. J. Burakow in der Mitte am Tisch), der an der Sitzung des Stadtsowjets teilgenommen hatte, berichtete seinen Genossen von der Rede Lenins:

„Nur die Arbeiter, die die ganze Last der Zerrüttung Rußlands zu tragen hatten und eben dadurch große Erfahrungen erwarben, nur diese Arbeiter, nur diese unsere Vorausabteilungen können uns helfen!“

Und die dumpfe Masse der Arbeiter, die Solschenizyn nur als amoralische Claqueure des Bolschewismus für erwähnenswert hält?

Die vom Zaren in Unwissenheit gehaltenen Völker lernten mit dem Schreiben und Lesen auch ihre Lage begreifen und wurden sich der gewaltigen Kräfte bewußt, die in ihren Köpfen steckten.

Der Sowjetstaat tat alles, um die schöpferischen Kräfte auszubilden und auf ein Ziel zu richten.

Von allem Gewaltigen, was in den ersten Jahren der Sowjetmacht geschah, war das vielleicht das Gewaltigste. Vom ersten Anfang an war das Erziehungswesen des Sowjetstaates darauf gerichtet, nicht nur das Abc, das 1; Mathematik und Fremdsprachen zu lehren; nicht nur Faktenwissen zu vermitteln. Vom ersten Anfang an räumte die Partei der Bolschewiki der weltanschaulichen Bildung der Bürger, der Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge einen Hauptplatz im Bildungsprozeß ein.

In den Lesesälen:
Georgier neben Mongolen,
Aserbaidschaner neben Tadshiken

Dieses Foto ist ein Dokument besonderer Art. Gewiß, es ähnelt denen, die wir später immer häufiger sehen: Menschen, die in den befreiten afrikanischen Republiken oder in Asien lernen. Unser Foto zeigt — ähnlich wie Kinder- oder Jugendbilder eines großen Gelehrten — die Bildungsanfänge.



Die vier Kommunisten auf dem obigen Bilde beschlossen am Ende ihrer Beratungen eine Tat, die in die Weltgeschichte als der „faktische Beginn des Kommunismus“ (Lenin) einging: Die vier Kommunisten und mit ihnen 9 weitere Parteimitglieder und zwei parteilose blieben am darauffolgenden Sonnabend, dem 12. April 1919, abends um sechs Uhr, also nach Arbeitsschluß, weiter im Depot und reparierten in zehnständiger, zusätzlicher pausenloser

Arbeit drei Lokomotiven, die noch am gleichen Tage zum Transport von Truppen im Kampfe gegen Koltschak eingesetzt wurden. Die Arbeiter leisteten diesen „Komunistischen Sonnabend“ (Subbotnik) freiwillig und unentgeltlich, und sie erreichten Arbeitsleistungen, die jene in diesen Tagen üblichen um ein mehrfaches übertrafen. Sie taten das alles nur aus einem Grunde: um ihrer Sowjetmacht zu helfen!

„Du hast für den Kapitalisten gearbeitet, hast für den Ausbeuter gearbeitet, und es ist begreiflich, daß du schlecht gearbeitet hast, jetzt aber arbeitest du für dich selbst, für die Arbeiter- und Bauernmacht. Denke daran, daß die Frage zur Entscheidung steht, ob wir es verstehen werden, für uns selbst zu arbeiten, sonst — ich wiederhole — wird unsere Republik zugrunde gehen“ (Lenin).



Gespräch mit einem „Dissidenten“

Der Westberliner Schriftsteller Volker von Törne (aktiv in der Aktion Sühnezeichen) hat dem Kölner Schriftsteller Heinrich Böll einen Brief geschrieben, den wir uns zum Abdruck erbat. Hier ist der Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Böll!

Am 14. Oktober 1973 habe ich in Moskau mit Wladimir Maximow gesprochen. Über dieses Gespräch möchte ich Ihnen kurz berichten, da mich Herr Maximow darum bat.

Zuvor einige Erläuterungen: Ich gehöre zu den Unterzeichnern der Erklärung „Freiheit für Amalrik — Freiheit wofür?“ Diese Erklärung hat uns hierzulande den Vorwurf politischer Einäugigkeit eingebracht; mehr noch: uns wurde mit der Begründung, wir seien nicht bereit, „Unrecht und Unterdrückung in der Sowjetunion und anderen fortgeschrittenen Ländern“ („Die Welt“, 13. 11. 73) zu verurteilen, das moralische Recht abgesprochen, gegen undemokratische Maßnahmen in unserer Gesellschaft wie „den Radikalenerlaß“ öffentlich einzutreten.

Dieser Vorwurf, erhoben von unseren traditionellen Antikommunisten vom Dienst, hätte mich wenig beeindruckt. Es hat mich jedoch irritiert, daß auch Schriftstellerkollegen ähnliche Vorwürfe gegen uns geäußert haben. Ich habe daher im Oktober einen Aufenthalt in der Sowjetunion dazu genutzt, um im Gespräch mit Herrn Maximow meinen Standpunkt zu überprüfen.

In Herrn Maximow vermutete ich — auf Grund seiner in unserer Presse wiederholt veröffentlichten Erklärungen — einen der aktivsten und wohl schärfsten „Systemkritiker“ in der Sowjetunion. Besonders sein offener Brief an Sie („Die Welt“, 23. 8. 1973) interessierte mich, da sich Herr Maximow in diesem Brief einerseits als „Christ“ bezeichnet und andererseits unter Anrufung des „Allmächtigen“ die Entspannungspolitik „Teufelsspiele der Halbkönner der Diplomatie von heute“ genannt hatte mit der Schlüffolgerung, diesen „Halbkönner“ sei „ein Platz auf der Anklagebank eines zweiten Nürnberg... zweifellos gewiß“. Die Frage, wie ein Schriftsteller, der sich selbst als „Christ“ bezeichnet, dazu kommt, eine Politik, die den Frieden und die Verständigung zwischen den Völkern zum Ziel hat, „Teufelsspiele“ zu nennen, beschäftigte mich.

Mein Gespräch mit Herrn Maximow fand in dessen Wohnung statt. Es wurde mit Hilfe eines Dolmetschers geführt; daher können durch die Über-

setzung Vereinfachungen und kleine Mißverständnisse entstanden sein. Außerdem kann diese schriftliche Zusammenfassung eines fast siebenstündigen Gesprächs nur unvollständig und verkürzt sein.

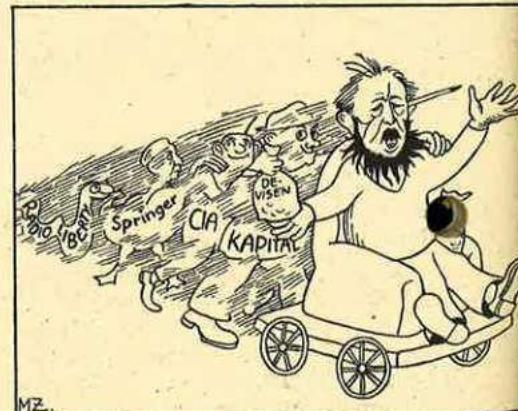
Nun zum Gespräch selbst: Herr Maximow erklärte mir sofort nach Beginn des Gespräches, daß er sich als „orthodoxer Christ“ verstehe, jede Gewalt ablehne und das „Sowjetregime“ als „blutbefleckt und gewalttätig“ verurteile müsse. Mein Versuch, die historische Entwicklung und die Gegenwart der Sowjetunion mit ihm in Gründen und Gegengründen zu diskutieren, wurde von ihm mit dem Hinweis abgelehnt, eine Diskussion dieser Gründe interessiere ihn nicht. Wenn ich mich als Deutscher vom Trauma der faschistischen Vergangenheit meines Volkes nicht lösen könnte, so nütze es mir auch nichts, nach den Gründen und Ursachen des deutschen Faschismus zu fragen; alles was ich tun könne, sei, mich dorthin zu stellen, wo ein Mensch erschossen worden sei, und zu beten.

Herr Maximows christlich begründeter moralischer Rigorismus wurde für mich fragwürdig in dem Augenblick, als wir auf die gegenwärtige Situation in Chile zu sprechen kamen. Ich fragte ihn, warum er und sein Freund Sacharow nicht auch die Verbrechen der faschistischen Militärjunta verurteilt hätten. Herr Maximow, der vorher im Hinblick auf die Sowjetunion jede Diskussion von Gründen abgelehnt hatte, erklärte mir nun, daß Herr Sacharow und er zwar nicht alles, was gegenwärtig in Chile geschehe, gutheißen könnten. Andererseits sei jedoch durch die Politik von Präsident Allende und der von ihm geführten Unidad Popular die Verfassung in Chile verletzt und das Land in ein „wirtschaftliches und moralisches Chaos“ gestürzt worden. Bei der Herstellung „normaler Verhältnisse“ wende das Militär natürlich auch Mittel an, die er nicht akzeptiere. So habe er in einer gemeinsamen Erklärung mit Herrn Sacharow die Begleitumstände beim Tod von Pablo Neruda bedauert. So viel sei jedoch für ihn sicher: Präsident Allende und seine nur auf Sozialismus und Revolution bedachte Regierung seien an den gegenwärtigen Zuständen in Chile allein schuldig. Mein Versuch, mit Herrn Maximow die ökonomischen und politischen Hintergründe für die in Chile während der Präsidentschaft Allendes entstandene schwierige wirtschaftliche Lage zu diskutieren, lehnte Herr Maximow mit dem Argument ab, ich versteünde nichts von Öko-

nomie. Außerdem sei bereits unter der Präsidentschaft Allendes in Chile gemordet worden, wobei er offenbar für die von der ultrareaktionären Organisation „Libertad y patria“ begangenen Morde die „Unidad Popular“ verantwortlich mache.

Unser Gespräch endete mit einer langen Erklärung von Herrn Maximow zur Situation in der BRD. Er erklärte mir, er stehe nach wie vor zu seinem Urteil über die Entspannungspolitik Willy Brandts. Er könne es nicht verstehen, daß ein christlicher Schriftsteller wie Heinrich Böll die Politik und die Person Willy Brandts verteidige. Denn diese Politik sei ein Unglück für das gesamte westliche — von Herrn Maximow offenbar als christlich verstandene — Europa. In diesem Zusammenhang richtete Herr Maximow auch heftige Angriffe gegen die Jugend in der BRD und Westberlin. Er bezeichnete unsere junge Linke pauschal als „gewalttätige Extremisten“ (wörtlich: „Extremisten“).

Mein Versuch, die Situation und die Motive — 2. Juni 1967, Solidaritätsaktionen gegen den Krieg in Vietnam u. a. — unserer jungen Linken Herrn Maximow etwas differenzierter zu erläutern, scheiterte: Herr Maximow erklärte kategorisch, unsere Jugend solle studieren und arbeiten, aber nicht auf den Straßen demonstrieren. Maßnahmen wie das Berufsverbot gegen Linke erklärte er mir damit, daß sich unsere Gesellschaft gegen „Extremisten“ schützen müsse.



Nach einem Gespräch mit Herrn Maximow frage ich mich: Was ist ein christlich begründeter moralischer Rigorismus wert, der immer dann aussetzt oder zu relativieren beginnt, wenn Gewalt angewendet wird wie in Chile oder vielen anderen Orten unserer westlichen Welt gegen Menschen — Kommunisten, Sozialisten oder Christen —, die sich mit bestehendem Unrecht nicht als natur- oder gottgegeben abfinden? Und ich frage mich auch: Geht es Herrn Maximow und seinen Freunden wirklich um eine menschlichere Welt, in der die Freiheit nicht länger ein Privileg eihiger weniger ist?

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Volker von Törne

kultur

Floh de Cologne:

„Der Alte ist tot, Fritz ist tot, der mächtigste Mann der Bundesrepublik ist tot, Friedrich der Große ist tot...“

Das ist der vielversprechende Beginn der Geier-Symphonie, Rock-Dur, Knöchelverzeichnis 4712. Der Untertitel 1: „Gei-
fe-Rock-Film-Flick-Horror-Toten-
tanz-Gaudi-Action-Show“. In einem
Rahmen von Film- und Tonaufnahmen,
die im wesentlichen aus der Trauer-
feier für Friedrich Flick stammen, agie-
ren die Flöhe als Musiker, Chor, Schau-
spieler, Pantomimen, Parodisten, Tän-
zer. Man fühlt sich erinnert an spekta-
kuläre Bezeichnungen, wie Multi-Me-
dia-Show. Nur — die Flöhe expe-
rimentieren nicht wertfrei, nicht mit
formaler Spielerei. Sie setzen alle Mittel ein, um ihre Aussage plastischer zu
machen, um das Wesen des staatsmono-
polistischen Kapitalismus, seine Aggres-
sivität, seine Perversität, seine Fäulnis zu
verdeutlichen.

Das Beispiel ist typisch: Friedrich Flick, der „Geier“, wie man ihn an der Börse tauft.

Geboren 1883, Ernsdorf, Kr. Siegen

1. Weltkrieg — durch Schrottschmelze
█ dient er mit Kriegskrediten die erste
█ Million

1923 Inflationsgewinne durch Ankauf von Sachwerten und Rückzahlung der Kredite mit inzwischen entwertetem Geld

2. Weltkrieg — durch Rüstungsprofile, Diebstahl jüdischen Vermögens (Arisierungsgesetz), durch Ausbeutung von 50 000 Zwangsarbeitern wird Flick bis 1943 größter privater Industrie-Imperator des Dritten Reiches (Herrscherr über 132 Unternehmen mit 120 000 Beschäftigten). Flick wird NSDAP-Mitglied, Wehrwirtschaftsführer, Mitglied der Reichsvereinigung Kohle, Mitglied des Himmler-Freundeskreises, förderndes Mitglied der SS usw.

1947 in den Nürnberger Prozessen als Kriegsverbrecher verurteilt zu sieben Jahren wegen Sklavenarbeit, Plünderei, Teilnahme an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Unterstützung der SS usw.

1950 Flick wird begnadigt und verfügt bereits über einige hundert Millionen DM Vermögen

**1963 Bundesverdienstkreuz, Massenaus-
sperrung bei Flick**

1972 Flick stirbt als reichster und mächtigster Mann der BRD, als fünftreichster Mann der Welt, als größter Rüstungsproduzent der BRD, als größter Panzerproduzent Westeuropas, als Herrscher über 330 Firmen mit 300 000 Beschäftigten. „Friedrich Flick ist tot...“

Es trauern die armen, armen Erben.



Es trauern 8 Milliarden Vermögen.

Es trauern 18 Milliarden Jahresumsatz.“

Und es trauern, mit Floh de Cologne auf Tournee, einige illustre Persönlichkeiten: „Deutsch-Bankier“ Hermann-Josef Abs, Fritz Berg, vormals Präsident des BDI, Ludwig Erhard, Konrad Kalletsch, Vetter Friedrich Flicks und Hans-Günther Sohl, Präsident des BDI und Wehrwirtschaftsführer a.D. Auf Tournee sind sie zugegebenermaßen unfreiwillig. Auf der Trauerfeier am 28. Juli 1972 wurden ihre Reden in Bild und Ton festgehalten. Wie die Flöhe an das Dokumentarmaterial kamen, bleibt ihr Geheimnis. Eine Bandkopie der Geier-Symphonie haben sie jedenfalls vorsichtshalber in einem Safe deponiert. Denn was die Flöhe produzieren, hat seine Quelle in der objektiven Realität — trotzdem oder deshalb ist es bestimmt einigen ein Dorn im Auge.

„Am Tag, als der alte Nazi und Kriegsverbrecher und Träger des Bundesverdienstkreuzes und Rüstungsindustriellen und Milliardär Friedrich Flick starb, war man sich im Volke einig, daß dies seine sozialste Tat war.“

Beifall auf offener Szene zeigt die Richtigkeit dieser Einschätzung.

Alsdann bitten die Flöhe zum Totentanz, einer makaberen Skelett-Show...

„Kaum war der Geier tot, da beeilte man sich schon zu versichern, daß er vom Schnabel bis zur Kralle ein Mensch gewesen sei.“

Und im letzten Satz der Symphonie, genannt Leichenschmaus, wird noch einmal gründlich abgerechnet mit dem Geier. Noch einmal wird er mit großer Schärfe gezeichnet als das Symbol geschichtlicher Kontinuität vom Hitlerfaschismus bis zur BRD, als typischer Vertreter des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Mit beißendem Spott werden die salbadernden Trauerreden der oben erwähnten „Solisten“ von Abs bis Sohl zerfasert, wird die Perversität des Systems angeklagt, das solche Ausgeburten hervorbringt. (Kurs.) Rätsel: Was ist das schlimmste für einen Kriegsverbrecher? Sohl: Das Kriegsende. Und als ein Trauersolist mit triefender Stimme feststellt, daß heute ein Großteil des früheren Flickvermögens der „sogenannten“ DDR gehöre, spendet das Publikum Beifall.

„Der Geier hatte Milliarden auf dem Konto und Millionen auf dem Gewissen. Sagt der eine aus Bergen-Belsen: Flick tat keiner Fliege was zu leid. Sagt der aus Dachau: Er konnte ja schließlich nicht alles selber tun.“

Sein Tod kam für viele zu spät.“



Die Flöhe geben wenig direkte politische Handlungsanweisung. Das Material über den „Geier“ gibt genug zu denken. Die Perspektive zeigt der Schlussakkord der Symphonie allerdings treffend:

„Unsere Gegner sind die Gegner der Menschheit. Sie müssen vielleicht so sein, wie sie sind. Aber sie müssen nicht sein.“

Ulrich Maske

Man hätte sich vielleicht noch einige aufschlußreiche Szenen über die heutigen Verhältnisse in den Flick-Betrieben gewünscht.

Die lange Wut - gegen wen, mit wem?

Was macht ein angewinkelster Intellektueller kleinbürgerlicher Herkunft, der dabei ist, zur Arbeiterbewegung in der BRD zu finden, mit seiner Vergangenheit? Mit den 25 Jahren seines Lebens, die er schon drauf hat, die er aber offensichtlich freischwebend oder gar auf der falschen Seite verbracht hat; was macht er mit seiner Herkunft, seinen kleinbürgerlichen Eltern, seinem „Zuhause“, dessen „Opfer“ er offenbar so lange gewesen ist?

Ist er selber blöd gewesen, sind seine Eltern und alles, was darumherum ist, blöd gewesen, reaktionär und hassenwert, zu bekämpfen? Hatte er einfach eine „falsche Vergangenheit“, die er jetzt, da er das weiß, getrost vergessen kann, ja sogar auslöschen muß, wenn er sich endlich entwickeln will?

Der Roman von Gerd Fuchs: „Beringer und die lange Wut“ ist die packende und amüsante Beschreibung eines langen Weges, auf dem der Journalist Beringer versucht, seine persönliche und gesellschaftliche Vergangenheit einzuholen, von seinem jetzigen politischen Standpunkt zu deuten und damit überhaupt erst in der Gegenwart zu wissen, „wer er ist“ und wo er steht. Den Prozeß dieser Entschlüsselung der eigenen Geschichte läßt Gerd Fuchs seinen Beringer während und nach einer Reise in das elterliche Provinznest vollziehen. Dies passiert jedoch nicht in Form einer Lebensgeschichte aus der Sicht eines „fertigen“ Kommunisten. Lebenserfahrung wird hier für den Leser zunächst genauso verfügbar gemacht, wie sich Beringer erinnert, daß er sie damals gemacht bzw. empfunden hat. — So z.B. die Angst des kleinen Beringer vor der Wut der aufgebrachten, haßfüllten Arbeiter und Bauern des Dorfes, die seine Eltern und die wenigen besitzenden Familien in den ersten Nachkriegstagen plötzlich als „Kriegsschuldige“, „Ausbeuter“ und ähnlich Unerhörtes beschimpfen.

Diese unverfälscht erinnerten Lebenserfahrungen werden nun nicht einfach chronologisch hererzählt, sondern von Beringer in bestimmten Situationen seiner Selbstreflexion abgerufen, d.h. assoziiert, und gewinnen in diesem Zusammenhang eine nachvollziehbare Bedeutung: So etwa wird die erwähnte Erinnerung an die Wut der Arbeiter und Bauern assoziiert bei einer grotesken Szene, wo der Bohème-Sozialist Katz, der gerade Marcuse gelesen hat, seinen erstaunten Freunden eröffnet, daß die Arbeiterklasse ja nun offensichtlich total verbürgerlicht sei und sie, die Studenten, die eigentlichen Träger der Revolution seien. Beringer merkt, daß seine eigene, bisher für Ballast gehaltene Lebenserinnerung z.B. an die sehr aktive, selbstbewußte Arbeiterklasse (die Beringer allerdings aus

seiner damaligen Sicht nur halb bewunderte, halb fürchtete), ihm die Mittel an die Hand gibt, um das Gefasel des Marcuse-Jüngers zu widerlegen. Mit dieser assoziativen Erzählweise ist die tatsächliche Widersprüchlichkeit eines politischen Entwicklungs- und Reflexionsprozesses in der Darstellungsform aufbewahrt und damit für den Leser nachvollziehbar, so zum Beispiel:

- Die Ironisierung von Beringers alter Linksinellektuellen-Sphäre mit ihrer „rosaroten Bett- und Abfallanarchie“ (Degenhardt) und Jan, dem Kommunisten, „der so sprach wie Adorno glaubte, daß Marx geschrieben hätte“, und der folgerichtig als studierter Kleinbürgerkritiker der Arbeiterklasse den Plüscher von den Sesseln reißen wollte....
- Die Verwandlung von Beringers Kleinbürgerhaß gegen die Eltern („Ihr habt mir meine Jugend gestohlen!“) in die Erkenntnis, daß auch sie Opfer eines gemeinsamen Ausbeutungsverhältnisses sind — mit dem Unterschied zu den Arbeitern allerdings, daß sie durch gewisse Privilegien zeitweise glaubten, sich da „heraushalten“ zu können.
- Die Erkenntnis, daß seine eigene Haltung, die des bürgerlichen Intellektuellen, bisher objektiv nur ein Abbild der Haltung seiner Eltern gewesen war: Sich aus allem heraushalten zu wollen, auf die individuelle Ausnahme des privaten Aufstiegs zu warten.
- Die Erkenntnis, daß diese „Irrtümer“ seiner Vergangenheit nicht sein persönliches Verschulden waren (weswegen man dazu die Brücken abbrechen müßte, sie auslöschen, d.h. „individuellen Klassenverrat“ vollziehen müßte, wie es von linkssektiererischen Proletkultschwärmern gefordert wird), sondern Folge objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse, z.B. der mangelnden Entfaltung einer klassenbewußten Arbeiterbewegung während der gewaltsam sterilisierten 50er und 60er Jahre. Das, was man „notwendig falsches Bewußtsein“ nennt, wird Beringer an seinen eigenen Illusionen und ihren Entstehungsbedingungen deutlich. „Das ist doch eine enorme Freiheit, wenn man endlich über sich lachen kann und es bleibt trotzdem noch etwas von einem übrig. Ich hab nämlich zu Hause meine alten Artikel gelesen...“.
- Schließlich die für einen Intellektuellen entscheidende Erfahrung, die Beringer erst macht durch den persönlichen Kontakt mit dem Arbeiter und Kommunisten Kern und einer Bürgerinitiative in den Wohnblocks, über die er eine Reportage schreiben will:

Autoren Edition
Gerd Fuchs
Beringer und die lange Wut.
Roman

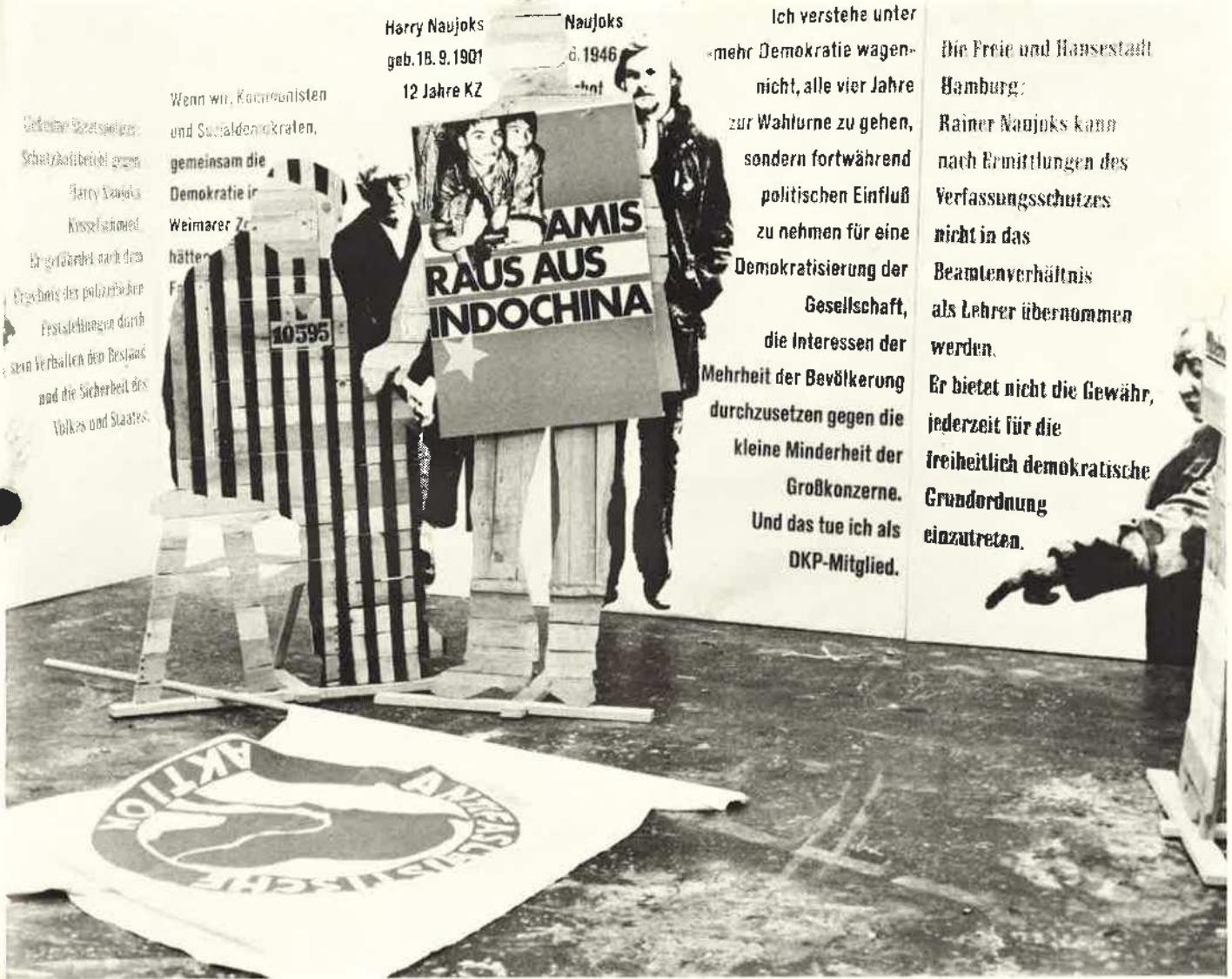


Gerd Fuchs: „Beringer und die lange Wut“. Roman. Autoren-Edition, C. Bertelsmann Verlag 1973, 296 Seiten, 18 DM.



Die Dinge, die sich in seinem Kopf bewegen, sind Widerspiegelungen wirklicher gesellschaftlicher Bewegungen, die sich weiter bewegen und schon immer bewegt haben, ob er das nun wußte oder nicht. Daß man also seiner eigenen intellektuellen und durchaus von den Arbeitern verschiedenen Tätigkeit einen Sinn geben muß, indem man sie einfügt in die wirklichen gesellschaftlichen Kämpfe, nicht die gedachten — indem man sich vor allem in Gewerkschaft und marxistischer Arbeiterpartei organisiert.

Thomas Sievers



An der Künstlerbundausstellung „Prisma 73“, die am 8. Dezember in Westberlin eröffnet wurde, beteiligt sich auch eine Gruppe der Hochschule für bildende Künste in Hamburg mit Beiträgen zum Thema Verfolgung von Demokraten in der Bundesrepublik. Das abgebildete „Objekt mit Schrifttafeln“, eine Gemeinschaftsarbeit von Max Bartholl und Christoph Krämer, schildert den Lebensweg von Harry und Rainer Naujoks, von Vater und Sohn. Dem Vater brachte sein Bekenntnis zur Demokratie 12 Jahre KZ, seinem Sohn, der Mitglied der DKP ist, Berufsverbot als Lehrer.

Antifaschistische Buchwochen

Rund 1500 antifaschistische Bücher aus der Zeit von 1933 bis zur Gegenwart, dazu Zeitschriften, damals illegale Warnschriften und Plakate umfaßt die Ausstellung „Antifaschistische Buchwochen '74“, die zunächst in Frankfurt, Hannover und Oberhausen lief und vom 20. Januar bis 4. Februar in Hamburg gezeigt wird (Hamburg-Haus Eimsbüttel).

„Die größte Literatursammlung, die je zu diesem Thema zusammengetragen worden ist“ — so kommentierte der WDR Köln (Fernsehen) diese Ausstellung die erstmals in dieser Form und in diesem Umfang anhand von Literatur einen Überblick gibt über Ge-

Harry Naujoks
geb. 18. 9. 1901
12 Jahre KZ

Naujoks
geb. 1946
hat

Ich verstehe unter mehr Demokratie wagen nicht, alle vier Jahre zur Wahlurne zu gehen, sondern fortwährend politischen Einfluß zu nehmen für eine Demokratisierung der Gesellschaft, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen gegen die kleine Minderheit der Großkonzerne. Und das tue ich als DKP-Mitglied.

Die Freie und Hansestadt Hamburg:

Rainer Naujoks kann nach Ermittlungen des Verfassungsschutzes nicht in das

Beamtenverhältnis als Lehrer übernommen werden.

Er bietet nicht die Gewähr, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.

schichte und Vorgeschichte des Faschismus in Deutschland, über die Vielfalt des antifaschistischen Widerstandes, über den Zweiten Weltkrieg, Abrechnung mit dem Faschismus und über restaurative Entwicklungen bis hin zu militärischen und neofaschistischen Gefahren der Gegenwart. Alarmierende Aktualität erhält diese ohnehin nicht nur historisch orientierte Ausstellung durch den militärfaschistischen Putsch in Chile und dessen Rechtfertigung durch zahlreiche konservative bis reaktionäre Gruppen in der Bundesrepublik.

Diese Ausstellung bietet einmalige Informationsmöglichkeiten und gliedert sich übersichtlich in 26 Themengruppen, die weitgehend dem historischen Ablauf folgen, beginnend mit der Frage „Wie konnte Hitlers NSDAP zur Macht kommen?“ und endend mit dem Kapitel „Restauration und Rechtsentwicklung“.

Pablo-Neruda-Wettbewerb

Hamburg. ppa — Zu einem internationalen Pablo-Neruda-Wettbewerb hat der Internationale Studentenbund (ISB) für 1974 aufgerufen. Der Wettbewerb steht unter der Losung „Solidarität mit Chile“ und wird in der BRD vom Verband Deutscher Studentenschaften durchgeführt.

Aufgerufen sind alle Kunststudenten und Professoren, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen. Künstlerische Arbeiten in allen Disziplinen (Foto, Bildhauerei, Malerei, aber auch Theater- und Musikstücke) können eingereicht werden.

Kontaktadresse: VDS-Fachkonferenz Kunst und Medien, c/o ASTA Universität 355 Marburg, Erlenring 5, Telefon Nr. 0 64 21 / 28 24 47, Horst Ahlheit.

FACIT 32



FACIT 33

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

10. Jahrgang
Preis 2,50 DM

MITBESTIMMUNG
in BETRIEB + HOCH



Zur
Entwicklung
der Studenten-
bewegung

- Konferenz „Studentenbewegung im Klassenkampf“
- Beiträge zur Geschichte der Studentenbewegung
- Studentenbewegung an den Fachhochschulen
- Internationale Kampfbedingungen der Studentenbewegung
- Konrad Lorenz
- Rezensionen

SOLIDARITÄT
MIT CHILE

17-cm-Single mit Songs von Lerryn und der SJD-Falkengruppe „WIR“

Senor Presidente Chile bricht auf / Allende /
Auszüge aus Allendes letzter Rede.

Der Reinerlös dieser Schallplatte wird auf das Chile-Solidaritätskonto Dr. Erich Wulff,
PSchK Frankfurt M. 527055-602 überwiesen.
Eine Gemeinschaftsproduktion von Sozialistische Jugend Deutschlands „Falken“ Hessen-Süd,
Bürgerzentrum-Verlags-GmbH, Frankfurt M., und
Verlag „pläne“, Dortmund.

Bestell-Nr. peng 16, Einzelpreis 5,— DM

Bestellungen an Verlag „pläne“ GmbH,
46 Dortmund, Ruhrallee 62, Tel.: 02 31/12 50 93